

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 1.10 Mark pro Quartal, 3.30 Mark pro Semester, 6.60 Mark pro Jahr. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonelle über deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 6. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Der alte Berliner Polizeisumpf.

Wieder einmal glänzt die Berliner Kriminalpolizei im Strahlenkranz ihres alten Weltrufes: die fähigste zu sein, wenn es gilt, Kapitalverbrecher nicht zu fassen; aber diesem Ruhmeskranz hat sie einen neuen Stern jetzt hinzugefügt: sie läßt Mörder, die ihr in die Hände gelaufen und die beim Transport wie Edelsteine vom Schlage eines Hammerstein behandelt werden, wieder laufen.

Zwischen Kriminalpolizei und politischer Polizei besteht aber ein gewisser Gegensatz; obgleich aus gleichem Holze geschnitten, macht die politische Polizei doch darauf Anspruch, über die fähigsten Köpfe und die fähigsten Beine zu verfügen. Wenn Talente wie Lausch — und in der Gewissenlosigkeit war er gleich seinem Vorbilde, dem Reineid-Sieber und gleich seinem letzten Herrn und Meister Krüger nahezu ein Genie — auch nicht alle Tage waschen, die Schöne und die v. Arnim schämen sich auch nicht gering ein; und Herr Wachmeister Diener verfügt heute noch über so eifrige Beine wie ehemals, wenn es gilt — zu spät zu kommen.

Wird die Kriminalpolizei bei der Himmelfahrt unter einem Uebermaß von Mißerfolg und einem Mindestmaß von Anerkennung, so wollte gerade jetzt die politische Polizei zeigen, wie viel mehr sie kann. Die Roabiter Vorbeeren des Herrn Polizeirat v. Arnim schienen seinem Kollegen leicht zu erreichen; und wenn man es nur ein bißchen klüger ansah, wozu ihm wirklich nicht viel zu gehören schien, so konnte man unumwunden so plump hereinschlagen, wie es Herr v. Arnim mit seinem getreuen Schildhalter Diener zweimal hintereinander passiert war. Der amtliche Umgang mit ihren „Nichtgentlemen“ mag bei den Herren der politischen Polizei die Menschenschätzung tief niedergedrückt und ihre Gabe, Ehrgefühl und Charakterstärke zu beurteilen, fast vermindert haben, aber die Erfahrung, welche die Polizei erst jüngster Zeit mit ihren Fangprämiern gemacht hat, müßte sie doch nachdenken gelehrt haben. Wenn selbst unter der verwahrlosten Schicht des Berliner Verbrecherproletariats die 1500 M. keinen Verräter gütchen konnten, wenn selbst da die Solidarität härter ist als der Hunger nach Gold, welche Unfähigkeit in der Beurteilung von Menschen gehört dazu, anzunehmen, einen seit Jahren in der Berliner Arbeiterbewegung tätigen und mit Vertrauensposten betrauten Genossen mit ein paar lumpigen hundert Mark kaufen zu können zum schaffigen Verrat an seinen Genossen und seinen Idealen! Stumpft der Polizeidienst wirklich so sehr ab? Diebe und Eindrehler, die unter Polizeiaufsicht stehen, kann man als Forscher und Lauscher und Provokanten in die Wahlvereine schicken und vielleicht hat gerade diese Verbindung mit der Polizei solche Elemente, wie die letzten Wochen zeigten, zum Mauthen gebracht, sie könnten sich jetzt leichter wie früher nebenbei wieder ihrem alten Handwerk widmen! Und wie armselig ist die Phantasie und Einbildungsgabe unserer politischen Polizei, daß sie immer nach der alten Schablone arbeitet! Da ist ein Genosse, dem es gerade nicht allzu rosig geht, der tapfer mit den Widrigkeiten unserer sozialen Verhältnisse kämpft, flugs kommt gleich dem Vorführer in der Bibel der Böse in Gestalt des politischen Agenten und bietet ihm schändlichen Judaslohn, wenn er beschimpft und verrät, was gestern ihm noch heilig war!

### Die alten Mittel.

Geht da am 19. Februar aus einer Vorstandssitzung unser Genosse Karl Fischer aus dem 6. Wahlkreis einsam in stiller Nacht seiner Wohnung zu. Vertraulich gefüllt sich zu ihm eine dunkle Gestalt und fängt mit ihm zu philosophieren an über die Misere der jetzigen Verhältnisse, um damit zu schließen, daß für einen intelligenten Mann es immer Mittel und Wege gebe, seine Verhältnisse aufzubessern und für Weib und Kind mehr heimzubringen. Garmutlos gebedet er sich und stellt die Sache leicht hin: wer so viel wisse und erfahre, wie unser Freund F., der könne solche Nachrichten immer verwerten: andere tun das auch und man verlange ja nichts zu wissen, was man später nicht doch erfahre. Und als unser Freund sagt, damit gebe er sich nicht ab, er wolle kein Reporter werden, verabschiedet er sich an der Türe mit der Bitte, F. möge darüber nachdenken, er werde gelegentlich wiederkommen.

Am vierten Tage darauf kam er wieder. Aber unser Genosse F. hatte gleich am anderen Morgen mit ein paar Freunden Rücksprache genommen, die freilich seinem Vorschlage: dem sauberen Durschen die Verräterabsichten mit Proletariatskäufen ein für allemal und so gründlich aus dem Leibe zu treiben, daß er die Lust an solcher Arbeit aus der Dauer verlieren solle, nicht zustimmten. Zu was denn dem

Durschen noch zu Schmerzensgeldern zu verhelfen! Erst müsse man wissen, ob man es mit einem gewöhnlichen Nachtgroßchen-Lumpen zu tun habe oder ob ein Beamter der politischen Polizei mit Wissen und im Auftrage seiner Vorgesetzten solch sauberes Beginnen unternommen habe. Vernünftiger sei es, wieder einmal die Beweise zu erbringen, daß die Polizei mit den alten Mitteln der Korruption arbeite. Daher solle er weiteren Prozeduren sich unterwerfen.

So wurde denn von F. der Vorschlag, am Sonnabend, 24. Februar, im „Prälaken“ mit dem Herrn Kommissar sich zu treffen, angenommen. Vormittags 10 Uhr marschierte F. zum „Prälaken“. Aber die wiederholten Reinfälle des Herrn v. Arnim und Dieners hatten die Polizei vorsichtig gemacht. Herr F. nahm unseren Freund in eine Droschke, und der „Weißladierte“ lenkte nach der Friedrichstraße; vor dem „Böhov-Ausschank“ am Friedrichstraßen-Bahnhof hielt man. Nach ein paar Minuten erschien der „Herr Kommissar“. Herablassend und freundlich tauschte er Gruß und Händedruck, nahm am Tische Platz und gab seine Wünsche kund, während der Besucher mit Späheraugen den Eingang überwachte, um vor „Ueberraschungen“ gesichert zu sein. Nur genaue Nachrichten wünschte der „Herr Kommissar“, nicht aufdringlich solle F. fragen, sich nicht vorbringen, über die Vorstandssitzungen und Beschlüsse des Aktions-Ausschusses solle er umgehend und eingehend berichten, aber er solle die Sitzungen pünktlich besuchen und sich ja wiederwählen lassen. Und hundert Mark wurden ihm in die Hände gedrückt, die solle er nur nehmen, die seien ihm geschenkt; jeden Bericht, den er liefere, erhalte er bezahlt, auf 200 oder 250 M. pro Monat komme es nicht an. Und Zurück vor Entdeckung brauche er nicht zu haben. Die Nachrichten in der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“ und in der „Post“ stammten nicht von der Polizei, die sei froh, wenn sie selber etwas erfahre, sie bringe nichts in die Presse. Ehrenhaft und charaktervoll hatte die Stütze des „Herrn Kommissar“ schon vorher wie mit dem Dreschflegel auf die Redaktion des „Vorwärts“ als die Hintermänner der „Post“ hingewiesen, als er vor dem Erscheinen des von ihm als „der Kommissar“ bezeichneten Herrn beschwichtigend zu F. geäußert hatte: diese Nachrichten würden wohl von einem Redakteur des „Vorwärts“ selber in die „Post“ gebracht worden sein! Diese Herren, die so große Schalter bezögen, während die armen Genossen die Partearbeiten umsonst verrichten müßten, verdienten manchmal noch nebenbei durch solche Verichte!

Eine solch' nichtswürdige Verleumdung erscheint aus dem Munde eines Beamten geradezu ungeheuerlich; da muß — so war unsere Meinung — ein Mißverständnis seitens unseres Genossen F. vorliegen, der aber auf wiederholtes Vorhalten versicherte, nach bestem Wissen und Gewissen müsse er erklären, so habe die Aeußerung gelaute und er könne mit seinen fünf gesunden Sinnen sie nicht anders auflassen! Von einem Mißverständnis könne nach seiner Auffassung keine Rede sein.

Triumphierend und strahlend vor Vergnügen, daß ihnen dieser „große Wurf“ gelungen, schieden die Herren von der politischen Polizei — denn als solche hatten sie sich unserem Freunde entpuppt — mit der Bitte, von der Montagsitzung des Vorstandes des sechsten Wahlvereins einen kurzen Bericht zu liefern. Seine Verichte solle er nicht mit seinem Namen, sondern mit dem Zeichen ⊕ unterschreiben; mit dem gleichen Sonnenring müßte er die Quittung über die empfangenen 100 M. unterzeichnen.

### Was die Polizei verspricht und was sie hält.

Am Dienstag, den 27. Februar, dem patriotischen Festtage der Silberhochzeit, sollte abermals eine Besprechung im Böhov-Ausschank in der Friedrichstraße stattfinden. Nach gewohnter Taktik ging man aber von dort ins „Café New York“ in der Dorotheenstrasse, wo eine freundliche Hebe den kühlen Trank spendete, sich aber dann gleich zu einem erfrischenden alten lebenswürdigen Bekannten gesellte, so daß die Unterhaltung ungestört beginnen konnte. Der von den beteiligten Genossen angefertigte „Vericht“ entsprach anscheinend nicht den Erwartungen der Herren von der politischen Polizei. Ein leiser Ton des Vorwurfs klang daraus, daß der „Vericht“ Dinge, wie die mit den Gewerkschaften vereinbarte Regelung der Versammlungstage, bringe, die bereits heute im „Vorwärts“ ständen. Auch daß beim Stiftungsfest die gewohnte Kontrolle stattfände, erschien so wenig wichtig, wie die Mitteilung, daß in allen Wahlkreisen einheitliche Formulare für den Beitritt zum Wahlverein zur Einführung gelangen sollen und daß ein Herr Vorträge mit Lichtbildern abzuhalten sich erboten habe. Grobmütig gingen aber die Herren über diese Mängel der „Lehrlingsarbeit“ hinweg, trösteten sich mit

der Erklärung, daß „weiter nichts gelaufen sei“ und vereinbarten eine Zusammenkunft auf Sonnabend im Wartesaal erster Klasse des Bahnhofes Alexanderplatz, wozu F. seinen Bericht über die Freitagssitzung des Aktionsausschusses mitbringen soll, wofür ihm 150 M. schon in der ersten Zusammenkunft versprochen worden waren.

Am Sonnabend, den 3. März, pünktlich um 1 Uhr traf Herr Reumann von der politischen Polizei ein; der „Herr Kommissar“ — sei heute leider verhindert. Als ob er „eine Nase“ für die Situation gehabt hätte, ließ er auch gleich mitteilen, daß er vorerst diesen Sitzungen nicht mehr beiwohnen werde. Umso kameradschaftlicher und vertrauensvoller benahm sich Herr Reumann. Er hatte keine Ahnung, daß bereits bei der letzten Konferenz der sozialdemokratische Ueberwachungsdiens in Gestalt eines eifrigen Zeitungslers funktioniert hatte, heute aber ließ er alle Vorsicht so sehr außer acht, daß er in seinem eifrigen Gespräch gar nicht bemerkt hatte, wie zwei Genossen, von denen namentlich Genosse Ernst ihm persönlich gut bekannt war, ihn beim Eintritt ins Lokal beinahe körperlich gestreift hatten; voll Genugtuung erzählte er, wie dumm sich sein Kollege K. — wir wollen seinen Namen mit dem Mantel christlicher Liebe bedecken — in Roabit bei einer bestimmten Gelegenheit benommen hatte, so daß er, als unfähig für die politische Polizei, „zur Strafe zurückversetzt wurde.“ Etwas enttäuscht war er, als Freund F. ihm mitteilte, von der gestrigen Aktionsauschuss-Sitzung könne er ihm leider keinen Bericht geben, da er durch einen Brief des Genossen Diepmann an diesem Abend nach Schöneberg geschickt worden sei. Nun wollte Reumann „für den Herrn Kommissar“ wenigstens diesen Brief mitnehmen; mit Bedauern konnte F. ihm diesen Befallen nicht erweisen, weil er leicht in eine falsche Situation geraten könnte, wenn Genosse Diepmann diesen Brief zurückforderte. Treuherzig stimmte Herr Reumann, dieser im Gegensatz zu dem Roabiter Kollegen so gewiegte Beamte, eine wahre Fierde der politischen Polizei, dieser Weigerung zu mit der Erklärung: „Ja, Sie haben recht, Herr Fischer, man muß in diesen Dingen immer vorsichtig sein!“ Und vorsichtig lehnte Herr Reumann daher unserem Freunde F. die Aushändigung des Fragebogens ab, den er vom Polizeipräsidenten mitgebracht hatte und im einzelnen mit F. durchging. Aber abgeschrieben sollte ihn F., und er gab ihm zu dem Zweck gleich einen Faltbogen mit dem Stempel der politischen Polizei, trennte aber — vorsichtig, wie nur ein so gewiegter Beamter der politischen Polizei sein kann — vorsichtigerweise den amtlichen Stempel aus dem Papier, so daß wir jetzt nur den Fragebogen ohne diesen Stempel haben.

Als Herr Reumann die für Sonnabend so verlockend in Aussicht gestellte Bezahlung vornahm, zeigte sich die ganze Roblesse der politischen Polizei: statt der versprochenen 150 Judas-Silberlinge brachte er nur 100 Mark heraus, für die der Kommissar sich ja schon vorher hatte die Quittung ausstellen lassen. Künftig sollte F. auch nicht mehr mit dem Sonnenringe zeichnen, sondern das Kreuz sollte er über den Kreis schreiben.

### Der Reinfall.

Was sollen wir über die Tragikomödie noch weiter schreiben!

Als die Sitzung aufgehoben wurde, half Herr Reumann höflich, wie nur Schutzleute sein können, seinem „Freunde“ F. in den Ueberzieher, blieb aber, plötzlich mit ausgestrecktem Arme im Kermel seines Ueberziehers sprachlos eine Weile stehen, als er jählings Genossen Ernst vor sich stehen sah. Es war ein Bild für Götter — diese Verblüffung! Ein paar Augenblicke kämpfte er mit sich selber einen Kampf, ob er im Ueberzieher mit dem Kopfe verschwinden oder verlegen lächeln solle. Endlich zog er letzteres vor. Und als höflicher Mann zog er grüßend den Hut, als er schnellen Schrittes an Ernst vorbei zur Türe eilte, so daß er gar keine Antwort auf die wohlwollende Frage des Begleiters von Ernst, Genossen R. Fischer, hatte: „Heute haben Sie wohl kein gutes Geschäft gemacht? Vielleicht geht's nächste Mal besser.“ Er stürmte davon. Vom am Hallenausgang kam ihm plötzlich ein Gedanke: schnurstracks machte er kehrt, eilte zum Wartesaal zurück, hörte auf die wohlwollenden Worte: „Weiben Sie ruhig da, jetzt ist's zu allem zu spät!“ gar nicht hin, sondern bat Genosse F., „ihm wenigstens den Fragebogen und die zwecks Verichterstattung übergebenen Ruberts mit Adresse zurückzugeben.“ Aber selbst dies: kleine Bitte konnte ihm F. nicht erfüllen, und so zog denn gleich einem betäubten Lohgerber Herr Reumann langsam nach dem Polizeipräsidentens-Gebäude zu, dort die freudige Botenschaft zu künden.



Damit er aber wenigstens eine Erinnerung an diese Auderts habe, wollen wir zwei davon ihm und unseren Genossen in Abbildung vorführen.

Otto Schulz

Holz und Kohlen  
NW 8, Paulstrasse 25.  
Telegr. Amt 11, 1302.



*Gern*

*Fürs Kommando*

*N. W. 21*

*Überbringer Nr. 11*

*Lini*

RICHARD KRAUSE

ARCHITECT U. INGENIEUR  
Berlin-Wilmersdorf  
Friedrichstrasse 65.  
Telephon Amt Wilmersdorf 1144.



*Gern*

*N. W. 21*

*Überbringer Nr. 11*

*Lini*

Die in den borgebrachten Klappen angegebenen Firmen existieren natürlich nicht; in Paulstrasse 25 aber befindet sich die 6. Polizeihauptmannschaft und die Telephonnummer Amt II 3352 weist im Telephonbuch Herrn Gustav Ramann, Kaufmann, Lebegowstr. 25, auf, während in Wilmersdorf Telephonnummer 1144 als Abonnenten Herrn Bäckermeister Otto Paul, Konditorei, Westfälischestr. 35, Galensee, und im Nebenanschl. Herrn William Vertram, Oberleutnant a. D., Johann Georgstr. 18, Galensee, angibt. Ob diese Herren mit der Verwendung ihrer Telephonnummer durch die politische Polizei einverstanden sind oder ob ein Mißbrauch dieser Adressen seitens der politischen Polizei vorliegt, vermögen wir nicht anzugeben.

### Sehn Fragen.

Und was die Polizei gerade jetzt wissen möchte, zeigt uns der Fragebogen:

1. Ist über den 1. Mai schon etwas bestimmt? Und eventuell was?
2. Sind für den 25. März cr. Demonstrationsveranstaltungen geplant?
3. Für den 4. August sollen am Nachmittag Demonstrationsveranstaltungen geplant sein! Ist darüber etwas bekannt oder zu erfahren?
4. Wie denkt man überhaupt in leitenden Kreisen über derartige Nachmittagsveranstaltungen, zu denen die Genossen wie in Hamburg direkt von der Arbeit kommen sollen?
5. Was ist bezüglich der Friedhofbesucher am 18. März beschlossen oder bekanntgegeben worden?
6. Können Sie uns das Zirkular verschaffen, das der Parteivorstand in bezug auf die Versammlungen am 18. März erlassen hat?
7. Interessant zu wissen wäre, wann der Parteivorstand an den Sitzungen des Aktionsausschusses teilnimmt.
8. Wann kommen auf Beschluß des Aktionsausschusses (im Original zweimal unterstrichen) die Stadtverordneten der acht Kreise zusammen? Und zu welchem Zwecke?
9. Ob zum 18. März wieder Flugblätter verbreitet werden?
10. Wie ist die Stellung und Meinung in den leitenden Kreisen zum Massenstreik?

Und als erstes Gebot haben die Herren vom Alexanderplatz dem Genossen Fischer aufgetragen, er solle ihnen doch einen der Reberse mitbringen, den die Lokalkommission den Saalhabern bei den Verhandlungen über die Benutzung der Säle zu unterbreiten pflege.

Soweit die schriftliche Auftragserteilung. Ueber die Duzende von anderen Fragen wollen wir heute weggehen; auch da gibt's Fragen, deren Erörterung der gegebenen Zeit anheimgestellt werden soll. Aber wenn die Polizei Aufträge erteilt wie: den Rebers der Lokalkommission sich zu verschaffen, das Zirkular des Parteivorstandes, das Flugblatt zum 18. März und die Heine-Nummer vor ihrer Ausgabe der Polizei zu bringen, muß man da die Polizei für so harmlos halten, daß ihr nicht die Frage aufsteigt: auf welchem Wege der Beauftragte zu diesen Dingen gelangen kann?

Gibt es da in den meisten Fällen einen anderen Weg als den des Diebstahls? Und wie stammt in den Regierungskreisen, die alle diese Praktiken genau kennen, zum Teil aus eigener Erfahrung, die sittliche Entrüstung auf, wenn dem „Vorwärts“ von freiwilligen unbekanntem Mitarbeitern Geheimnisse auf den Tisch flattern?

Und hier schweigen seit Jahren oder stimmen offen solch' verbrecherischem Spießwerben Regierung und bürgerliche Parteien zu. Konservative und Zentrum, Liberale und Freisinnige: sie bewilligen alle die Geheimfonds, obgleich sie alle wissen, daß diese Fonds in allzubielen Fällen nichts anderes sind als Korruptionsfonds zur Züchtung und Unterhaltung von Gaunern und Hallunken. Sie stimmen zu, weil sie wissen, daß alle bürgerlichen Regierungen solche Fonds haben müssen, daß ohne solche Fonds zur Korruption der öffentlichen Meinung keine ihrer Regierungen mehr bestehen kann.

Sie flennen über die „Mißgriffe“ der Polizei, über die „Uebergrieffe“ der Polizei, sie flennen über die „Korruption“, wenn Geschwüre wie der Tausch-Skandal aufbrechen. Sie verlangen „Reformation an Haupt und Gliedern“ und fordern von der Polizei Dienste, die nur eine politische Polizei leisten kann. Und politische Polizei und Korruption sind unzertrennliche Begriffe — jeder Tag erweist es. Will man die Korruption bekämpfen auf diesem Gebiete, dann muß man die Nährquellen unterbinden — und da gibt es nur einen Weg:

Fort mit der politischen Polizei!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März.

### Vollschikanen im Moskowiter- und Sozialpolitik im Stephansreiche.

Der Reichstag beschäftigte sich heute zunächst mit einer nationalliberal-freisinnigen Interpellation, welche sich mit den Vollschikanen an der russischen Grenze befaßt. Der Sachverhalt, der der Interpellation zugrunde liegt, ist in Kürze folgender: Durch die Schuld der moskowitischen Zoll- und Eisenbahnverhältnisse sind an den Grenzstationen Ostpreußens und Oberschlesiens zahlreiche deutsche Exportgüter liegen geblieben, die bereits im Laufe des Februars, ja schon im Januar dort angekommen sind. Im grellsten Widerspruch zu internationalen Abmachungen erhebt nunmehr die russische Regierung von diesen ohne Schuld des Abfenders nicht rechtzeitig zur Ablieferung gelangten Waren die erhöhten Zollsätze, die mit dem 1. März, dem Anfangstermin der famosen neuen Handelsverträge, in Kraft treten. In einer Rede, die einige gute Parteien hatte, aber durch Rücksichtnahme auf die nationalliberalen Mitinterpellanten vielfach schwächlich abgetönt war, schilderte der Freisinnige Gothein die Sachlage. Graf Posadowsky antwortete im Namen des Reichskanzlers; er gab den Sachverhalt vollkommen zu und gestand feufzend ein, daß Väterchens Regierung gegenüber den Vorstellungen des deutschen Votischasters jene beleidigende Laubheit an den Tag gelegt hat, die sie gewohnheitsgemäß ihrem preussischen Vasallen gegenüber zu belieben pflegt. In der Besprechung, gegen die die Russenfreunde der Rechten stimmten, ergriff nur der Nationalliberale Dr. Veumer das Wort. Er feufzte über die Vereinträchtigung der deutschen Maschinenindustrie. Jeder wird mit dem gestraft, womit er gesündigt hat; die deutsche Eisenindustrie hat im Grunde mit den Junkern die Zollära über Mitteleuropa herbeigeführt und steht jetzt entsezt vor den Erfolgen ihrer selbstmörderischen Torheit.

Die schwache Besetzung des Reichstags bewirkte, daß die Abstimmung über die Resolutionen zum Justizetat erneut von der Tagesordnung abgesetzt wurden. Die zweite Lesung des Postetats begann mit einer Rede des Zentrumsabgeordneten Gröber, der in reichliche Lobspüche an die Adresse des Staatssekretärs ein paar bescheidene Wünsche sorgfältig einwickelte. Staatssekretär Kraetke strich das Lob ein und verhielt sich gegen die Wünsche sehr zugespitzt. Sein Haupteinwand gegen die Gehaltsaufbesserung der Postbeamten ist — die große Zahl der Postbeamten. Seine Rügen über Wert und Unwert der Statistik fanden den verständnisvollen Beifall der Rechten. Genosse Singer beleuchtete in eingehenden Ausführungen den Zustand der Sozialreform im Reiche von Stephans sel. Erben. Gewiß sind einige Verbesserungen erzielt worden; aber die Lobspüche, die der Zentrumsredner dafür zu spenden beliebt, sind übertrieben und können schädlich wirken, wenn sie der gewiß nicht reformfeindigen Verwaltung den erwünschten Vorwand, auf dem laum betretenen Wege stillzustehen, geben. Züchtung der Streberei und Liebedienerei, unmäßige Arbeitszeit, mangelnde Ruhepausen, unumschlichte lange Strecken, die die armen Landbriefträger abzuschreiten haben, unzureichende Bezahlung, vielfach unwürdige Behandlung, Telephonistinnen, die vor Erschöpfung zusammenbrechen, Unterbeamte, die nach Offizierbüchsenart im häuslichen Dienst der Vorgesetzten verwandt werden, Eingriffe in die staatsbürgerlichen Rechte, zumal in die Koalitionsfreiheit der Postbeamten: alle diese Rüge verblühten sehr das idyllische Bild, das Staatssekretär und Zentrumsredner gemalt hatten. Mit prächtigem Humor kennzeichnete Genosse Singer die Erweiterung, die Geschäftsfinn und Telegraphierlust dem fürstlichen Privilegium der Gebührensreiheit gegeben haben.

Nach einer längeren überpathetischen Rede des Volksparteilers Kopsch, der übrigens die verkehrseindlichen Beschlässe der Steuerfucher-Kommission nicht übel zeichnete, vertrat das Haus zu später Stunde die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag.

### Abgeordnetenhand.

Die am Montag fortgesetzte Beratung des Kultusetats bot nichts Besonderes. Das Kapitel „Technische Hochschulen“ wurde nach unwesentlicher Debatte erledigt. Beim Kapitel „Medizinalwesen“ forderten verschiedene Redner energischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, doch verdrängten sich die Anregungen zu keinem bestimmten Vorschlage. Erwähnenswert ist die Forderung des Abgeordneten Rosenow (fr. Bp.) auf Errichtung eines Instituts für Gewerbekrankheiten. Es scheint aber, als ob die Regierung keine Neigung hat, dieser u. a. auch von der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen als notwendig anerkannten Maßnahme zuzustimmen.

Im ganzen bestätigte der Verlauf der Debatte von neuem, daß das preussische Medizinalwesen sehr viel, wenn nicht alles zu wünschen übrig läßt, und daß das Wort Bischofs, daß die Sorge für die kranken Menschen hinter der für das Vieh hinterher hint, auch heute noch Geltung hat.

Zur schnelleren Erledigung des Etats wurde die Sitzung nachmittags abgebrochen und auf den Abend vertagt.

### Aus dem Sultanat Jesko v. Puttkamers.

Der Versuch des Abg. Dr. Arendt, die Petition der Alkohauptlinge durch eine grobe persönliche Diskreditierung der Petenten gegenstandslos zu machen und gleichzeitig möglichst von einer kritischen Erörterung der Beamtenwirtschaft in Kamerun abzulenken, wurde geistern in der Budgetkommission gründlich zurückgewiesen. Der Abg. Semler widersprach sehr lebhaft dem Vorwurf Arendts, als seien die Hauptlinge Schnapstrüder und heruntergekommene Elemente. Dr. Semler hat einen Teil der Hauptlinge persönlich kennen gelernt, die durch ihr ganzes Benehmen und ihr Keuferees auf ihn einen sehr guten Eindruck gemacht haben, so daß er den müßlich von den Leuten vortragenden Beschwerden Glauben schenken würde, wie die Leute unzweifelhaft auch berechtigte Beschwerden haben, z. B. in bezug auf die Landfrage, die gewiß sehr schwer befriedigend zu lösen sein werde. Auch Rang a Bell, der Intimus Puttkamers, hat sich beim Abg. Semler schon besprochen. Daß der Oberrichter in Kamerun und Puttkamer gemeinsame Sache machen, glaubt Dr. Semler auf Grund seiner Kenntnisse bestritten zu können. Puttkamer sei gewiß ein Herrenmensch, meine es aber gut und habe segensreich gewirkt. Dr. Semler sang des weitern das hohe, aber sehr ungläubwürdige Lied von den angeblich großen Verdiensten Jeskos um Kamerun, und empfahl, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Der Abg. Febr. v. Nichtshofen hielt eine lange Vorlesung über die juristische, administrative und politische Seite der Petition, sichtlich auch zu dem Zwecke, die Aufmerksamkeit vom Kern der Affäre abzulenken. Im übrigen stimmte er natürlich seinem Freunde Dr. Arendt zu. Herr v. Nichtshofen will auch, daß Kamerun wieder mit Jesko beglückt wird; denn der Gedanke, daß eine Beschwerde afrikanischer „Könige“ und Hauptlinge einen preussischen Junker um seinen Posten bringen könnte, löst sich ein Herr v. Nichtshofen direkt Entsetzen ein. Wanda Wahregel Puttkamers erinnere zwar an Willkür, aber Jesko habe es gut gemeint; ergo verzeiht ihm der milde Sinn des Herrn v. Nichtshofen, der die Kommission auch hat, über die Jugendsünden Jeskos den Mantel christlicher Nächstenliebe auszubreiten.

Das Zentrum stellte diesen Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

I. in Ausführung des § 4 des Schutzgebietesgesetzes vom 25. Juli 1900 zunächst bald durch kaiserliche Verordnung die erforderlichen Maßregeln dafür zu treffen, daß den Eingeborenen der Schutzgebiete zunächst auf dem Gebiet des Strafrechts, des Strafprozesses und der Disziplinargewalt im Sinne der §§ 2 und 3 des Schutzgebietesgesetzes erhöhte Rechtsgarantien gewährt werden;

II. schon jetzt Anordnung dahin zu treffen, daß gegenüber in Unterdrückung befindlichen Angeklagten die Anwendung von körperlicher Züchtigung, Zwangsarbeit und Kettenhaft regelmäßig ausgeschlossen ist;

III. durch einen völlig unabhängigen, nach Möglichkeit mit Richterqualität besetzten Beamten eine eingehende Untersuchung über die Beschwerdepunkte der Alkavalente durchzuführen zu lassen und über das Ergebnis der Untersuchung und über die nach Ziffer I demnach zu treffenden Schutzmaßnahmen der Eingeborenen dem Reichstag Mitteilung zu machen.

Zur Begründung des Antrages erklärte der Abg. Erzberger, daß die Regier, wenn sie gegen einen Weissen Klagen, niemals Recht finden; er könnte darüber schauderhafte Dinge mitteilen, Professor Passorge, der lange in Kamerun gelebt hat, habe auf dem Kolonialkongreß die schleunige Abberufung Puttkamers verlangt, der dem Landraub am Kamerunberg nicht entgegengetreten sei, so daß die Kolonialverwaltung einschränken mußte, weil viele Stämme rebellisch werden wollten. Herr Erzberger empfahl, den Straf-antrag überhaupt zurückzuziehen, dafür aber einige Hauptlinge nach Togo zu deportieren, denn — Strafe müsse sein! Abg. Erzberger brachte auch den Artikel der „Wahrheit“ vom 16. Dezember v. J. zur Sprache, worin Jesko vorgehalten wird, daß er eine Berliner Ledebare nach Kamerun mitgenommen, dort als seine Cousine Freifrau v. Eckardtstein ausgegeben und ihr auch einen Paß auf diesen Namen ausgestellt hat. Erbprinz v. Hohenlohe hat diesen Paß untersucht und gab zur Antwort, Puttkamer habe in gutem Glauben gehandelt (1), mit der Ausscheidung des Passes allerdings einen Fehler gemacht. Der Abg. Kopsch wies nach, daß die Petition der Hauptlinge von einem in Deutschland erzeugenen Regier verfaßt worden ist, der auch schon Schreiber bei Behörden war. Daß die zum Teil in hohem Alter stehenden Hauptlinge zu schwerer Zwangsarbeit in der Unterdrückung angehalten werden, verdiene entzündende Beurteilung.

Abg. Ledebour beleuchtete scharf die Verbrechen, mit Rohleiden auf Puttkamer die Petition abtun zu wollen. Puttkamer habe den Strafantrag gestellt und zur Ausführung gebracht mit Hilfe der übrigen Beamten, um die Petenten moralisch zu diskreditieren und tot zu machen. Dabei erhebe er den Vorwurf der Willkür- und Alkavalenwirtschaft. Mit dem Strafantrag in Kamerun sei die gleiche Methode praktiziert worden, wie sie auch bei uns oftmals zur Anwendung komme, durch Strafverfolgungen die Leute abzuschrecken, gegen Beamte Beschwerden zu erheben. Die Beamten in Kamerun halten zusammen, um die Klagen zu unterdrücken, darum erließ man seinerzeit einen Haftbefehl gegen den jungen Dika Alwa, dessen Juridischer Beförderung nach Afrika auch Puttkamer in seiner „Rechtsfertigungsschrift“ fordert, weil er fürchtet, der junge Mann könne seinem Stamme wertvolle Dienste leisten. Charakteristisch dafür, wie das furchtbare Urteil gegen die Hauptlinge zustande kam, sei der Umstand, daß ihre Behauptung, einige Beamte hätten Regermädchen gekauft und zu ihren Frauen bezw. Konkubinen gemacht, als verleumdende Beleidigung bestraft worden ist. Tatsächlich aber haben die Beamten verlobte Regermädchen gekauft, um sie als Dienstmädchen zu verwenden. Da bei den Regern der Frauenkauf gang und gäbe ist, mußten sie annehmen, die Mädchen sind gekauft worden, um andere Dienste zu leisten, als sie sonst dem Hauspersonal obliegen. Bezeichnend für die monarchische Auffassung und Bestimmung einzelner Redner sei ihre Billigung der Zwangsarbeit für die Hauptlinge, die für die Regier dasselbe sind, was bei uns für die Morarchisten die Hütchen. Die Mißhandlung ihres Hauptlings empfinden die Regier als eine schwere Beleidigung. Wenn daher die bürgerlichen Parteien die Mißhandlung der Hauptlinge gutheißen, so fügen sie selbst den St ab, auf dem sie sitzen. Puttkamer nach Afrika zurückzuführen, würde einfach eine Selbstdiskreditierung der Kolonialverwaltung bedeuten. Er ersuchte um Annahme des sozialdemokratischen Antrages, der die Haftentlassung der Hauptlinge fordert aus Gründen der Billigkeit und Gerechtigkeit. Ein Versuch des Abg. Dr. Arendt, die Kritik am System Puttkamer zu verächtigen, daß sie nur der Person Jeskos wegen geübt werde, wurde energisch zurückgewiesen. — Der Zentrumsantrag fand Annahme; der sozialdemokratische Antrag wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt.



## Lebt Deutschland endlich ein?

Die Mächte haben am Sonnabend Deutschland zu ver-  
stehen gegeben, daß sie nicht gewillt sind, die Konferenz durch  
den Starrsinn der deutschen Diplomatie ins Endlose ver-  
schleppen zu lassen. Offenbar ist man auf allen Seiten der  
Meinung, daß es nun bald genug des grausamen Spieles  
und an der Zeit ist, daß die beiden Kampfhähne Deutschland  
und Frankreich sich vertragen. Frankreich hat ja bereits die  
Absicht bekundet, in der Bankfrage nachzugeben, wobei es  
freilich erwartet, daß Deutschland seinerseits in der Polizei-  
frage zu Konzessionen bereit ist. Dabei will Frankreich aber  
seine Trümpfe nicht vorzeitig aus der Hand geben und Zu-  
geständnisse machen, bevor nicht auch Deutschland sein Entgegen-  
kommen bewiesen hat. So kam denn England Frankreich am  
Sonnabend zu Hilfe und machte den Geschäftsordnungsvorschlag,  
daß man zunächst erst wieder einmal die Polizeifrage  
behandeln solle, bevor man die Bankfrage definitiv regelt.  
Die deutschen Vertreter protestierten lebhaft gegen diesen Vor-  
schlag, doch fand sich außer Marokko nur eine einzige Macht,  
Österreich, die sich — und auch diese nicht mit allzu-  
großer Entschiedenheit — auf Deutschlands Seite stellte. Alle  
übrigen Mächte unterstützten den Vorschlag Englands.

Offenlich beherzigt die deutsche Diplomatie diesen Wink  
mit dem Jauchpfahl! Sie muß doch endlich einsehen, daß sie  
sich vollständig isoliert und sowohl von dem „verbündeten“  
Italien, als auch von dem so heiß umworbenen Amerika im  
Stiche gelassen wird, wenn sie sich hartnäckig jeder Ver-  
ständigung auf der Grundlage eines beiderseitigen Kompromisses  
widersetzt. Sie scheint denn auch in der Tat einlenken zu  
wollen, lesen wir doch in der heutigen Abendnummer der  
offiziösen „Norddeutsches Allg. Ztg.“:

„In der Sonnabendmorgen Konferenz in Algieras kam  
es zu einer Abstimmung über die Frage, ob in einer vertraulichen  
Kommission die Organisation der Polizei besprochen  
werden solle, noch bevor das Plenum das Statut für die Bank zu  
Ende beraten habe. Während die deutschen Delegierten dafür ein-  
traten, zunächst die Bankfrage zu erledigen, hielt es die Mehrheit  
der übrigen Vertreter für zweckmäßiger, noch vor der nächsten  
Plenarsitzung über die Bankfrage eine vertrauliche Besprechung  
über die Polizeifrage abzuhalten. Als Grund hierfür wurde von  
mehreren Seiten angeführt, daß durch ein solches Vorgehen  
eine schließliche Verständigung in beiden Angelegenheiten erleichtert  
werden könne. Die Abstimmung betraf also eine Frage der Ge-  
schäftsordnung, und man tut unrecht, ihr, wie es in ein-  
zelnen ausländischen Blättern geschieht, eine politische Be-  
deutung beizumessen. Wird tatsächlich durch die von der Kon-  
ferenz beliebte Art der geschäftlichen Behandlung der  
beiden Hauptfragen ein Ausgleich der in jeder noch vor-  
handenen Schwierigkeiten erleichtert, so stimmt dies  
durchaus mit dem Ziel der deutschen Politik  
überein.“

Es wäre dringend zu wünschen, daß die deutsche Re-  
gierung ihren Vertretern in Algieras endlich auch entsprechende  
Instruktionen erteile, damit der lächerliche Diplomatenträseel  
aus der Welt geschafft würde! —

## Deutsches Reich.

### Die mutigen und opferwilligen Hamburger Bürger.

Um das wahrhaft patriotische Verhalten der Hamburger Ar-  
beiter während der Cholerazeit als ganz unbedeutend und  
ihre eigenes Verhalten in bengalischer Beleuchtung erscheinen zu  
lassen, haben bei dem letzten Akt des Wahlrechtsraubes und der sich  
hieran anschließenden öffentlichen Distinktion die Wortführer des  
„tapferen“ Bürgertums große Mühe voll Unrat über die Sozial-  
demokratie im allgemeinen und den „verleumdungsfähigen“ Ge-  
nossen Vebel im besonderen ausgegossen. Genosse Vebel hat be-  
kannlich vor kurzem im Reichstage die Ausbreitung der bürgerlichen  
Elemente während der Schreckenszeit des Jahres 1892, die durch  
die unerhörte Verwahrlosung der Wasserverhältnisse usw. ver-  
ursacht wurde, gebührend markiert, und er hat, wie die Schimpferei be-  
weist, mitten ins Schwarze getroffen. Daß aber ein juristischer  
Hamburger Senator, Dr. von Meile, in öffentlicher Sitzung  
der Bürgerschaft mit Unwahrheiten operieren würde, nur um den  
verhassten Sozialdemokraten etwas am Fingerring zu fassen, hätte man  
kaum für möglich halten sollen. Der Herr meinte, die Sozialdemo-  
kraten hätten bei dem Druß und Verriß des amtlichen  
Choleraflugblattes ein gutes Geschäft gemacht; so seien allein  
für die Verbreitung 3—10 M. pro Mann bezahlt worden. So  
dankt das Patriotenregiment der Hamburger Arbeiterschaft, die, als  
das Bürgerlein in blässen Schreden austritt und nach über 30 Orten  
die Cholerabazillen verschleppte, freudig der Aufforderung der Be-  
hörden folgte und energisch Hand ans Werk legte zur Belämpfung  
der Seuchenherde! Wie inzwischen „parteiöffentlich“ festgesetzt  
worden ist, hat unser Parteigeschäft für die Herstellung von 570 000  
Flugblättern 2160 M. erhalten, während den Flugblattverbreitern  
zum Teil eine Mark Zehngeld pro Mann auf Drängen  
der Polizeibehörde gewährt worden ist. Das ist das „feine  
Geschäft“, wobei noch bemerkt werden muß, daß die große Mehr-  
zahl der Verbreiter das Geld an die Rotstands-  
und Unterstützungsfonds der Parteiorgani-  
sation abgeführt hat! Senator Dr. von Meile, der  
frühere Redakteur der „Hamburger Nachrichten“, die auch bei dieser  
Gelegenheit geschwindelt haben, daß sich die Wahlen bogen, wird in  
einer der nächsten Parlamentsitzungen veranlaßt werden, seinen  
„Jertum“ einzugeschicken.

Geradezu widerlich ist die Selbstverleumdung des Bürger-  
tums ob ihres Verhaltens während der Cholerazeit. In den  
Bürgervereinen und in der bürgerlichen Presse wird mit der Wahr-  
heit tatsächlich Schandluder getrieben. Gewiß ist, was noch kein  
vernünftiger Mensch bestreiten hat, daß sich Quälsomites, denen  
zum Teil auch Genossen angehört haben, gebildet hatten zwecks Be-  
obachtung der Vorbeugungsmahnahmen und Sammlung von Unter-  
stützungsgeldern, aber das geschah erst, als die Cholera im Ab-  
flauen begriffen war. Die gefährliche Arbeit aber, die  
Reinigungs- und Desinfektionsarbeiten sowie die Leichentransporte,  
ist allein von Arbeitern ausgeführt worden, daran hat sich  
keiner der „Tapferen“ beteiligt. Nach getaner Arbeit kamen die  
Tausende von Ausbreitern wieder, von denen sich jetzt viele in den  
Bürgervereinen aufspielen, als hätten sie im Jahre 1892 Wunder  
an Tapferkeit betriebe, und die sich nun furchtbar über Vebels  
ausgeprochene Wahrheiten enträsten. Hätten sich die Arbeiter im  
August und September 1892 so tapfer benommen, wie das mau-  
schelnde Bürgertum, dann wäre jeder in Hamburg alles  
drunter und drüber gegangen und statt der 10 000 Choleraopfer  
hätte es vielleicht deren 100 000 und mehr gegeben. Der Dank der  
Patrioten übertrifft noch bei weitem den bekannten Dank vom Hause  
Qabzburg. —

### Ein Reich — ein Recht?

In dem Verleumdungsprozesse des Hauptmanns Denike vom  
Infanterie-Regiment Nr. 169 gegen unser Kölner Parteiblatt liegt  
jetzt die schriftliche Begründung des freisprechenden Urteils vor. Bei  
dem Regiments hatte eine entsetzliche Soldatenschänderei  
stattgefunden. Die Mutter des infolge der Schänderei als zeitig

Ganzinvalde entlassenen Musketiers Keim begab sich zu dem Haupt-  
mann Denike und machte ihm von den Vorkommnissen Mitteilung.  
In dem zuerst vom „Vorwärts“ und nach ihm von  
einer ganzen Reihe Parteiblätter gebrachten Artikel hieß  
es: „Der Hauptmann war sehr entrüstet über die  
ihm gewordenen Aufklärungen, hat aber die Mutter, die unliebsame  
Geschichte nicht an die große Glocke zu hängen, da Vebel leider  
schon zu viel Material habe, das er im Reichstag verwenden  
könne.“

In diesen Worten, die der Hauptmann nicht gebraucht haben  
will, die die Mutter Keim aber unter Eid aufrecht erhält, erblickte  
die Staatsanwaltschaft in Berlin, Köln und anderen Orten den Vor-  
wurf des Vertuschens und der Feigheit, und das Berliner Landgericht  
hat auch den Genossen Vättnar dieserhalb mit 50 Mark Geldstrafe  
bedacht. Anders das Kölner Landgericht in dem Prozeß  
gegen Genossen R. Kempfers. Es führte in der Urteilsbegründung aus:

„Es kann dahin gestellt bleiben, ob der Hauptmann die ihm  
in den Mund gelegten Äußerungen wirklich gemacht hat oder  
nicht. Selbst wenn es dem Angeklagten nicht gelingen sollte,  
den Beweis der Wahrheit der behaupteten Äußerungen zu er-  
bringen, hält das Gericht das Verhalten des Angeklagten nicht  
für strafbar, da die angeblichen Äußerungen des Hauptmanns  
nicht geeignet sind, demselben verächtlich zu machen oder in der  
öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Der Inhalt des Artikels  
berechtigt nicht zu der Deutung, daß der Hauptmann „Furcht“  
davor hatte, daß Vebel den Fall im Reichstage zur Sprache  
bringen werde. Vielmehr ist die Annahme gerechtfertigt,  
daß der Hauptmann die Mutter deshalb zum Schweigen  
aufforderte, um Vebel nicht Agitationsstoff zu  
liefern. Hierin liegt indessen nicht eine Herabsetzung  
des Charakters des Hauptmanns. Ein Vorwurf könnte dem  
Hauptmann daraus gemacht werden, wenn sich aus den ange-  
führten Äußerungen ergäbe, daß er beabsichtigte, die Mißhan-  
dlungen des Keim zu vertuschen. Indessen, dies läßt sich aus dem  
Artikel nicht entnehmen. Derselbe spricht im Gegenteil davon,  
daß der Hauptmann über die ihm gewordenen Aufklärungen  
„sehr entrüstet“ war, d. h. daß er dieselben ver-  
abscheute. Hiermit wird der fälschliche Wert des Haupt-  
manns geradezu hervorgehoben. Wenn nun auch  
der Artikelshreiber hiermit das an die Mutter gestellte Anfechten  
mit einem „aber“ verbindet und hierdurch in Gegensatz  
stellt, so hat das Gericht hieraus einen Schluß auf die Ver-  
tuschungsabsicht nicht bilden können, sondern es bleibt lediglich  
die Befürchtung des Hauptmanns, durch Verbreitung des Vorfalls  
der Sozialdemokratie Agitationsstoff zu liefern, die ihn aber nicht  
verächtlich machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen  
kann, sondern als einen vernünftigen, mit den Verhältnissen des  
Lebens rechnenden Menschen erscheinen läßt.“

Das liest sich doch ganz anders als die gewaltsame Begründung  
des verurteilenden Erkenntnisses gegen Genossen Vättnar. —

### Ueberhäuft!

Am Freitag berichteten wir über die tragikomische Katholisierung  
einer der wichtigsten Stellen aus des Herrn Hofpredigers Rogge  
Schrift „Unser Kaiserpaar“. Wir glaubten es mit einer Miß-  
handlung zu tun zu haben, deren sich — allzu zentrumsfreundlich —  
berufen oder unbefunden einer von den „Debbestern“ der preußisch-  
deutschen Beamten-Hierarchie schuldig gemacht hätte. Nun stellt sich  
aber heraus, daß wir Herrn Rogge sehr überschätzt haben; denn er hat  
seinem eigenen Geisteskinde ein paar Rippen gebrochen und an deren  
Stelle einige hölzerne Knäpfele eingesetzt. Dem „Berliner Tageblatt“  
schreibt er über seine Heldentat:

„Die Änderung ist ohne jedes Zutun des Herrn Kultus-  
ministers von mir persönlich nach eigenen Ermessen vorgenommen  
worden, nachdem ich von befreundeter Seite darauf aufmerksam  
gemacht worden war, daß die betreffende Stelle historisch  
nicht ganz einwandfrei sei, und möglicherweise der von  
mir gewünschten allgemeinen Verbreitung der Schrift  
in den Schulen, namentlich in den Volksschulen hinderlich  
sein könne. Ich bin für die Anregung dankbar gewesen und habe  
ihre gern Folge geleistet.“

Ob die „befreundete Seite“ etwa mit dem Herrn Kultusminister  
„verwandt oder verschwägert“ war, darüber sagt Herr Rogge nichts.  
Man kann sich überhaupt ganz eigene Gedanken machen, wenn  
man ein wenig genau zwischen den oben wiedergegebenen Zeilen  
liest.

Wenn schon die deutschen Pastoren anfangen Selbstkastration  
zu üben, wessen dürfen wir uns dann erst in weniger fruchtbareren  
Kreisen zu versehen haben? —

### Gendarmen als bestochene Expreßer.

Der „Münster Anzeiger“ erzählt:  
Das Kriegsgericht der 13. Division beschäftigte sich am 2. März  
mit einer Spulgeschichte. Auf dem Westhoffischen Gute in Gollern  
bei Neubrück sollte es spielen. Als dann schließlich bekannt wurde,  
daß auf dem Hofe ein Diebstahl verübt sei und ein Anschlag auf  
die Tochter verübt sei, haben die dortigen Gendarmen mehrere Tage  
lang Beobachtungen gemacht und schließlich die Tochter des Guts-  
besizers, „eine nervös überreizte Person“, zum Geständnis ge-  
zwungen, die Kustitentin aller Vorkommnisse gewesen zu sein.  
Frau Westhoff hat infolgedessen die beiden Beamten, die  
Angelegenheit nicht zur Anzeige zu bringen und bot ihnen  
zunächst je 20 000 Mark und am folgenden Tage eine  
noch höhere Summe, von der dann die Beamten auch einen  
Teil ausgezahlt erhielten. Die Beamten haben das Geld  
angenommen, dann aber, als die Sache rührbar wurde, kurz darauf  
Anzeige erstattet. Sie gaben an, bestochen worden zu sein. Vebel  
gab bei seiner Vernehmung an, er sei zu jener Zeit nicht im Voll-  
besitz seiner geistigen Kräfte gewesen, so daß er die Folgen seines  
Tuns nicht habe übersehen können. Das Urteil lautete gegen die  
beiden Angeklagten wegen Erpressung und Verschönerung auf ein Jahr  
sechs Monate für Vebel und auf ein Jahr sieben Monate Zuchthaus  
für Schöne. Das Geld wird als dem Staate verfallen erklärt.

### Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen.

Anlässlich des neunjährigen Bestehens des Dreiklassenwahlrechts  
in Sachsen haben die sächsischen Genossen in fast allen größeren  
Orten am Sonnabend und Sonntag Protestversammlungen ver-  
anstaltet. In Dresden und der nahen Umgegend tagten am Sonn-  
abend acht, am Sonntag neun Massenversammlungen, die alle sehr  
gut besucht waren. Außerdem haben in der weiteren Umgegend von  
Dresden am Sonntag noch eine große Anzahl Volksversammlungen  
stattgefunden. Alle beschäftigten sich mit dem Thema: *Neun  
Jahre Wahlrecht in Sachsen* und überall wurde folgende  
Resolution angenommen:

Die heutige Volksversammlung bekundet aufs neue den unab-  
änderlichen Willen, das gleiche, allgemeine, direkte und geheime  
Wahlrecht mit Anwendung des Proportionalitätssystems für den  
sächsischen Landtag zu erringen. Sie protestiert aufs energischste  
gegen die Produkte der Wahlrechtsklimselerei im sogenannten freien  
Wahlrechtsauschuss, die auf eine neue Entrechtung der mindere-  
bemittelten Klassen hinauslaufen.  
Die Versammelten fordern die sofortige Wahlrechtsreform und  
protestieren gegen die offenkundigen Versuche der reaktionären  
Parteien, diese immer weiter zu verschleppen, um noch länger ihre  
völlig selbständige Interessenpolitik fortsetzen zu können. Man kann  
auf die Dauer nicht ungestraft einem Volk, das so stark zu den  
Lafsen des Staates herangezogen wird, eines der wichtigsten Rechte  
vorenthalten.

Als das geeignetste Mittel, den Kampf gegen Wahlrecht  
und jegliche Reaktion führen zu können, empfiehlt die Versamm-  
lung die Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Organi-  
sationen der Arbeiterklasse und die Verbreitung der Arbeiterpresse.  
Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht! Hoch das allgemeine,  
gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!  
Es war fast allerwärts zu beobachten, daß die Beamten eine  
große Revoltität an den Tag legten. Vor allem versuchte man je

Äußerung über die Straßendemonstrationen und die polizeilichen  
Blutstätten zu unterdrücken. Jeder Versuch, die Vorgänge, die sich am  
3. Dezember in den Straßen Dresdens abspielten, zu berichten, hatte  
ein Eingreifen der Polizeibeamten zur Folge. Auch eine  
Kritik der Maturteile gegen die Wahlrechts-Demonstranten  
wollte man nicht zulassen. Dieses polizeiliche Eingreifen  
in die Medien rief mehrfach die Entrüstung der Versammlungs-  
besucher hervor. Wiederholt wurde den Versammlungsrednern mit  
Wortentziehung gedroht. Dennoch haben alle Versammlungen nach  
prächtigem Verlauf ein natürliches Ende gefunden; nur in Wei-  
höhla kam es zu einer Auflösung, weil der Referent, Genosse  
Düvel, sich das Recht nicht nehmen lassen wollte, die Urteile gegen  
die Wahlrechtsdemonstration kritisch zu erörtern. —

### Zeugniszwangsverfahren.

Gestern abend wurden die vier in der Straf-  
sache gegen Genossen Berner in Zeugniszwangshaft  
genommenen Segen aus der Haft entlassen. Ver-  
haftet waren sie, weil sie es ablehnten, die schmutzige, übrigens auch  
strafbare Handlung zu begehren, das Geschäftsgeheimnis zu ver-  
raten, wor das Manuskript des Artikels geschrieben habe, dessen  
Inhalt zur Unterbrechung des Verfahrens eines Strafverfahrens  
gegen Genossen Berner führte. Das Spiekrutenlaufen der  
preussisch-deutschen Justiz im Reichstage scheint demnach  
doch nicht ganz vergeblich gewesen zu sein. Wer ent-  
schädigt aber nun die braven Genossen, die verhaftet wurden,  
weil sie es ablehnten, eine unanständige und ehrlose Handlung zu  
begehren? Vielleicht empfiehlt sich ein Zivilprozeß auf Schadenersatz  
gegen die Richter, die jene Haft verhängten oder bestätigten, damit  
möglicherweise der Zivilsenat des Reichsgerichts die Unrechtmäßigkeit  
eines derartigen Zwangs feststellt. Ein Strafverfahren darf —  
das hat selbst der Strafsenat des Reichsgerichts anerkannt —  
nicht auf strafbaren oder unanständigen Handlungen beruhen. Des-  
halb ist die den vier Segern angelohene schmutzige Handlung  
auch ohne ausdrückliche Befehlsgewalt unzulässig.

Genosse Schumann in Bielefeld ist, obgleich krank, noch  
immer — jetzt in der neunten Woche — in Zeugniszwangshaft, weil  
er es ablehnt, die ehrlose Handlung des Verrats seines Gewährr-  
mannes zu begehren.

Uebrigens sind wir auf diesem Gebiete in der angenehmen Lage,  
auch ein Staatsanwalt anzuführen, der öffentlich einen Vertrauens-  
bruch als unanständig hinstellt. In der am Freitag vor der Straf-  
kammer in Rudolstadt gegen Genossen Jörn verhandelten Klagesache  
wegen angeblicher Verleumdung des Amtsrichters Keil in Jöhnd  
(erlaubt wurde auf 75 M. Geldstrafe) führte der Staatsanwalt in  
seinen Plädoyer unter anderem aus, er müsse es als eine  
anständige Handlungsweise bezeichnen, daß der  
Angeklagte es ablehne, den Verfasser des inkriminierten  
Artikels zu nennen. Die Auffassung des Staatsanwalts deckt sich  
also in diesem Falle mit der Auffassung der sozialdemokratischen  
und jeder anständigen Presse, deren Redakteure es grundsätzlich  
ablehnen, den Verfasser eines Artikels preiszugeben. —

Die privilegierte Amtspresse wird demnach im Großherzogtum  
Hessen ihr Nestliedchen endgültig beseligen. Im Landtage  
erklärte am Freitag der Ministerpräsident des Innern Braun,  
die Regierung erkenne jetzt an, daß das Amtswesen unzulässig  
sei. Das Vorgehen einer Anzahl Amtsblätter gegen die Regierung  
und deren Befehlswürde oder sonstige Maßnahmen seien un-  
vereinbar mit der Würde und der der Regierung schuldigen  
Mäßigkeit. Um eine Wiederholung solcher Dinge unmög-  
lich zu machen, habe die Regierung bereits den Entschluß  
gefaßt, alle amtlichen Bekanntmachungen in Form  
von Beilagen erscheinen zu lassen, die an alle diejenigen  
Blätter ohne Rücksicht auf Parteistellung gegen  
Erstattung der Selbstkosten abgegeben werden sollen, die sich darum  
bemühen. Damit ist ein von der Kammer im Vorjahre ange-  
nommener sozialdemokratischer Antrag realisiert. Da  
eine Anzahl der jetzigen Amtsblätter ihr Dasein nur dem amtlichen  
Bekanntmachungsmonopol verdanken, so werden sie wohl mit dem  
Verschwinden dieses Monopols auch das Heilige segnen. Den  
Nationalliberalen wird die Festsitzung der Amtsblätter recht un-  
angenehm sein, da es ausschließlich ihre Organe sind. —

### Cornelius hat kapituliert!

Wie wir in unserer Sonntagsnummer bereits meldeten, hat sich  
Cornelius, von Hauptmann Volkmann hartnäckig verfolgt, demselben  
mit allen seinen Leuten ergeben. Waffen und Pferde  
sind abgenommen.

Dieser Führer der Vethanier hat sich am 2. März in Heilons,  
60 Kilometer südwestlich Vethanien, mit 75 Männern,  
36 Frauen und Kindern gestellt und 54 Gewehre, darunter 47  
moderne Hinterlader, abgegeben.

Danach steht jetzt eigentlich nur noch Morenga mit höchstens  
500 Mann im Felde. Trotzdem die deutsche Truppenzahl in Süd-  
westafrika 15 000 Mann beträgt, ist erst am 28. Februar wieder ein  
neuer Truppentransport abgegangen!

Zugleich wird aus Windhof folgende neue Verurteilung ge-  
meldet: Reiter Louis Neuhäus, geboren am 17. 12. 83 zu Holt-  
hausen, am 28. Februar 1906 im Lazarett Godahen an Typhus  
gestorben. Feldwebel Karl Volze, geboren am 15. 1. 75  
zu Döfel, hat sich am 27. Februar d. J. in Windhof beim Fahren  
durch Umkippen des Wagens einen Schädelbruch zugezogen und ist  
sodort gestorben. Reiter Josef Kosiol, geboren am 4. 12. 82  
zu Schönwald, hat sich am 12. Februar d. J. von der Kolonne ent-  
fernt und wurde am 13. Februar d. J. nördlich Roms (St. Oe-  
bred) mit einem Kopfschuß tot aufgefunden. Gefreiter Paul  
Fett, geboren am 1. 2. 83 zu Vartelsdorf, am 24. Februar d. J.  
durch Hufschlag am Kopf schwer verwundet; Krankensammel-  
stelle Berjeba. —

### Ein Missionsfreit in Südwestafrika.

Die „Deutsche Zeitung“ erhält aus Kreisen der Deutschen  
Kolonialgesellschaft eine Zuschrift, in der bittere Klage darüber ge-  
führt wird, daß der Gouverneur von Windhoek mit den Ver-  
tretern beider Konfessionen in Windhof die Vereinbarung getroffen  
habe, daß die gefangenen Hereros vorläufig mit einer  
„gleichzeitigen geistlichen Versorgung“ beglückt  
werden sollten. Diese „Parität“ verhindere nur eine „einheit-  
liche Christianisierung“ dieser Stämme, die in sicherer  
Aussicht gestanden habe, wenn sich nicht die katholische Mission eifer-  
füchtig herangedrängt hätte.

Herr v. Lindquist weiß ganz genau, warum er der katholischen  
Mission ein solches Zugeständnis gemacht hat. Die Missionsfrage  
bildet ja einen Hauptkörper für das Zentrum, um es in kolonial-  
freundlicher Stimmung zu erhalten! Zudem hat sich die katholische  
Mission schon dadurch ein Anrecht auf Begünstigung erworben, daß  
sie nicht einmal die schäblichsten Versuche einer Verteidigung der  
Hereros gemacht hat, zu der sich die protestantische Mission immerhin  
anzufassen wagte. Dafür sind katholische Geistliche mit dem Klein-  
kalibrieren gegen die Hereros zu Felde gezogen, die das Sklavenjoch  
der Fremdherrschaft abzuschütteln suchten.

Wahrlich! sind die protestantischen Missionare in Zukunft  
vorsichtiger! —

### Ausland.

#### Schweiz.

**Volksabstimmung über die Wahl der Regierung durch das Volk.**  
Bern, 2. März. (Fig. Ber.) In den wenigen Kantonen, in  
denen heute noch die Regierung vom Parlament (Kantonsrat oder  
Großer Rat) gewählt wird, gehört auch der größte Schweizerkanton,  
der Kanton Bern. Seit 1855, also seit 20 Jahren, wird von wirklich  
freiwillig-demokratischen Kreisen, vorab natürlich von der sozial-  
demokratischen Partei, die Volkswahl der Regierung erstrebt, nachdem



sie in anderen Kantonen schon seit Jahrzehnten besteht, im Kanton Zürich z. B. seit 1869, und nun hat am Sonntag, den 4. März, die stimmfähige Bürgerchaft darüber zu entscheiden, ob auch fernerhin nur eine Clique die Regierung wählen soll, oder ob die Wahl durch sämtliche Stimmfähige erfolgen soll. Da die herrschende Freisinnigen, mit Ausnahme ihres rechten Flügels, selbst für die Volkswahl der Regierung eintreten, ebenso mit aller Energie unsere Partei, sollte die Annahme derselben gesichert sein.

**Bern, 4. März. (B. Z. W.)** In der heutigen bernischen Volksabstimmung wurde das von 20000 Bürgern gestellte Vergehen um Wahl der Regierung durch das Volk (statt durch den Großen Rat) mit 37968 gegen 10995 Stimmen angenommen. Zum erstenmal wird die Wahl der Regierung durch das Volk im Mai dieses Jahres stattfinden.

### Frankreich.

#### Die Alerikalen auf dem Kriegspfad.

Paris, 3. März. (Fig. Ver.) Mit allen Kräften fachen die feudalen Gutsherren im Verein mit den Dorfgeistlichen die Bauernrevolten an. Bisher und wohl auch weiterhin ohne rechten Erfolg. Nur in der Bretagne und in den Departements Haute-Loire und Lozère finden sie eine fanatische Befolgung, und da geht es den mit der Inventur beauftragten Domäneninspektoren oft gar übel: Es ist übrigens wirklich höchst verwunderlich, daß die Regierung diese Beamten noch immer ohne genügende Bedeckung ausschickt und in der Regel erst dann eine ausreichende Macht aufbietet, wenn man die Beamten mit blutigen Köpfen heimgeschickt hat. Da die mit Heugabeln, Sensen und Jagdflinten ausgerüsteten Bauern vorzüglich genug sind, gegen das Militär nicht vorzugehen, so ist die Taktik der Regierung, die den Zivilbeamten eine Mätyrerkolonie zumutet und überflüssiges Blutvergießen zur Folge hat, ganz offenbar nur der Angst vor der Insubordination der Offiziere zuzuschreiben. Diese Scheu, mit der päpstlichen Clique in der Armee anzubinden, zeigt sich auch in den juristischen Kreisen, die die unter dem halbklerikalen Etienne stehende Armeeführung anwendet, um die revoltierenden Offiziere möglichst billig davonkommen zu lassen. Schon hat man herausgefunden, daß die drei Offiziere, die in Saint-Servan den Dienst verweigerten, nur nach einer Bestimmung bestraft werden können, welche eine bloße Arreststrafe von 1 bis 3 Monaten zuläßt, die sogar bis zu einem Tage herabgesetzt werden kann. Auf jeden Fall werden die Dienstverweigerer der Armee erhalten bleiben. Man darf sich nicht durch das Geschrei der Alerikalen irremachen lassen, die nach wie vor die Regierung der verbrecherischen Grausamkeit anklagen. Auch am 28. Februar bei dem Zusammenstoß in Champels, der auf Seite der Alerikalen die meisten Opfer gefordert hat, ist es lange nicht so blutig zugegangen, wie es unter den gleichen Verhältnissen bei einem Streik der Fall gewesen wäre. Einige Gendarmen, die den Domäneninspektor begleiteten, gaben, als dieser unter Sensenblieben zusammenstürzte und sie selbst bedroht waren, aus ihren Revolvern Schüsse ab. Es wurden fünf Bauern erschossen, aber nicht lebensgefährlich verwundet. Heute spricht die ganze klerikale Presse, die für erschossene Arbeiter nicht ein Wort der Teilnahme übrig hat, von einer „Mörderregierung“.

Während die vom Pfaffen verdummten und belogenen Bauern für die politischen Interessen des Junkertums ihre Haut zu Markte tragen, begnügt sich die adelige Sippe selbst mit wohlfeileren Mätyrerkronen. So wurde kürzlich ein 17-jähriges Edelknechtlein in der Provinz, das sich an der Mißhandlung eines Inventurbeamten beteiligt hatte, zu sechs Tagen Arrest verurteilt, die es sogleich abtun mußte. Darob schrecklicher Lärm in der reaktionären Presse, besonders im monarchistischen „Gaulois“, der noch immer tut, als ob die Strafgesetze und die Gesängnisse nur für gemeine Plebejer da seien. Für das schlechtgezogene Mädchen wurde bei seiner Entlassung von dem Abel der ganzen Gegend ein Triumphzug arrangiert mit Blumenkranz und allerlei toyalistischen und klerikalen Girlanden, wobei die einfältigen Bauern die Staffage bilden mußten. Sicherlich kann man der Ansicht sein, daß es sinnlos und grausam ist, ein Kind, das für seinen in der Klosterschule gezeigten Fanatismus nicht die Verantwortung trägt, einzusperrern. Aber wie viel Hunderte ebenso junge und jüngere Mädchen sind schon wegen Streikvergehen zu weit höheren Strafen verurteilt worden, ohne daß ihre Jugend das Mitleid der Frommen erweckt hätte! —

### England.

#### Bernard Shaw, Burgess und John Burns.

London, 1. März (Fig. Ver.).

Die letzten Wahlen hatten eine kleine Preßebde zur Folge, die einen lehrreichen Beitrag zur Erkenntnis mancher persönlicher Faktoren der sozialistischen Organisationen bietet.

Hervorgehoben zu werden verdient vor allem die Haltung Bernard Shaws. Shaw ging nach Burnley, um Handman zu unterstützen und hielt dort eine Rede, die durchaus revolutionär war und die Handman in Entzücken versetzte. Derselbe Shaw sprach sodann in Battersea zugunsten und zur großen Zufriedenheit von Burns! Unmittelbar nach den Wahlen schrieb er einen Artikel in der „Clarion“, in dem er die Taktik von Battersea, das heißt die Taktik von John Burns, als die richtige verteidigte und die sozialdemokratische Taktik, die er vor vierzehn Tagen in Burnley gelobt hatte, als eine Dummheit verurteilte! Er wollte damit zeigen, daß die Taktik der Fabier, die auf Verneinung (Durchdringung der bürgerlichen Parteien mit Sozialismus) beruht, sich vorzüglich bewährt, während die Klassenkampfaktik verlagert hätte.

Darauf antwortete Genosse Burgess aus Glasgow folgendermaßen in der „Clarion“ vom 16. Februar:

„Shaw hat nie den Wert begriffen, den die Sozialisten auf die politische Selbständigkeit legen; deshalb verteidigt er John Burns und verurteilt die Sozialisten, die die Taktik von Burns als ungemein schädlich für die Arbeiter- und die sozialistische Bewegung betrachten. Kein sozialistischer Kandidat... zweifelt daran, daß der Eintritt von Burns ins Kabinett und viele Tausende von Stimmen und manche Wahlkreise kostete. Aber Shaw meint, wir würden unserer Sache genützt haben, wenn wir Burns in Battersea unterstützt hätten.“

Verstehen wir uns doch von solchen Strafen! Wann hat denn John Burns unsere Sache unterstützt? ... Wo war Burns im Jahre 1893, als Hardie im Parlament bei der Arbeitsdebatte für die Arbeitslosen eintrat? Wo war Burns im Jahre 1895, als die liberale Regierung alles tat, um Hardies Pläne zu vereiteln? Hat nicht John Burns auf dem Trade-Unionkongress von Belfast gegen die Selbständigkeit der Arbeiterklasse gewirkt? Ist es nicht eine Tatsache, daß sich Burns mit Ramsdell (einem konservativen Textilarbeiterführer) verschworen hat, um Hardie und Tom Mann von den Trade-Unionkongressen auszuschließen? Warum hat Burns mit Richard Bell korrespondiert, um die selbständige Politik der neuen Arbeiterpartei unmöglich zu machen? Und hat er nicht J. Mitchell veranlaßt, auf dem Liverpooler Kongress der Arbeiterpartei den Ausschluß der unabhängigen Arbeiterpartei aus der Fabian-Society zu beantragen? ... Ich bin froh, daß John Burns den Revisionen überlassen hat. Er war ein störender Faktor unter uns in den letzten vierzehn Jahren. Wir wählten nicht, wie wir ihn klassifizieren sollten. Jetzt ist er in die Reihe der Bureaukraten gegen die Demokraten getreten. Und deshalb lobt ihn die Fabian-Society. Er ist ein ihr verwandter Geist.“ —

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Lohnbewegung der Maler.

Die Maler und Anstreicher Berlins kamen Sonntag mittag in Aellers Festsaal zusammen, um über die gegenwärtige Lohnbewegung zu diskutieren. Saal und Galerien waren dicht besetzt. Der Vorsitzende Nieß erklärte, daß die Unterhandlungen mit

den Arbeitgebern soweit einen Befriedigenden Verlauf genommen hätten, als die Organisation der Gehäusen unbedingt anerkannt werde und die Malermeister zum Abschluß von Verträgen bereit seien. Die Zugeständnisse wären aber so minimale, daß man auf ein weiteres Entgegenkommen bestehen müsse. Es handelte sich nun darum, daß die Verammlung dem Vorstande die Ermächtigung zum Abschluß eines Vertrages erteile, vorbehaltlich der Ratifikation durch eine Versammlung des Verbandes. Der Vorstand werde sein Bestes tun und auch vor einem Streik nicht zurückweichen. Nicht ein Jota dürfe abgelassen werden von dem, was recht und billig sei. — Als Vertreter des Arbeitgeberverbandes nahm Malermeister Kruse das Wort und betonte mit Nachdruck, daß die Meister dem Gehäusenverbande die Anerkennung nicht versagen, sondern ganz der Meinung sind, daß durch ein harmonisches Zusammenwirken beider Vereinigungen sich dauernd gute Verhältnisse herstellen lassen. Das Angebot der Meister sei 65 Pf. pro Stunde für Maler, 55 Pf. für Anstreicher und 60 Pf. für junge Leute während der ersten zwei Jahre nach der Lehrzeit. Dieser Tarif soll für drei Jahre gelten.

Eine sehr lebhafte Diskussion entspann sich, in welcher das Angebot der Meister als unannehmbar erklärt wurde. 65 Pf. könnten nur als Minimallohn pro Stunde in Betracht kommen. 70 Pf. und 8 1/2 stündige Arbeitszeit wurde von den meisten Rednern verlangt. Die Abschaffung des Akkordsystems wurde gewünscht und alleinig dringend vor einer Festlegung des Tarifs auf drei Jahre gewarnt. Herr Kruse wurde deutlich erklärt, daß man sehr wohl wisse, daß die gerühmte Anerkennung des Verbandes durch die Macht der Organisation erzwungen sei, die mit beinahe 6000 Mitgliedern aufmarschiert. Die Diskussion wurde zeitweise sehr lebhaft. Nieß legte die folgende Resolution vor, die mit großer Majorität angenommen wurde:

„Die Maler, Radierer und Anstreicher der Zentrale Berlin beauftragen den Vorstand, mit dem Verband der Malereigehäusen Berlins und der Vororte in Verhandlungen einzutreten. Jedoch erklären die Verammelten, daß die Angebote der Unternehmer nicht weitgehend genug sind, um auf dieser Grundlage einen Tarif schaffen zu können.“

Die Lohnbewegung bei der Fensterreinigungsbankalt Fietz, Mantuffelstraße 22, endete nach dreitägiger Dauer mit einem vollen Erfolg der Streikenden. Nicht nur sämtliche Forderungen wurden bewilligt, sondern Herr Fietz gab auch seinen Angeestellten den 1. Mai frei und hat auch den Arbeiteranschuß anerkannt. Selbstverständlich ist dieser Erfolg nur dank der Einigkeit der Streikenden erreicht worden, von denen kein einziger rückfällig wurde.

Zu der Lohnbewegung der Hausdiener usw. aus den Papier- und Pappen-Engrosfirmen ist zu berichten, daß in der am Sonntag abgehaltenen stark besuchten Versammlung festgelegt wurde, daß 19 Firmen sich mit ihren Angestellten geeinigt haben. Lohnzulagen von 1—2,50 M., außerdem Urlaub, Zuschuß zum Krankengeld, Ueberstundenbezahlung sind bewilligt. Ein Teil der Unternehmer, und namentlich Mitglieder des Vereins der Papier-Engrosbändler, weigert sich, Lohnzulagen zu bewilligen. Eine Resolution wurde angenommen, welche sagt, daß mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer friedlichen Erledigung der Unternehmern die Gelegenheit zum Bescheiden dieses Weges gegeben werden soll. Ein geplanter Streikbeschluß wurde daher noch ausgesetzt.

Bei der Firma Max Frankenhof, Alte Jakobstraße, befinden sich die Arbeiter im Ausstand, in bürgerlichen Blättern sucht diese Firma nichtorganisierte Arbeiter. Verhandlungen führten zu keinem Erfolg. Bei der Firma Herzberg, Beuthstraße, wurde der Jahrschlußführer gemahnt, da derselbe sich weigerte, einem Arbeitswilligen die Handlung des Jahrschlußes zu lehren. Goffen wir, daß sich jeder Jahrschlußführer dafür bedanken wird, einem Arbeitswilligen bei Herzberg eine feste Position zu sichern. Verband der Handels- und Transportarbeiter.

Die Schriftzeilner und Ausfächer der Gradplattenbrände, welche alle dem Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands angeschlossen sind, stehen in einer Lohnbewegung. Jeder Zugang nach den Sandsteinbläseereien ist streng fernzuhalten. Besonders appellieren wir an Angehörige anderer Berufe, die des Schriftzeichnens kundig sind, als Schriftführer, Schildermaler, Graveure, Zeichner. Auch fordern wir die Vertrauensleute der Glasbläseereien auf, in welchen abgepaßte Scheiben angefertigt werden und hauptsächlich Ausschneiderinnen beschäftigt sind, dieselben auf die Bewegung aufmerksam zu machen, daß sie sich zu keiner Streikarbeit verleiten lassen. — Wir bitten die Arbeiterpresse, dieses abgedruckt, da es leicht möglich ist, daß sich die Bewegung auf andere Städte Deutschlands ausdehnen wird.

#### Zentralverband der Glasarbeiter.

Die Arbeiter und Hausdiener der Firma P. Schüller u. Co., mechanische Maschinen-Verfälschfabrik, Poppel-Allee 28, befinden sich wegen Lohnminderungen seit Sonnabendabend im Streik. Die Firma zahlte bisher an ihre Arbeiter bei zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit einen Lohn von 18, 19 und 20 M. die Woche, so daß nach Abzug der Kranken- und Invalidenbeiträge von annähernd 1 M. ein Wochenverdienst von 17, 18 und 19 M. verblieb. Der Firma wurde am Donnerstag voriger Woche ein erhöhter Lohnstarif unterbreitet, in dem ein Anfangslohn von 24 M., nach wöchentlichlicher Tätigkeit 25 M., nach 14-tägiger Tätigkeit 26 M., nach 14-tägiger Tätigkeit 27 M., dann steigend jährlich um je 1 M. Zulage bis zu einem Höchstlohn von 30 M. die Woche verlangt wurde. Ein wiederholter Versuch, mit der Firma zu verhandeln, wurde von derselben abgelehnt. Da die Arbeiter erklärten, an ihren Forderungen festzuhalten, erfolgte am Sonnabend die Entlassung. Wir ersuchen alle Mineral- und Seltenerwasserarbeiter sowie die Herren Restaurateure und Gastwirte aufmerksam dafür zu sorgen, daß Streikarbeit bei ihnen nicht verübt wird.

#### Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.

##### Ortsverwaltung Berlin I.

Die Potsdamer Tapezierer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung wurde die Notwendigkeit anerkannt, die schlechten Fabrikverhältnisse der hiesigen Tapezierer einer wenigstens teilweisen Verbesserung zuzuführen. Der neue Lohnstarif wurde einstimmig gutgeheißen und eine Lohnkommission beauftragt, mit der Potsdamer Tapezierervereinigung zwecks Abschlußes eines korporativen Arbeitsvertrages in Verhandlung zu treten. Die Gehäusen hoffen, daß ihre durchaus berechtigten Forderungen von der Innung anerkannt werden. Sollte wider Erwarten bis zum 8. März ein zustimmender Beschluß der Innung nicht eingehen, so ist am genannten Tage eine Verbandsversammlung einzuberufen, um weitere Beschlüsse zu fassen. Durch einen weiteren Beschluß werden die Kollegen, welche bisher 11 Stunden arbeiteten, verpflichtet, diese bis zum Abschluß der Verhandlungen zu verweigern. — Der neue Tarif enthält hauptsächlich folgende Forderungen: Der Stundenlohn beträgt 60 Pf., die Arbeitszeit wöchentlich 52 Stunden, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sollen abgezahlt werden. Eventuell sind für Ueberstunden 20 Pf., für Nachtarbeit 60 Pf. und für Sonntagsarbeit 30 Pf. pro Stunde Zuschlag zu zahlen. — Freigabe des 1. Mai als Feiertag. — Zugang ist streng fernzuhalten.

#### Deutsches Reich.

Erfolgreicher Textilarbeiterstreik. Bei der Firma Gebr. Neuberger-Hannover traten am 19. Februar sämtliche Weber und Weberinnen, etwa 120 an der Zahl, in den Ausstand, weil die vor einigen Jahren anlässlich der Krise auf acht bezogenen Stunden täglich verkürzte Arbeitszeit infolge stotter Geschäftsganges wieder auf zehn Stunden erhöht werden sollte. Die Arbeiter, durch die Erfahrung belehrt, daß in der kürzeren Arbeitszeit das gleiche Quantum an Arbeit geleistet werden kann, wie bei der früheren zehnständigen, und sich inzwischen auch im Textilarbeiterverband organisiert hatten, gingen nicht auf das Ansinnen ein, sondern blieben einfach der Arbeit fern. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen scheiterten. Jetzt hat sich die Firma eines Besseren bekommen. In erneuter Verhandlung bewilligte sie nicht nur den

Neunstundentag, sondern auch für die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter, den Lohn, den diese früher in zehn Stunden verdienten. Nach Abschluß des zweiten Firmmentinhabers soll mit der Kommission über die weiteren Forderungen der Arbeiter: Beschaffung eines Ankleideraumes für die Frauen, Erhöhung des Stücklohnes für einige Artikel usw. verhandelt werden. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen.

Streik in den Geringswalder Stuhlfabriken. Die in der Stuhlindustrie beschäftigten Arbeiter hatten vor kurzem Forderungen gestellt, es wurde darüber mit den Fabrikanten verhandelt, aber kein Einverständnis erzielt. Während die 6 1/2 stündige Arbeitszeit pro Woche gefordert wird, wollen die Unternehmer statt der bisher 6 1/2 stündigen nur die 6 stündige Arbeitswoche zugehen. Lohn-erhöhungen wollen die Unternehmer nur 1—2 Pf. pro Stunde bewilligen, womit die Arbeiter nicht zufrieden sein konnten. Daher traten die Arbeiter, nachdem die Kündigungfrist abgelaufen war, in den Ausstand. Es ist anzunehmen, daß sich der Streik auch auf die anderen in der Nähe von Geringswalde liegenden Orte der Stuhlindustrie ausdehnt. In diesen Fälle würde die Zahl auf 1400 steigen. Es handelt sich um Tischler, Polsterer, Polsterer, Drechsler, Wildhauer, Maschinen- und Hilfsarbeiter.

Die Arbeiter der chemischen Fabrik in Rlenburg (Anhalt) streiken seit circa 3 Wochen im Streik, da ihre Forderung, den Stundenlohn von 30 auf 35 Pf. zu erhöhen, rundweg abgelehnt wurde. Die Betriebsleitung versucht, aus dem Ofen fremde Arbeitswillige heranzuziehen, zum Teil auch mit Erfolg, doch sind die meisten wieder abgereicht. Die Arbeitswilligen wurden durch „Louis Dzialoschinski, Reumarkt, Schloffen, internationales Stellenvermittlungsbureau“, vermittelt. Vor Zugang wird gewarnt.

Die Dresdener Konfektionsfabriker befinden sich in einer Bewegung, die auf den Abschluß fester Lohnverträge hinstrebt. Gefordert wird die Einführung von Betriebswerkstätten, 10stündige Arbeitszeit, ein Mindesttagelohn von 4,50 M. für Arbeiter und 2,50 M. für Arbeiterinnen. Mit mehreren großen Geschäften sind bereits Akkordtarife vereinbart worden. Auf ein dahingehendes Ersuchen erklärte sich der Arbeitgeberverband für das Dresdener Schneidergewerbe bereit, einen korporativen Tarifvertrag mit der Organisation der Arbeitnehmer abzuschließen. Unterhandlungen wegen des Vertragsabschlusses sind bereits im Gange.

Der Streik der Kohlenarbeiter in Aiel ist durch den Abschluß eines Tarifs beendet worden, der den Arbeitern verschiedene wesentliche Verbesserungen bringt und bis 31. März 1908 gilt.

Streik im lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet. Nach einer Meldung des „Wolffschen Bureau“ sind in der Nombacher Hütte einige hundert Arbeiter ausständig.

### Ausland.

Internationale Verständigung. Die amerikanische „Federation of Labor“ (Präsident Compers) hatte auf ihrem letzten Kongress einen Beschluß gefaßt, der einen Keinen Schritt nach vorwärts bedeutet. Der Zentralverband wurde nämlich beauftragt, sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen von Amerika und Europa in Verbindung zu setzen, um ein Gegenseitigkeitsverhältnis herbeizuführen, wonach die Mitglieder einer Gewerkschaftsorganisation des einen Landes ohne weiteres Mitglied in der betreffenden Berufsorganisation eines anderen Landes werden können, ohne von neuem Eintrittsgeld zahlen zu müssen und den sonstigen Aufnahmebedingungen unterworfen zu sein. Die amerikanischen Gewerkschaften haben bekanntlich in dieser Beziehung viel Anlaß zur Arbeit gegeben. Die zahlreichsten von Europa, besonders auch aus Deutschland nach Amerika auszuwandern den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Vereinigten Staaten, wenn sie in den dortigen Gewerkschaften Aufnahme finden wollten, zur Hinterlegung hoher Eintrittsgelder (in einzelnen Fällen bis zu 200 M.) gezwungen worden, ja in einigen Organisationen fanden sie überhaupt keine Aufnahme. Es ist also ein Schritt zum Besseren, wenn die amerikanischen Arbeiter jetzt eingesehen haben, daß sie ihre künstlichen Bestimmungen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten können. Der Präsident Compers richtet jetzt in Ausführung des obigen Beschlusses ein Rundschreiben an die deutschen Gewerkschaften.

Achtstundentag in Frankreich. Aus Paris meldet das „Bureau Herald“: Der Generalverband der Arbeiter gibt durch Raueranschlag bekannt, daß heute 7 große Versammlungen zugunsten des Achtstundentages und der Sonntagsruhe stattfinden. In dem Aufruf wird das gesamte Proletariat aufgefordert, alle Anstrengungen zu machen, damit die neuen Forderungen bis zum 1. Mai durchgeführt werden.

### Streiks in Oesterreich.

In Arad sind die Magazinarbeiter der Staatsbahn und in Esseg und Segeswar die Rauter in den Ausstand getreten; sie fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine beträchtliche Lohnerhöhung.

Wegen strafweiser Vernehmung einiger Bediensteter beschlossen die Angestellten der Südbahn, in den Generalstreik zu treten, wenn die Verwallung der Südbahn diese Verfassungen nicht wieder zurücknimmt.

Die organisierten Angestellten der Apotheken Wiens und fast ganz Oesterreichs beschließen, in den Ausstand zu treten.

In Lemberg ist das Hülfpersonal in den Druckereien in den Ausstand getreten. Die Zeitungen sind gestern (Montag) nicht erschienen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Steglich, 5. März. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Bei der heutigen Gemeinderatswahl sind unsere Genossen in beiden Bezirken mit den Kandidaten des Nichtvereins in Stichwahl gekommen. Im ersten Bezirk fehlten drei Stimmen am endgültigen Siege.

### Ein Erfolg der Wahlrechtsbewegung.

Detmold, 5. März. (B. Z. W.) In der heutigen Sitzung des Landtages kündigte der Staatsminister Grewel die demnächstige Einbringung einer Wahlrechtsvorlage an.

### Verhaftete Anarchisten.

Petersburg, 5. März. (B. Z. W.) Auf dem Bahnhof von Jarosloje Selo wurden gestern zwei Anarchisten verhaftet, welche mehrere Bomben bei sich trugen.

### Lohn für Spindeldienste.

Odesa, 5. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute wurde auf dem Alexander Prospekt in einem Laden, in dem sich die Polizei anfänglich auf die Lauer gelegt hatte, um 2 Anarchisten zu verhaften, eine Bombe geschleudert. Das Geschloß richtete große Verwüstungen an und verletzte den Besitzer des Ladens und einen Kommit schwer. Die Täter entkamen.

### Ueberfall auf einen Kasernenbanten.

Tiflis, 5. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Kendant der Kontrollkammer, der in einem Wagen 7000 Rubel, die er von dem Schatzamt geholt hatte, forbrachte, wurde von drei Männern überfallen und durch Revolverhiebe getötet. Die Täter sind mit dem Gelde entkommen, doch wurde einer nachher gefolter und einer gefangen genommen.

### Ein gestörtes Regergebort.

Durban, 5. März. (Meldung des Reuterschen Depeschens-Bureau.) Eine englische Truppenabteilung hat den Kral des Südpfingst Gobiende bei Injumul eingeschlossen, den Hauptling gefangen genommen und, nachdem die Bewohner daraus verjagt, den Kral durch Artilleriefeuer gestört.



Reichstag.

57. Sitzung vom Montag, den 5. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, Dr. Lieberding.

Zunächst wird der Besegentwurf betreffend die Ueberleitung von Hypotheken des früheren Rechts in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Interpellation Gotheim (fr. Vg.) Dr. Semler (natl.) Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.) betreffend die zollamtliche Abfertigung deutscher Ausfuhrgüter an der russischen Grenze. Sie lautet:

Ist dem Herrn Reichsfinanzminister bekannt, daß infolge nicht genügender Vorbereitungen der russischen Zoll- und Eisenbahnverwaltungen weit über tausend Eisenbahnwaggons mit deutschen Ausfuhrgütern, die rechtzeitig von der deutschen Grenzstation abgefertigt waren, nicht rechtzeitig zur zollamtlichen Abfertigung an der russischen Grenzstation kommen konnten? Daß infolgedessen durch das Eintreten der erhöhten Zollsätze am 1. März, die nach den Vorschriften der russischen Zollverwaltung auf alle diese verspäteten Sendungen Anwendung finden sollten, den deutschen Exporteuren ein großer Schaden erwächst?

Was gedenkt der Herr Reichsfinanzminister zu tun, um die deutsche Geschäftswelt vor diesem erheblichen Schaden zu bewahren?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation im Namen des Reichsfinanzministers sofort zu beantworten. (Beifall links.)

Zur Begründung erhält das Wort

Abg. Gotheim (fr. Vg.): Daß beim Inkrafttreten des neuen Generaltarifs bezw. der neuen Handelsverträge sich Schwierigkeiten im Warenverkehr an der russischen Grenze herausstellten würden, war vorauszusehen, um so mehr, als dieser Termin in den Winter fällt, also in eine Zeit, in der die Schifffahrt erschwert oder aufgehoben ist. Die Schwierigkeiten haben sich infolge der russischen Revolution, infolge der Gewalttätigkeiten von Polizei und Militär sehr vermehrt. Alle am Handel interessierten Kreise haben an die beteiligten Regierungen die Bitte gerichtet, in der Zeit vor dem 1. März die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen und anderer Transportmittel möglichst zu erhöhen. Alle beteiligten Regierungen, außer der russischen, haben diesen Wünschen entsprochen; es ist mehr Veronal eingeleitet worden, es sind Ueberstunden gemacht usw. Wenn auch auf deutscher Seite nicht alle Wünsche von Handel und Industrie erfüllt sind, so kann ich der preussischen Eisenbahnverwaltung doch im Namen der beteiligten Kreise unseren Dank aussprechen. Ferner haben sich Desterreich, Rumänien usw. bereit erklärt, alle Waren, die noch vor dem 1. März an der Grenze angekommen sind, noch nach dem alten Tarif zu verzollen, auch wenn diese Verzollung selbst erst nach dem 1. März stattfinden sollte. Auch Rußland hat sich bereit erklärt, Vorkehrungen zu treffen, um den erhöhten Ansprüchen an den Verkehr zu genügen. Tatsächlich haben sich aber an sämtlichen Grenzübergängen schon im Januar und im Anfang Februar große Mengen von Waggons angehäuft, die nicht weiter befördert wurden. Was half es da, daß seitens Preußens täglich drei Güterzüge mehr nach der russischen Grenze entsandt wurden, wenn sie von dort nicht weiterbefördert wurden? Schon am 15. Februar waren in Gydtschuhnen 410 verandabereite Waggons vorhanden. (Hört! hört! links.) Am 17. Februar waren es schon 470 und bis Ende Februar 600. (Hört! hört! links.) Und was geschah auf russischer Seite? Am 17. Februar wurde nur ein einziger Zug von Gydtschuhnen über die Grenze nach Wirballe befördert. (Hört! hört! links.) Es kam dann in jenen Tagen noch einige russische, in Westeuropa unbekanntete Feiertage waren, an denen der Verkehr unterbrochen wurde.

Schließlich trat am 17. und 24. Februar in Wirballe ein Eisenbahnstreik in Kraft, der deshalb entstanden war, weil die Eisenbahner nicht genügende Bezahlung für ihre Ueberstunden erhalten haben. Nun aber geschah das Unerhörte. Es besteht ein niederländisch-deutsches-russischer Handelsvertrag, der gewisse Lieferungsbedingungen enthält. Da wurde am 17. Februar seitens der russischen Eisenbahnverwaltung plötzlich ein Erlaß bekannt gemacht, nach dem die Lieferungsfrist um zehn Tage verlängert wird. Ich frage nun die verbündeten Regierungen, ob dieser Erlaß einseitig von der russischen Regierung gegeben werden konnte? Ich halte es für undenkbar, daß sich die preussische Eisenbahnverwaltung dazu hergegeben hat, diesen Erlaß mit der russischen Verwaltung zu vereinbaren; denn das bedeutet nichts weniger, als daß den beteiligten Firmen der gesetzliche Anspruch auf rechtzeitige Lieferung und damit auch, wenn die Waren rechtzeitig aufgegeben waren, der gesetzliche Anspruch auf die Verzollung nach den bisherigen niederen Sätzen einfach annulliert wurde. (Hört! hört!) Der Erlaß ist um so unangeleglicher, als die Schuld an den verspäteten Lieferungen lediglich auf russischer Seite liegt. So ist am 20. Februar nur ein Zug über die russische Grenze übergeführt worden, ebenso am 26. Februar am späten Nachmittage ein einziger Zug. Hier lag allerdings ein besonderer Grund vor: Es passierte nämlich ein Erdbeben mit der russischen Kaiserin die Grenze. Ich verstehe ja, daß die Unsicherheit der russischen Verhältnisse weitgehende Vorsichtsmaßnahmen erfordert, habe auch gar nichts gegen sie und habe nur dagegen etwas einzuwenden, daß diese Vorsichtsmaßnahmen von den deutschen Verfrachtern mit höheren Zöllen bezahlt werden. Am 27. Februar lehnte die russische Regierung in einer Note an den deutschen Volschaffler es ab, die infolge der Verkehrsstockung an der russischen Grenze liegende Güterbewehnten Waren zu den alten Sätzen zu verzollen. Dagegen versprach sie an denselben 27. Februar eine Vermehrung des Beamtenspersonals und des rollenden Materials eintreten zu lassen. Dieses Versprechen ist der reinste Hohn; (Sehr richtig! links.) denn es wurde am vorletzten Tage gegeben, als in Gydtschuhnen 500 und in Wirballe 200 Waggons unumgeladen standen. Die russische Zollverwaltung hat versucht, die Schuld auf die deutschen Exporteure zu schieben: sie sei gar nicht in der Lage gewesen, die Sachen zu expedieren, weil der Zoll für die bereits ausgeladenen und abgefertigten Güter nicht rechtzeitig bezahlt worden sei. Diese Behauptung ist seitens der deutschen Exporteure als vollkommen un wahr und erfunden nachgewiesen worden. Die Waren, für die dergleichen von den russischen Grenzbehörden behauptet worden war, lagen noch unumgeladen in den Waggons. Liegt also die Schuld ganz bei der russischen Regierung, so hätte sie — wie in gleichem Falle jeder Staat, der auf sein Ansehen hält — die Pflicht, die höchste Anzahl zu beweisen und wäre auch nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen verpflichtet, den entstandenen Schaden auf sich zu übernehmen. Sie müßte auch den Schaden vermeiden, als ob sie sich ungerechtfertigt an den höheren Zollsätzen bereichern wollte. (Sehr wahr! links.) Die absolute russische Regierung hatte durchaus die Möglichkeit, das Gesetz zu ändern; denn in Rußland ist noch immer suprema lex zari voluntas (des Zaren Willen höchstes Gesetz). Das hat sich ja auch gezeigt, als die Regierung die niederen Zollsätze ausnahmsweise noch für Rohseide und gewirnte Seide in Kraft ließ. Erst vor wenigen Tagen ging ja ein Zirkular Durnowo durch die Presse, wonach politische Gefangene wider das Gesetz auch im Falle eines Freispruches nicht aus den Gefängnissen entlassen, sondern auf Grund eines polizeilichen Verdicts nach Sibirien verschickt werden sollten. Die russische Bureaucratie beruft sich also nur auf das Gesetz, wenn es ihr paßt. (Sehr wahr! links.) In außerordentlichen Fällen will sie nun prüfen, ob bei der Erhebung höherer Zölle aus Billigkeitsgründen eine Ausnahme zugelassen sei. Es handelt sich aber gar nicht um außerordentliche Fälle, sondern diese Zustände sind schon monatelang die gewöhnlichen. Wer weiß, was es heißt, ein Erlaß in Rußland bis in die letzte Instanz hinein zu verfolgen,

der wird zugeben, daß es unbillig ist, die Geschädigten auf ein Vitzgeschick anzuweisen. (Zuruf links: Volkshilfe! Weiterkeit.)

Die Stellung der Parteien zur Zollpolitik spielt hier nicht mit; die Interpellation ist von Freunden wie von Gegnern der Zollpolitik unterzeichnet. Wir sind uns bewußt, daß es nötig war, einmal in der deutschen Volksvertretung gegen das unerhörte Vorgehen der russischen Behörden, gegen die Verletzung von Treue und Glauben zu protestieren. Und ich hoffe, daß seitens der Vertreter aller Parteien hier im Hause in diesen Protest eingestimmt werde. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich glaube, Sie werden damit einverstanden sein, daß eine solche Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Regierungen vom Bundesratsitz aus mit großer Sachlichkeit und Ruhe behandelt werden muß, wodurch nicht ausgeschlossen ist, daß auch hinter unseren Forderungen die nötige Festigkeit stehen muß. (Bravo!)

Am 24. Oktober 1905 hat der kaiserliche Generalkonsul in St. Petersburg bei der russischen Regierung über diese Dinge angefragt und zur Antwort erhalten, daß nach § 464 des russischen Zolltarifs derjenige Zolltarif anzuwenden sei, der am Tage nach der Verladung der Zollrevision gilt. (Hört! hört! links.) Dem Herrn Volschaffler wurde darauf seitens des Herrn Reichsfinanzministers der Auftrag erteilt, bei der russischen Regierung dahin zu wirken, daß alle Waren, die bis zur Winternacht zwischen dem 28. Februar und 1. März die russische Grenze passieren würden, nach dem bisherigen Tarif zu behandeln seien. Am 21. Februar, also nachdem sich schon die Schwierigkeiten der Beförderung von Gydtschuhnen herausgestellt hatten, wurde seitens des Volschafflers der weitere Wunsch ausgesprochen, daß auch diejenigen Sendungen nach dem bisherigen Tarif verzollt werden möchten, welche laut Frachtposten bis zum 28. Februar zur Ueberführung an der Grenze bereit ständen, deren Uebernahme seitens der russischen Behörden aber verweigert wurde. Alle diese Wünsche des deutschen Volschafflers blieben unerfüllt. (Hört! hört! links.) Die russische Regierung erklärte sich nur bereit, alle die in dieser Richtung bei ihr einkommenden Gesuche und Beschwerden einzeln zu prüfen.

Der preussische Eisenbahnminister hat dabei an die verschiedenen Eisenbahndirektionen an der Grenze gesteuert folgende telegraphische Anfrage gerichtet: Zur Beantwortung der am 5. März im Reichstage zu verhandelnden Interpellation ersuche ich Sie, mir bis morgen mittag 12 Uhr mitzuteilen: a) welche Waggons aus den preussischen Grenzstationen bis zum 28. Februar abends zurückblieben und wieviel davon zur Uebernahme angeboten, aber zurückgewiesen wurden, b) welches die Gründe für die Annahmeverweigerung sind, insbesondere ob diese Gründe auf dem Gebiete des Zollwesens oder auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs liegen.

Aus Königsberg traf die Antwort ein, daß 385 Waggons zurückgelassen sind, obgleich sie wiederholt den russischen Grenzbehörden angeboten waren (Hört! hört! links.) und daß die Schuld an der Annahmeverweigerung bei dem russischen Zollamt liegt. Es fehlte auf dem russischen Zollamt insbesondere an der nötigen Beleuchtung, auch war es den Zollbeamten verboten, die Zollrevision bei künstlicher Beleuchtung vorzunehmen. (Hört! hört! links.) Die Antworten, die aus Danzig, Wromberg und Posen eintrafen, waren günstiger, dagegen wurde aus Rattowitz gemeldet, daß 394 Waggons nicht angenommen wurden. Aus Königsberg wurde außerdem gemeldet, daß die Behauptung, der Firma Siemens sei die Annahme ihrer Waggons verweigert worden, weil sie mit ihren Zollzahlungen im Rückstand sei, unzutreffend war. (Hört! hört! links.) Der Herr Eisenbahnminister hat ferner festgestellt, daß unter den 394 Waggons, deren Annahmeverweigerung aus Rattowitz gemeldet wurde, sich zahlreiche Kohlenwaggons befanden, was deshalb wichtig ist, weil ihr Inhalt nach dem bisherigen Tarif zum Teil zollfrei war. — Das ist das amtliche Material. Der Herr Reichsfinanzminister wird seine Bemühungen in dieser Beziehung fortsetzen, und wir hoffen bestimmt, daß es gelingen wird, mit der russischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, welche diejenigen Importeure, die an der Zahlung eines höheren Zolles unschuldig sind, in gewissen Grenzen schadloß zu halten in der Lage ist.

Weiteres kann ich heute in der Sache nicht erklären.

Auf Antrag Schrader (fr. Vg.) wird — gegen die Stimmen der Rechten — eine Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Beumer (natl.): Rußland hat große Begünstigungen im Handelsvertrage erhalten, erhebt aber von deutschen Waren Zölle, die vielfach den Wert der Ware vielfach übersteigen. Gerade die Maschinenindustrie wird am härtesten betroffen. Der Zoll auf Maschinen ist in Rußland 12—15 mal höher als in Deutschland. Allein 400 Waggons mit Maschinen liegen unabgefertigt an der Grenze.

Wir wünschen der Regierung Festigkeit: Rußland zur Innehaltung seiner moralischen und völkerrechtlichen Pflichten zu zwingen. (Bravo!)

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Die Besprechung ist also damit geschlossen.

Die Abstimmung über die Resolutionen zum Justizetat wird auch heute wegen der schwachen Besetzung des Hauses abgesetzt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Etats der Reichspostverwaltung.

In der Generaldebatte beim Gehalt des Staatssekretärs im Reichspostamt erhält zunächst das Wort

Abg. Gröber (Z.): Das Versprechen, das Herr Kracke uns bei der ersten statistischen Aufnahme über die tägliche Dienstzeit, die Sonntagsruhe, die Ruhezeiten und den Erholungsurlaub gab: daß das Bild in den kommenden Jahren noch sehr viel günstiger werden würde, hat sich erfüllt. Ueberall zeigt uns der diesjährige Nachweis einen hocherfreulichen Fortschritt. Durch die starke Mehranstellung von Beamten ist die Zahl der über 9 Stunden beschäftigten Beamten von nahe an 8000 auf etwas über 6000 zurückgegangen. Möge es der Postverwaltung gelingen, die Dienststunden so zu vermindern, daß mehr als 11 stündiger Dienst überhaupt nicht mehr vorkommt! Zu begrüßen ist auch die Verärgerung der Nachdienstleistungen und die Verminderung des Nachdienstes überhaupt. 25000 Beamte finden sich unter der Rubrik „bis zu 60 Stunden wöchentlich Arbeitszeit“ zusammengefaßt. Redner kritisiert schließlich die Ausdehnung der Portofreiheit für fürstliche Persönlichkeiten auch auf Sendungen aus deren wirtschaftlichen Unternehmungen wie z. B. Meiereien. Diese Ausdehnung der Portofreiheit auf die fürstliche Milch geht doch zu weit. (Weiterkeit.)

Staatssekretär Kracke:

Die Statistik über die Arbeitszeit der Postbeamten kann natürlich noch nicht in allen Punkten ein Resultat ergeben, das den letzten Wünschen auf diesem Gebiete entspricht.

In der Frage der Sonntagsruhe haben wir das Bestreben, möglichst wenig Beamte am Sonntag zu beschäftigen. Die naturnotwendige Folge davon ist aber, daß die übrigen Beamten eine ziemlich lange Dienstzeit haben. Schon haben wir am Sonntag die Palettbestellung, die Nachnahmefundstellenbestellung eingeführt. Die Bestellung der Druckmaschinen am Sonntag kann nach freier Entscheidung der einzelnen Oberpostdirektion unterlassen werden. Aber bei der Unabhängigkeit des Geldes hört jede Gemütsfreiheit auf. Das Publikum wird ungemüht, wenn man ihm sein Geld länger vorenthält. Schließlich muß bei aller Verheißung der Fürsorge für die Beamten die Post sich doch bewußt bleiben, daß sie ein Verkehrsinstitut ist und in Beziehung mit dem Handels- und Verkehrsstand bleiben muß, um ihm schwere Schädigungen fernzuhalten. Aus diesem Grunde haben wir auch bisher von einem allgemeinen früheren Schalterstich am Sonnabend abgesehen.

Die Gehaltsverhältnisse halte ich durchaus nicht für nicht verbesserungsfähig, aber schlecht sind die Gehälter zweifellos nicht.

Speziell die Postschaffner und Unterbeamten sind gut weggekommen durch die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, die 6 Millionen erfordert hat. Was wollen Sie übrigens den Beamten geben, Sie haben ja gar nichts. Von der ganzen Mehrereinnahme für 1906 bleiben nur 2—3 Millionen übrig. Da können Sie mich umdrehen und ausschütteln (Weiterkeit), mehr wird es doch nicht.

Der Vordirektor hat darauf hingewiesen, daß im Osten die Beamten nach 13 Jahren, im Westen nach 8—9 Jahren angestellt werden. Eine Abhilfe dagegen haben wir noch nicht gefunden, die Verlegung läßt sich nicht immer durchführen. Infolge des Dienstaltersstufensystems schadet jedoch diese verspätete Anstellung nicht viel.

Die Zulassung freien Paketverkehrs von und zu den Soldaten würde erstens 7 bis 8 Millionen mehr kosten und zweitens eine Kontrolle erfordern, die sehr schwer durchführbar wäre. — Was die Portofreiheit der Sendungen fürstlicher Persönlichkeiten anlangt, so steht sie ihnen rechtlich im vollen Umfange zu, für ihre gewerblichen Betriebe haben aber die fürstlichen Persönlichkeiten auf Portofreiheit verzichtet.

Abg. Singer (Soz.):

Ich kann dem Abg. Gröber die Anerkennung nicht verweigern, daß er die Denkschrift der Reichspostverwaltung gründlich durchstudiert hat; ich kann mich seinen Erläuterungen über den Fortschritt auf verschiedenen Gebieten, soweit die Statistik in Frage kommt, durchaus anschließen, aber ich hätte gewünscht, daß er mehr Gewicht auf den Umstand gelegt hätte, den er nur beiläufig erwähnte, daß das wirkliche Leben mit der Statistik vielfach in sehr starkem Widerspruch steht. Ohne die Richtigkeit der Statistik selbst anzuzweifeln, muß ich doch hervorheben, daß die Nachweise auf dem Papier ganz anders aussehen, als die Wirklichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Gröber stellte als erstrebenswertes Ziel für die Beamten eine Arbeitszeit von 8 bis 9, für die Unterbeamten eine solche von 9 bis 10 Stunden hin. Ich verstehe nicht, wie man auf dem Standpunkt stehen kann, daß die oberen Beamten, weil sie schon höher besoldet sind, auch noch eine längere Arbeitszeit haben sollen. Man kann doch auch nicht behaupten, daß sie dadurch eine anstrengendere Arbeit haben als die Unterbeamten. Den Grundsat, daß — je höher der Posten, desto kürzer die Arbeitszeit sein soll — wird wohl selbst Herr Gröber nicht vertreten. Seine sonstigen Ausführungen zugunsten einer Einschränkung des Sonntagsdienstes, einer Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt, einer Verkürzung insbesondere auch des Nachdienstes unterschreibe ich.

Dem Staatssekretär gegenüber möchte ich betonen, daß die weitere Einschränkung des Sonntagsdienstes

großen Schwierigkeiten nicht begegnen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja sehr hübsch von ihm, daß er seine Beamten, insbesondere die Geldbriefträger, vor einem unfreundlichen Empfang durch das Publikum schützen will. Aber ich glaube doch, daß es gerade umgekehrt liegt: Je länger der Geldbriefträger zaudert, desto sehnlicher wird er erwartet und desto liebenswürdiger aufgenommen werden. (Weiterkeit.) Sehr stark möchte ich die Forderung unterstreichen, in der Statistik die Urlaubstage bei höheren und unteren Beamten zu fordern. Mit den Durchschnittsziffern wird viel Unfug getrieben; sie nützen dem gar nichts, der unter der Durchschnittsziffer bleibt. Wir brauchen eine genaue Statistik, um die Reichspostverwaltung weiter — wie bisher — vorwärts drängen zu können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist oft passiert, daß der Staatssekretär hier im Reichstage Angaben über die Arbeitszeiten von Postbeamten machte, bei denen sich nachher die Beamten wunderten, daß sie mit ihrer eigenen Arbeitszeit nicht übereinstimmten. Dabei haben wir durchaus keinen Grund, an den Angaben des Staatssekretärs irgendwie zu zweifeln. Der Widerspruch entsteht eben dadurch, daß wir aus den Durchschnittsziffern der Statistik nichts über die Arbeitszeit der einzelnen Beamten erfahren. Wenn der Herr Staatssekretär gemeint hat, die Statistik koste viel zu viel Zeit und Geld, so ist dieser Einwand nicht stichhaltig; denn die Statistik bildet nicht nur die Grundlage einer richtigen Beurteilung, sondern auch die einer richtigen Einteilung des Dienstes selbst. Es kommt freilich alles darauf an, daß die Statistik richtig ist. Ich würde viel lieber viel Geld ausgegeben wissen für eine gute Statistik, als wenig Geld für eine schlechte Statistik. Von vornherein muß ich Verwahrung einlegen gegen die Einwände, die der Herr Staatssekretär gegenüber den Wünschen auf

Aufbesserung der Gehälter

gemacht hat. Der Herr Staatssekretär wendet nämlich immer ein, daß es sich dabei um so enorm große Summen handle. Die große Summe kommt aber doch nur daher, daß es so enorm viel Beamte gibt. Der einzelne Beamte kann doch nichts dafür, daß wenn er 50 000 Aufbesserung erhält, das für den Reichshaushalt gleich 1/2 Million ausmacht, nur weil er 10 000 Kollegen hat. Auch das sind keine richtigen Einwände, daß der Herr Staatssekretär meint, die Gehälter bei der Post können doch nicht so schlecht sein, da sie in den letzten Jahren schon wiederholt aufgebessert seien. Demgegenüber muß man erstens darauf hinweisen, daß die Gehälter dann eben früher noch schlechter gewesen sind, zweitens aber muß man vor allen Dingen auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen: Die Preise der Lebensmittel sind enorm gestiegen und ebenso sind die Mietpreise höher geworden. Was die Anregung der Budgetkommission anlangt, Paketentwände bis zu 5 Kilogramm an und von Personen des aktiven Soldatenstandes von der Postgebühren zu befreien, so werden meine politischen Freunde dafür stimmen aus Gründen, welche in der Budgetkommission schon ausführlich erörtert sind. Der Herr Staatssekretär überschätzt die Schwierigkeiten ganz bedeutend. Wir sind überzeugt, daß, wenn die verbündeten Regierungen einen dahingehenden Wunsch des Reichstages unterstützen, es der Richtigkeit und der organisatorischen Befähigung des Herrn Staatssekretärs möglich sein wird, die Keuerung durchzuführen, ohne erst eine lästige Kontrolle einzuführen, die mehr Arbeit machen würde, als sie wert ist. Die Verärgerungen der Beamten auf höhere Besoldung halten wir durchaus für gerechtfertigt und haben den dringenden Wunsch, daß der Herr Staatssekretär ihnen seine volle Aufmerksamkeit widme. — In Bezug auf die Beschwerden von Unterbeamten über die weibliche Oberaufsicht sind auch mir Klagen zu Ohren gekommen dahin, daß die Unterbeamten für den Haushalt ihrer Vorgesetzten durch die Damen in einer Weise in Anspruch genommen werden, die mit ihrem Dienst als Beamte nicht in Einklang steht. Ferner habe ich eine große Reihe von Klagen seitens der

Telephon- und Telegraphenarbeiter

darüber bekommen, daß ihnen die Militärdienstzeit bei dem Besoldungsdienst nicht angerechnet wird. Formal ist ja hier der Herr Staatssekretär zweifellos im Recht, aber es erzeugt doch eine große Summe von berechtigter Unzufriedenheit, wenn Leute, die nebeneinander denselben Dienst tun, in Bezug auf die Anrechnung der Militärdienstzeit verschieden behandelt werden. So groß ist der finanzielle Effekt nicht, daß der Herr Staatssekretär nicht, um hier Zufriedenheit zu schaffen, eine Verfügung erlassen sollte, daß alle 1000 Beamten die ganze Zeit, die sie bei der Verwaltung gebracht haben, auch angerechnet wird.

Ueber Streitigkeiten zwischen der Verwaltung und den bestehenden Beamtenvereinigungen war im letzten Jahre erfreulicherweise verhältnismäßig wenig zu berichten. In der letzten Zeit scheint aber leider wieder ein anderer Wind zu wehen. Jedenfalls habe ich diesen Eindruck gewonnen aus einer Veröffentlichung, die im Organ der Postassistenten, der „Deutschen Postzeitung“, gestanden hat, in der über eine Unterredung zwischen einer Deputation des Postassistentenverbandes und einem Direktor im Reichspostamt berichtet wird. Danach sollen diese Herren im Januar zu dem Direktor beschieden worden sein, und der Direktor soll nach einer



Längeren Aussprache über die Arbeiten des Verbandes sehr lebhaft eine Reihe von Vorlesungen innerhalb des Verbandes gehalten haben.

Als das bedenklichste habe er die Besprechung des neuen Etats im Fachorgan hingestellt und habe mit den Worten geschlossen: „So kann es nicht weiter gehen. Das kann sich die Verwaltung nicht gefallen lassen. Noch ist es Zeit umzukehren, das habe ich den Herren im Auftrage des Herrn Staatssekretärs zu sagen.“ — Ich sehe voraus, daß diese Darstellung richtig ist.

Wenn der Affizientenverband und der andere Verband im Rahmen derjenigen Bestrebungen bleiben, die darauf hinausgehen, ihre Interessen zu vertreten, wenn sie auf Grund ihrer Besprechungen Beschwerden bei der Reichspostverwaltung vorbringen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihre Lage lenken — natürlich in den Formen, die von dem Verbandsrat sehr geübt werden — so stellt jede Beeinflussung, jeder Versuch, die Leute in ihren bürgerlichen Rechten zu beschränken, sich als ein Uebergriff der Verwaltung dar. Wenn der Staatssekretär seinen Beamten Wohlwollen entgegenbringt, so kann er nichts Besseres tun, als in ihnen auch den Staatsbürger zu achten und ihnen die Rechte der Staatsbürger voll zuzuerkennen. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Versuche einer derartigen Beeinflussung nicht fortgesetzt werden, und ich benutze gerade dieses erste Mal, um den Staatssekretär ernstlich zu bitten, hier Wankel zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich will ferner einen kleinen Beitrag zu dem schon in der Kommission viel erörterten Thema der

### Portofreiheit der fürkischen Personen

beitragen: Ich habe hier den Abschnitt einer Postpaketadresse, aus der hervorgeht, daß als „persönliche“ Angelegenheit des Regenten von Braunschweig 12 Kilogramm Bild an einen Händler in der Zentralmarkthalle portofrei geschickt wurden! (Große Heiterkeit.) Ich wußte bisher nicht, daß es zu den „persönlichen“ Angelegenheiten des Regenten von Braunschweig gehört, Bild für den Berliner Markt zu liefern. (Erneute Heiterkeit.) Wenn der Staatssekretär das für zulässig hält, so hält er sich zu sehr an die formalen Bestimmungen des Gesetzes. Als das Gesetz über die Portofreiheit für fürkische Personen erlassen wurde, war man nicht gewillt, den gewerblichen Unternehmungen derselben eine Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist schon an sich sehr zweifelhaft, ob die Porto- und Telegrammfreiheit der Fürsten ein naturgemäßes Vorrecht derselben ist. Reinesfalls ist sie aber begründet, wenn sie zu allen möglichen Privatangelegenheiten, an denen fürkische Personen interessiert sind, ausgenutzt wird. Gerade bei der Reichspostverwaltung, der so oft der Vorwurf gemacht wird, daß sie in Wahrheit mit einem Defizit arbeite, weil sie die anderen staatlichen Einrichtungen ohne Zahlung benutze, wäre eine Aufstellung über die Kosten sehr wünschenswert, die ihr durch die Portofreiheit der Fürsten und Einzelstaaten entstehen. Es dürfte wohl ein nettes Sündenbüchlein sein, denn wir haben ja außerordentlich telegraphielustige Herren unter den Fürsten Deutschlands. (Heiterkeit.) Eines Tages bekam einmal eine große Anzahl Berliner Stadtverordneter Telegramme vom Hofmarschallamt der Kaiserin mit der Bitte, den Reichern v. Mirbach zu besuchen. Sie gingen hin, vielleicht in der Erwartung eines Auftrages für ihre gewerblichen Unternehmungen. (Heiterkeit.) Da wurde ihnen eröffnet, daß es sehr schön wäre, wenn die Stadt Berlin einen höheren Beitrag zum Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche stifte! Mich selbst hat ja der Reicherr v. Mirbach nicht aufgefordert, ihn zu besuchen, wohl aber hat er mich einer ganzen Reihe portofreier Telegramme gewürdigt: wann ich für ihn zu sprechen sei. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Für und kommt es also nicht nur darauf an, ob das eine oder andere Paket widerrechtlich portofrei versandt wird, sondern darauf, daß die verbündeten Regierungen die ganze Frage der Porto- und Telegrammfreiheit der Fürsten neu erwägen und sie, wenn es nach unseren Wünschen geht, beseitigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Posthilfsstellen passen nach unserem Empfinden in den ganzen Rahmen der Reichspostverwaltung nicht hinein. Die Postverwaltung nimmt da Dienste und Diensträume in Anspruch, ohne eine Entschädigung dafür zu zahlen. Halten wir die ganze Einrichtung für prinzipiell berechtigt, so ist sicherlich doch auch die Abfindung der Inhaber dieser Stellen mit einer jährlichen Pauschale von 50 M. ganz ungenügend. Es gibt eine ganze Reihe von Bestimmungen darüber, was der betreffende Mann, seine Familienmitglieder und sein Stellvertreter zu tun haben. Dabei müssen sie die Postwertzeichen gegen vorhergehende Verzählung bei der Postverwaltung nehmen, so daß diese kein Risiko hat.

Besonders muß ich noch auf eine Verordnung aufmerksam machen, die gegen den Grundfab: gleiches Recht für alle! verstoßt. Die Beamten sind kontraktlich verpflichtet, wenn sie ihren Dienst aufgeben wollen, eine bestimmte Zeit vorher zu kündigen. Die Postverwaltung dagegen kann die Hilfsbeamten jederzeit ohne Kündigung entlassen. Diese Einrichtung bedarf dringend der Abhilfe. Ferner sollte die Postbehörde mehr auf den Gesundheitszustand der Beamten Rücksicht nehmen. Es kommt vor, daß Beamte — und namentlich weibliche Beamte — im Dienste so angegriffen sind, daß sie zusammenbrechen. Diese Fälle sind viel häufiger, als man im Publikum ahnt. Ich begreife es ja, daß es der Behörde nicht angenehm ist, wenn darüber viel gesprochen wird. Einrichtungen, die dazu dienen, den Dienst, namentlich für

### die Telephonistinnen,

in gesundheitlicher Beziehung leichter erträglich zu machen, können doch aber nicht allzuviel kosten. Ich kann die Empfindung nicht unterdrücken, daß auch da der Bureaucratismus eine sehr große Rolle spielt. Früher hatten die Telephonistinnen 7-8 Stunden täglich Dienst, aber jeden zweiten Sonntag frei. Jetzt ist die tägliche Arbeitszeit ein wenig verkürzt, aber dafür ist nur jeder dritte Sonntag ein freier Tag. Die Arbeit, die die Telephonistinnen früher in der Woche mehr gehabt haben, ist jetzt auf ihren Sonntag verlegt worden. Darin kann ich keinen Fortschritt sehen. — Ein Wort über

### die Sonntagsbeschäftigung

im allgemeinen. Wenn der Herr Staatssekretär ausgeführt hat, daß die Sonntagsarbeit den Postbeamten in ihre wöchentliche Arbeitszeit eingerechnet wird, so daß sie also keinen Nachteil durch die Sonntagsbeschäftigung haben, so muß ich ihm ja formell recht geben. Aber es ist eine Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn man den Leuten zumutet, daß es ihnen gleichgültig sein soll, ob sie am Sonntag oder in der Woche arbeiten. Wie die Verhältnisse sich in Deutschland nun einmal entwickelt haben, sollen all die Einrichtungen, welche der Erholung und dem Vergnügen der breiten Massen unseres Volkes dienen, vorzugsweise auf den Sonntag. Soweit die Beamten verheiratet sind, mögen sie ja in der Familie ihre Erholung finden; soweit sie aber unverheiratet sind, finden sie in der Woche nicht die nötigen Einrichtungen — mag es sich um Konzerte oder Dampfmaschinen oder dergleichen handeln — zu ihrer Erholung und zu ihrem Vergnügen. Deshalb hat ein freier Sonntagsnachmittag dreimal oder zehnmal so viel Wert als ein freier Nachmittag in der Woche.

Die Frage der gehobenen Stellen will ich in diesem Jahre nur kurz streifen: Die Klagen darüber, daß

### die gehobenen Dienststellen

noch immer nicht lediglich nach dienstlichen Vorzügen und Leistungen verteilt werden, sondern daß dabei persönliche und außerdienstliche Beziehungen eine Rolle spielen, sind noch immer nicht verstummt. Wir sind nun eine Reihe spezieller Beschwerden zugegangen, die ich vorzubringen habe. Ich betone ausdrücklich, daß ich die Beschwerdeführer wiederholt darauf hingewiesen habe, nur absolut Wahres zu berichten, da ich nicht wünsche, daß meine Beschwerden von der Verwaltung als unberechtigt zurückgewiesen würden. Aus Briefen wird lebhaftige Klage geführt über die Ueberbürdung der Briefträger. Es handelt sich in diesem Falle um Anordnungen seitens der unteren Beamten, namentlich der Amtsvorsteher, die — um möglichst spät zum wirtschastlichen — das Personal übermäßig anstrengen. Derartige Klagen kommen aus allen Gegenden des Reichs: es muß doch also wohl etwas Wahres an ihnen sein. Es

wird Aufgabe der Postverwaltung sein, die nachgeordneten Dienststellen darauf hinzuweisen, daß der Verwaltung an der wirklichen Durchführung der Dienststundenvorschriften liegt, auch auf die Gefahr hin, daß eine größere Zahl von Beamten beschäftigt wird. — Aus Bremen wird darüber geflagt, daß namentlich Neujahr, wo der Verkehr besonders stark ist, die Beamten in unerhöhter Weise ausgenutzt werden. Sie sollen vom 31. Dezember morgens ohne jede längere Pause bis zum 1. Januar nachts 12 Uhr beschäftigt worden sein. — Weiter wird aus Köln berichtet, daß der Postchef Kemert und der Postinspektor Schmitz Unterbeamte durch Drohungen zu häuslichen Arbeiten: Fensterputzen, Treppencleinen und so weiter gezwungen hätten. Wenn es sich auch um Arbeiten im Dienstgebäude handelt, so sind doch die Beamten für diese Arbeiten nicht engagiert.

Uebermäßige Ausnutzung der Beamten an besonders belasteten Tagen wird auch aus Schöneberg gemeldet. Ich zweifle nicht daran, daß der Staatssekretär wenn sich die Beschwerden als richtig herausstellen, für Abhilfe sorgen wird. — Aus Moskau gehen mir Beschwerden darüber zu, daß die Postbeamten in Weidenburg erst nach 17-18 Dienstjahren einschließlich der Militärzeit als Briefträger oder Postkassierer angestellt werden. Zu hohe Leistungen werden dort von den Landbriefträgern verlangt, wenn sie täglich 35 Kilometer zurücklegen müssen. Eine weitere Klage geht mir darüber zu, daß die Postbeamten eine mehrmonatliche Probezeit ohne jede Vergütung durchmachen müssen. Aus dem Dienstplan des Postamtes in Neustadt in Westpreußen ergibt sich, daß von einer wirklichen Sonntagsruhe für die Beamten dort nicht viel zu merken ist. Während früher von fünf Sonntagen zwei dienstfrei waren, kommen jetzt nur auf sieben Sonntage zwei freie Sonntage. Ich gebe gern zu, daß bei einer so großen Verwaltung, wie der des Reichspostamtes, sich leicht Mängel herausstellen können. Aber um so mehr haben wir die Verpflichtung, mit größtem Nachdruck darauf zu bestehen, daß die Arbeitszeit nicht zu ausgedehnt ist und daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe durchgeführt werden. Die Reichspostverwaltung wird ja leider vielfach für Aufgaben benutzt, die mit ihrer Verwaltung gar nichts zu tun haben. So leidet sie unter der Auszahlung der Unfallrenten; dadurch wird das Arbeitsquantum der Post ständig gesteigert; und wenn auch die Postverwaltung die Zahl der Beamten ständig vermehrt hat, so hat diese Vermehrung doch nicht gleichen Schritt gehalten mit der Zunahme der von der Verwaltung geleisteten Arbeit. Die Beamten sind in keiner Verwaltung so angestrengt, wie bei der Post, und der Reichstag ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Beamten, an deren Arbeitskraft und Treue die größten Ansprüche gestellt werden, ausreichend bezahlt werden. Die Rücksicht auf die Einzelstaaten darf nicht dahin führen, die berechtigten Wünsche der Postbeamten abzulehnen. Ich möchte bitten, daß das Lob, das der Abg. Gröber dem Staatssekretär ausgesprochen hat, diesen nicht dazu veranlassen möge, auf seinen Lorbeeren auszuruhen. Es gibt noch sehr viel Arbeit für ihn, wenn er die Klagen, die wir hier vorbringen, beiseitigen will. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Wir himmen den Anregungen in Bezug auf die Portofreiheit der Soldatenpakete, in Bezug auf die Einschränkung der fürkischen Portofreiheit usw. bei. Nach der Stellung des Staatssekretärs in der Steuerkommission können wir in ihm nicht mehr einen würdigen Nachfolger Stephens sehen; denn Stephan hat das große Verdienst, die Post von fiskalischen Gesichtspunkten befreit zu haben. Jetzt aber will man die billigen Ausnahmeposten für Postkarten, Druckfaden usw. im Nachbarpostverkehre und Ortspostverkehre abschaffen!

Dabei ist nach der Postreform von 1904 die Verringerung der Postentnahmen nicht eingetroffen. Vor allem aber: wie verträglich ist die Wiedereinführung der früheren Portofreie mit den bei der Abschaffung der Privatposten gemachten Versprechungen? (Sehr wahr! links.) Der Grund: die billigen Ortsverkehrtage decken nicht die Betriebskosten, ist schon deshalb hinsichtlich, weil die Postbeförderung in wenig bevölkerten Teilen des flachen Landes absolut nicht durch das Porto gedeckt wird. Es kommt immer nur auf die Gesamtbilanz der Postverwaltung an. Es ist aber keine Frage, daß z. B. die billige Druckfadenbeförderung auf den Gesamten Verkehr so fördernd wirkt, daß eine eventuelle Minderentnahme bei ihnen durch die durch sie bewirkte Mehreinnahme auf anderen Gebieten mehr als aufgewogen wird. — Redner geht nun auf die Gehälter der Unterbeamten ein und kündigt mehrere Anträge seiner Partei auf diesem Gebiete an.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Vorher: Novelle zum Stempelsteuergesetz. Schluß 8 1/2 Uhr.

## Der Zollkrieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien-Bulgarien.

Die Nachricht über den Abschluß eines Zollunionsvertrages zwischen Serbien und Bulgarien, der in der bulgarischen Nationalversammlung vor etwa einem Monat angenommen wurde, rief den Venker der österreich-ungarischen Politik, den Grafen Goluchowski auf den Plan. Der Grimm der österreichischen Diplomaten ließ nicht lange auf sich warten. Sofort wurde die Grenzsperrung über die serbische Vieheinfuhr verhängt, was eine offene Verleugung des zwischen beiden Staaten bestehenden, erst am 1. März ablaufenden Handelsvertrages bedeutete. Allerdings formell liegt kein Verstoß vor, indem man sich auf Artikel 7 dieses Vertrages, wonach die Grenzsperrung zwecks Verhinderung von Seucheneinführung gestattet ist, berufen kann. Man sagt nur nicht, daß man PreSSION ausüben will, man spricht plötzlich von Seuchen, wovon bisher nichts verlautete. In Deutschland konnte man das ja auch. Natürlich Serbien antwortete in seiner Weise, legte der Einfuhr aus Oesterreich Schweinegärten in den Weg.

Der Zollkrieg hat dem serbischen Viehhandel sowie der österreichischen Industriebevölkerung usw. durch die hervorgerufene Verteuerung des Fleisches schon große Verluste zugefügt. Die Fleischpreise stiegen in Wien, wo wöchentlich 2000-2500 Schweine aus Serbien konsumiert werden, um 35 Heller per Kilogramm —, jetzt hat sich die serbische Regierung bereit erklärt, nachdem der österreich-ungarische Kontrahent einen milderen Ton angeschlagen hat, den Zollvertrag mit Bulgarien im Sinne der österreich-ungarischen Wünsche zurückzuziehen. Das wird ihr möglich sein, weil der genannte Zollvertrag selbst die Möglichkeit einer Zurückweisung im Falle eines „unabweislichen Konflikts“ vorsieht und die bulgarische Regierung, wie versichert wird, ihre Zustimmung für die bevorstehende Revision schon gegeben hat.

Welche Zugeständnisse und reale wirtschaftliche Vorteile Oesterreich-Ungarn seitens Serbiens und Bulgariens bekommen wird, bleibt abzuwarten. Die Ausfuhr Bulgariens nach Oesterreich-Ungarn betrug im Jahre 1904 nur 14,00 Mill. Frank, während die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn sich auf 27,3 Millionen Frank bezifferte. Der heutige Konflikt legt die Bestrebungen der österreich-ungarischen Politiker auf dem Balkan einerseits und die Aufzehrung der Balkanvölker zur vollen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit andererseits ans Tageslicht. Von diesem Gesichtspunkte aus bietet die Frage ein doppeltes Interesse. Zunächst merkwürdig ist die Schamlosigkeit der österreich-ungarischen Intervention, wie sie aus den an die serbische Regierung gestellten Forderungen ersichtlich ist. Sie bedeutet nichts weniger als eine förmliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens. Dann ist bezeichnend der Belehrungs- und Einschüchterungston der Wiener Presse, aus der die Wiener Diplomatie spricht.

Fürwahr, es fällt Serbien schwer, in diesem Moment einen Zollkrieg mit Oesterreich-Ungarn zu führen.

Trotz alledem, die Loslösung Serbiens von Oesterreich-Ungarn wie die weitere Entfernung Bulgariens von demselben scheint nicht unmöglich, ja, durch das heutige Verhalten der Wiener Regierung wird sie gerade beschleunigt. Es ist bezeichnend, daß ein wachsender Teil des von Serbien in dem Hauptmarkt Budapest eingeführten Viehes dort nicht verbleibt, sondern nach Westeuropa ausgeführt wird.

Das ist auch auf Getreide und manche andere Waren des serbischen Exports, nach Meinung der Eingeweihten, nachweisbar. Also Oesterreich-Ungarn kommt für Serbien nicht so sehr als direkter Kontrahent wie als Vermittler in Betracht und die Aufgabe, die die serbische Handelspolitik demgemäß zu lösen hat, besteht nur darin, diesen teuern Vermittler auszuschalten.

Es besteht in Serbien folgender Plan: Getreide, Obst und andere Artikel durch die bulgarischen Häfen an das Schwarze Meer, Warna und Burgas, durch Saloniki an das Ägäische Meer und auf der Donau nach Deutschland zu exportieren. Man will weiter durch eine neu zu bauende Eisenbahnstrecke auch eine Verbindung mit dem Adriatischen Meere versuchen. Das Hornvieh will man nach Italien schicken. Das Schweinefleisch will man konzentriert nach Bulgarien, England, Belgien, Holland und Frankreich exportieren.

Wenn nicht schon heute, so doch in einer nicht fernliegenden Zukunft wird die bulgarisch-serbische Zollunion, die wirtschaftlich und politisch notwendig ist, eine fertige Tatsache sein. Noch zwei Umstände kommen in Betracht. Erstens, sobald die ersten Schritte auf diesem Wege gemacht sein werden, wird Oesterreich-Ungarn seinen Transportdienst Serbien und Bulgarien gegenüber nicht lange mehr weigern dürfen, um nicht seinen Eisenbahnen einen erheblichen Gewinn zu entziehen, ohne etwas zu gewinnen. Zweitens bedarf die österreichische Industriebevölkerung selbst des billigen serbischen Viehes. Durch die heutige Zollkrise gewinnt nur das ungarische Agrarierturn, während die österreichische Industrie und das industrielle Proletariat Oesterreichs die schweren Folgen dieses Spiels der Politiker zu tragen haben. Das Endresultat des von der Wiener Regierung eingeschlagenen Weges kann sein anderes sein, als daß die österreichische Industrie den größten Teil ihres Balkanmarktes verliert. Ein Prästudium dieser Entwicklung haben wir denn in dem fünfjährigen Zollkrieg Oesterreich-Ungarns mit Rumänien, der 1892 mit der wirtschaftlichen Loslösung Rumäniens von seinem westlichen Nachbar endete. Schon heute sehen wir, daß die österreichischen Waren auf dem Marktplatz Bulgariens durch den Handel Englands und Deutschlands allmählich vertrieben werden. Wenn Oesterreich-Ungarn in diesem Konflikt seine wirtschaftlichen Interessen durch handelspolitische Abmachungen in Säug nehmen will, so hätte es nichts Besseres zu tun, als in friedliche Eintracht mit den Balkanvölkern zu treten.

Ueber die österreich-ungarische Balkanpolitik läßt sich ein großes Kapitel schreiben. Die Serben können ihrem großen Nachbar die Befreyung von Bosnien und Herzegowina — zwei Provinzen mit serbischer Bevölkerung — sowie den Krieg des Milan Obrenowitsch gegen Bulgarien im Jahre 1886, der eben von Oesterreich-Ungarn provoziert wurde und der so ruhmlos für die Veranlasser ausging, nicht vergehen. Oesterreich-Ungarn hat durch die Intrigen seiner Diplomatie die Wirren der Herrschaft der Obrenowitschs stets unterstützt. Bulgarien seinerseits kann den Ansprüchen und den Bestrebungen der österreich-ungarischen Politik in Makedonien nicht huldigen. Bei den serbischen und bulgarischen Politikern ist die Ansicht stark geworden, daß eine Union der Balkanvölker gegen die Aspirationen Oesterreich-Ungarns sowie jeder anderen fremden Macht notwendig ist.

Damit ist aber die politische Tragweite der serbo-bulgarischen Annäherung nicht erschöpft. Bisher stellte sie sich uns im Richte der kulturellen Entwicklung beider Balkanvölker vor und insofern findet sie die Unterstützung aller demokratischen Strömungen beider Länder, auch die unserer Freunde, der bulgarischen und serbischen Sozialdemokraten. Die Idee der Annäherung der Balkanvölker wurde zuerst ja von der bulgarischen Sozialdemokratie aufgeworfen und heute bildet sie das Programm der fortschrittlich gestimmten Jugend Bulgariens und Serbiens. Die Venker der Politik in Sofia und Belgrad, die Regierenden und die Dynastien, verfolgen durch die angebahnte Annäherung natürlich gleichzeitig ihre eigenen Zwecke. Während die Demokraten Serbiens und Bulgariens die Autonomie Makedoniens als Grundlage ihres Konföderationsplanes hervorheben, haben die Monarchisten und die regierenden Koterien sich über die Verteilung Makedoniens unter Bulgarien und Serbien schon verständigt. Gerade bei diesem Punkte ist aber das Einverständnis der Bourgeoisie in beiden Ländern schwierig zu erzielen, da, falls es einmal zu der Teilung der Leute kommt, sofort der Streit über den Löwenanteil entbrennen wird. Die wohlverstandenen Interessen der wirtschaftlichen Kräfte beider Länder und der Abwehr gegen die Eroberungsgelüste verwickeln sich derart mit dem Wahnsinn der bulgarischen und serbischen Dynastien und den Eroberungsgelüsten der bulgarischen und serbischen Bourgeoisie. In einem nationalen Manifest heißt es: „In Serbien der Karageorgewitschs und Miloschs... ist der Gedanke gereift, daß für die Verteidigung und die Entwicklung der Freiheit und Unabhängigkeit die Schaffung eines mächtigen Faktors auf der Balkanhalbinsel notwendig ist.“ Das Organ der bulgarischen Sozialdemokratie „Rabotnitscheska Worba“ glossiert diese Gelüste der vertragbindenden Regierungen also: „Das mögliche Unglück liegt darin, daß auf der Grundlage der serbo-bulgarischen Zollunion eine Goluchowski-Politik möglich ist, die sowohl vom König Peter wie auch vom dem Fürsten Ferdinand befohlen wird.“

## Aus der Frauenbewegung.

Beisense. Der hiesige Verein für Frauen und Mädchen des Arbeiterklasse hält am Mittwoch, den 7. d. M., seine regelmäßige Vereinsversammlung im Lokale des Herrn Schmutz, Königs-Chaussee 38, ab. Vortrag des Herrn Dr. Karo über „Erfahrungen“. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-66, pro 100 Pfund, IIa 54-62, IIIa 49-53, IVa 39-47. Kalbfleisch Ia 60-68, IIa 63-75, IIIa 54-60, Hammelfleisch Ia 60-71, IIa 54-60. Schweinefleisch 72-77. Motmilch 1/2 0,60 bis 0,65, Dammilch 0,90-0,95, Rindmilch 0,80-0,95, Kuhmilch 0,70-0,75, alte 1,50-2,50, junge 0,80-1,30, do. IIa 0,90-0,95. Leuten, junge 0,50-0,70, alte 0,40-0,45. Enten, Stück 0,00. Gänse, junge, pro Stück 0,00, russische 0,30-0,40 M. Schellfische 0,90-0,95 M. Hühner 12-15 M., pro 100 Pfd. Gänse 00-00, Enten 00-00; Kälber, groß 00-00, mittel 00-00; Kühen 47-56, Kälber 00, Abendschaf 675, Sechschaf 20-25 M., pro 100 Pfd. Schottische Vögelinge (gejagte) 40-44 M., Eier, Schaf 2,40-3,50, Hühner pro 100 Pfund Ia 122-124, IIa 118-122, IIIa 116-118, abfallende 110-115. Kartoffeln pro 100 Pfd. rote Daberger 2,00-2,30, magdon. 2,10-2,35, runde weiße 1,80-2,00. Birngelb pro Schaf 0,60-0,60, Weißgelb pro 100 Pfd. 4,25-4,50, Rotgelb pro Schaf 0,00-0,00, do. II. 13-19 M. Saure Gurken, Schaf 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

### Witterungsübersicht vom 5. März 1906, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. u. d. N.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. u. d. N.
Schwetzingen	766	SW	2	bedeckt	5	Saparanda	743	W	2	wolfig	-14
Domburg	769	SW	4	mollent	3	Petersburg	759	SW	4	wolllent	2
Berlin	769	SW	1	wolllent	3	Sofia	762	SW	5	bedeckt	8
Frankfurt	773	SW	1	wolllent	2	Breiden	758	SW	2	heiter	5
Randau	775	SW	2	wolllent	-1	Wien	770	SW	2	wolllent	3
Wien	773	SW	3	heiter	6						

### Wetter-Prognose für Dienstag, den 6. März 1906.

Gleitsch warm bei mäßigen südwestlichen Winden und wieder zunehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

## Briefkasten der Redaktion.

Tischler. Uns nicht bekannt. — C. G. 59. Fragen Sie an bei R. Schmidt, Berlin, Pfl. Arch. 45. — Postfach 00. Sie auf die Seiten sehen und etwas lernen. — R. J., Seerstraße. Köpenick.



**Sozialdemokr. Wahlverein**  
für den  
**IV. Berliner Reichstagswahlkreis**  
(früher Götlicher Viertel).  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Kenntnis, daß unser Genosse, der  
Maurer  
**Ernst Pelz**  
wohnhaft Breslauerstraße 9,  
Stadbezirk 105,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, am 6. März, um 4 Uhr  
von der Leichenhalle des Andreas-  
Kirchhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
Unseren Kollegen zur Nach-  
richt, daß am 3. März 1906 unser  
Mitglied  
**Ferdinand Marten**  
im Alter von 43 Jahren ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 3 Uhr vom Kranzen-  
haus Moabit nach dem Nazareth-  
Kirchhof in Reinickendorf, Ber-  
linerstraße aus statt.  
Rege Beteiligung wünscht  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband.**  
Nachruf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Tischler  
**Paul Vogel**  
am 2. März nach kurzer Krank-  
heit verstorben ist und am Montag,  
den 5. März zur letzten Ruhe ge-  
betet wurde.  
Ehre seinem Andenken!  
81/15 Ofo Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau  
**Hermine Möller**  
geb. Becker  
im 25. Lebensjahre nach langen,  
schweren Leiden, sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 6. März, um 3 Uhr  
nachmittags 3 Uhr vom Trauer-  
haus, Köpenickerstr. 88/89 aus statt.  
Um stille Beweile bittet  
Der trauernde Gatte  
2405 **Gustav Möller.**

**Codes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten  
zur Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Auguste geb. Schlinge**  
am Sonnabend, den 3. März, im  
Alter von 64 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 6. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Wehrieger Gemeinde-  
friedhofes, Köpenickerstr. 49, aus statt.  
Tischler **Karl Heinrich**  
neldet Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die rege Teilnahme und die  
zahlreichen Blumenpenden bei der  
Beerdigung meines lieben, unvergeß-  
lichen Mannes und guten Vaters,  
des Maurers  
**August Löwenstein**  
sagen wir allen Verwandten und  
Bekanntem, sowie den Kollegen und  
Parteilgenossen unseren herzlichsten  
Dank. **Marie Löwenstein**  
und Kinder.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweile inniger  
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
penden bei der Beerdigung meines  
unvergesslichen Mannes und Sohnes  
**Heinrich Jung**  
sagen wir allen Verwandten und Be-  
kannnten sowie den Kollegen der K.C.G.,  
insbesondere dem Gewerkschaftsverein „Nord-  
west“, unseren herzlichsten Dank.  
**Elise Hedwig Jung.**  
Heinrich Jung als Vater.

**Dr. Simmel,** Pränun-  
Str. 41,  
Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

**Dankfagung.**  
Hiermit sagen wir für die vielen  
Kranzpenden sowie für die rege  
Teilnahme an der Beerdigung meiner  
lieben Frau, unserer guten Mutter  
und Schwiegermutter allen Freunden  
und Bekannten, insbesondere den  
Mitgliedern der deutschen Wagen-  
bauer-Kranken- und Sterbelasse (Ge-  
sundbrunnen), den Beamten der  
K.C.G., Abt. G. J. VI, den Arbeitern  
und Arbeiterinnen von Siemens u.  
Gaisle K.G. Abt. Jäger, unseren  
innigsten Dank.  
**A. Arendt,** Schankwirt,  
neldet Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche und herzliche  
Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
lieben Vaters  
**Gustav Brückner**  
sprechen wir allen Beteiligten unseren  
besten Dank aus.  
Die Söhne **Ernst und Hugo Brückner.**

**Dr. Schünemann,**  
Spezial-Arzt für  
**Haut- und Harnleiden,** Necht:  
**Frauenkrankheiten.** Necht:  
Friedrichstr. 203 Ecke  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 Uhr. Schützenstraße.

**Dr. med., Naturarzt, sucht**  
**Kassenarztstelle.**  
Offerten sub T. 1 an die Ex-  
pedition des „Vorwärts“. 27835

Sorden erschien:  
**Der Zukunftsstaat.** Von J. Stern.  
Thesen über den Sozialismus. Ein  
Befehl, seine Durchführbarkeit und  
Zurechenbarkeit. Fünftes, wesentlich  
verändertes Auflage. Der Preis be-  
trägt 60 Pf.  
Wir empfehlen weiter die nach-  
stehenden in letzter Zeit erschienenen  
Schriften:  
**Ethik und materialistische Ge-  
sellschaftslehre.** Ein Versuch  
von Karl Hauptmann. Preis broschiert  
1 M., geb. 1,50 M. 233/10  
**Ein katholischer Pfarrer als  
Sozialdemokrat.** Von J. von  
den Brinck. Preis 10 Pf.  
**Der Sultan des Weltkrieges.**  
Ein marokkanisches Sittenbild  
deutscher Diplomatenpolitik. Von  
Kurt Eisner. Preis 40 Pf.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

**Berliner Schauspielerkarten**  
aller Theater  
150 Aufnahmen von Fr. Farrar.  
Ansichtskarten-Ausstellung  
„Bediene Dich selbst“  
Berlin W., Friedrichstraße 164  
(Ecke Böttcherstr.)  
- Freie Besichtigung. -  
Hochst interessant.

**Zur Einsegnung**



**Anzüge** aus fein geripptem  
schwarzen Kammgarn  
sowie aus haltbaren  
Cheviotstoffen. 12<sup>50</sup> an

**Anzüge** aus prima tiefschwarz.  
Kammgarn- und Tuch-  
Kammgarnstoffen mit  
besten Zutaten. 17<sup>50</sup> an

**Anzüge** nach Maß  
Garantie für  
gutes Passen. 24<sup>—</sup> an

**M. Schulmeister**  
Schneidermeister,  
**Dresdener-Straße 4,** am Kottbuser  
Tor.

**Achtung! Fliesenleger. Achtung!**  
Freitag, den 9. März 1906, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Versammlung**  
der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7).  
Tages-Ordnung:  
1. Neuwahl des Sektionsvorstandes. 2. Gewerkschaftliches.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Der Sektionsvorstand. J. H.: Felix Breiske.

# General-Versammlungen der Wahlvereine Berlins

am **Dienstag, den 6. März,**  
abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:

1. **Kreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20:**  
(oberer Saal)  
Vortrag des Genossen **Davidsohn.** Statutenberatung.
2. **„ Hofjäger-Palast, Hasenheide 52-53:**  
Vortrag des Genossen **Ströbel.** Statutenberatung.
3. **„ : Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**  
Statutenberatung.
4. **„ : Keller, Köpenickerstr. 21**  
Bericht der Vertrauensleute vom Jahre 1905. Statutenberatung.
5. **Altes Schützenhaus, Linienstraße 5:**  
Statutenberatung.
6. **„ : Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24:**  
Vortrag des Genossen **Molkenbuhr.** Statutenberatung.

**Mitgliedsbuch legitimiert!**

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vereinsvorstände.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 10. März 1906,  
in den Gesamträumen des  
**Moabiter Gesellschaftshauses**  
(H. Peters),  
Emdenerstr. 34-35, Wickestr. 24:

**Achtzehntes**  
**Stiftungsfest**  
**Festrede**  
**Theater- und Spezialitätenvorstellung**  
**Gesangs-Aufführungen.**

Nach der Vorstellung:

☐☐ **TANZ.** ☐☐

Anfang abends 8 Uhr. Billett 25 Pf.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Vertrauensmännerversammlungen:

**Rosenhaler u. Schönhauser Vorstadt:** bei Wernau, Schmederstr. 23.  
Tagesordnung: Bericht der Kommission. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.

**Nordosten:** bei Mann, Strauhbergerstr. 3.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

**Osten I, Osten II:** bei Litka (Gesellschaftshaus „Ostend“), Memelerstr. 67.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

**Bezirk Oestliche Vororte:** bei Wildner, Friedrich Karstr. 11, Friedrichsberg.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Welche Lehre werden wir aus der letzten Statistik? 3. Berichtsangelegenheiten und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Kollegen, macht es Euren Vertrauensmännern zur besonderen Pflicht, daß sie zur Versammlung erscheinen, denn jede Werkstatt muß vertreten sein.

**Südosten:** bei Nass, Mantuffelstr. 95.  
Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Kommission. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

**Süden:** bei Glesing, Wassertorstr. 68.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und vom Gantage. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Westen und Süd-Westen:** bei Habel, Bergmannstr. 5-7.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauenskommission. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Wedding und Gesundbrunnen:** bei G. Milbrodt, Müllerstr. 7.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Verbands- und Berichtsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Achtung! Aus folgenden Werkstätten sind sämtliche Kollegen mit eingeladen: Ozorkowicz, Chausseestr. 64; Frau M. Becker, Gartenstr. 78; H. Jacob, Gertrichstr. 72; O. Donndorf, Hochstr. 31a; Th. Sieker Jr., Neue Hochstr. 2; E. Neuhoff, Neue Hochstr. 4; H. Lage, Neue Hochstr. 35; Nussbeck, Quillienstr. 7; Jonsleit & Sohn, Jussalldenstr. 109; Hüls, Jussalldenstr. 16; Schwelers Nachf., Kesselftr. 9; Bormpohl, Kesselftr. 9; Obst, Reimdenborgerstr. 68; Plautz & Kummer, Waldstr. 43; Otto & Siotawa, Bremerstr. 49; Braltschu & Grünig, Pflügensee.

## Bautischler.

**Bezirk I:** bei Möhring, Admiralstr. 18c.  
**Bezirk II:** bei Zlotz, Warschauerstr. 61.  
**Bezirk III:** bei Hube, Koppenhagenstr. 74.  
**Bezirk IV:** bei Fortanier, Tegelerstr. 56.  
Die Adresse des Obmannes aus dem Bezirk III ist Grefsenhagenstr. 15, vorn 3 Tr.

## Möbelpolierer.

für **Osten:** bei Kubat, Blumenstr. 38.  
für **Süd-Osten:** bei Schulz, Stallherstr. 22.  
für **Norden:** bei Maas, Brunnenstr. 96.  
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.  
Jede Werkstätte hat die Pflicht, vertreten zu sein. Der Obmann.

## Modell- u. Fabriktschler, Modelldrehsler

bei Wienthal, Adersstr. 123.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

## Branche der Kistenmacher

bei Bandach, Breslauerstr. 28.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

## Branche der Korbmacher

bei Hoffmann, Koppenstr. 47.  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht. Die Tarife der Grundbranche werden ausgegeben. Der Obmann.

## Bürstenmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57, abends 8 1/2 Uhr.  
Jede Werkstatt muß durch einen Kollegen vertreten sein.

## Achtung, Einsetzer!

bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, abends 8 Uhr.  
Jede Firma muß vertreten sein. Karten werden in der Versammlung aufgestellt.  
Zugleich werden die Kollegen ersucht, sich recht zahlreich an der am Sonntag stattfindenden Wahl der Delegierten zum Verbandstage zu beteiligen unter Vorzeigung ihres Verbandsbuches. Der Obmann.

## Branche der Musikinstrumentenarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5, abends 8 Uhr.  
Tagesordnung: 1. Berichtsangelegenheiten in unserem Verbands. 2. Bericht vom Gantag in Jussallden. 3. Bericht der Kommission und Verschiedenes.  
Zur Beachtung! Es wird ersucht, pünktlich zu erscheinen; die Versammlung wird präzise 8 Uhr eröffnet.  
Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Branchenkommission.

## Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

## Stok- und Zelluloidarbeiter

bei Barinz, Brückenstr. 7. Der Obmann.  
Die Vertrauensmänner-Versammlungen der Drechsler fallen wegen der Versammlung der Treppengeländerbranche aus.

## Treppengeländerbranche.

Am Mittwoch, den 7. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. 75, anderer Saal:  
Versammlung aller in Treppengeländerfabriken beschäftigten Arbeiter  
als: Tischler, Stellmacher, Drechsler, Bildhauer usw.  
Tages-Ordnung:  
Bericht über die Verhandlungen in der Schlichtungskommission und Ausgabe der Affidavits. 81/14

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den

# Zentral-Verband der Glaser Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Sektion der Bilbergläser (Einrahmer).

Donnerstag, 8. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 2):

## Versammlung.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, welcher in Rahmenfabriken (Bilderwerkstätten) arbeitet, unbedingt zu erscheinen. Der Vorstand. 178/2

# Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 7. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Regelung der Anstellungsbedingungen unserer Angestellten. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 23/11 Um zahlreichen Besuch ersucht Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 7. März, abends 6 1/2 Uhr, bei Suggenhagen (Moritzplatz), Oranien-Straße 147:

## Versammlung aller in Spezialbetrieben für Werkzeugbau beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:  
1. Wie sieht es in den Berliner Werkzeugbetrieben aus? 2. Diskussion.

Zu dieser Versammlung werden auch alle Eltern eingeladen, die ihre Söhne Werkzeugmacher werden lassen wollen.

Vollzähliges Erscheinen der Kollegen wird erwartet.  
Mittwoch, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsaal, Andreasstr. 21:

## Allgemeine Versammlung der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 113/15  
Kollegen! Eure Pflicht ist es, pünktlich und zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, bei Jannasch, Inselstr. 10:

## Mitglieder-Versammlung der Gruppe der Rastspanner.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen G. Rieger über den politischen Massenstreik. 137/12  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Des interessanten Themas wegen ersuchen wir alle Kollegen, zu erscheinen. Der Vorstand.

# Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.

Mittwoch, den 7. März, 1906, abends 8 1/2 Uhr:

## Angeordnete General-Versammlung in den Residenz-Sälen, Landwehrbergerstr. 31.

Tages-Ordnung:  
1. Antrag betreffend: Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung.  
2. Bericht der Bescheidungskommission und Neuwahl derselben.  
3. Verschiedenes. 190/3 Die Ortsverwaltung.

# Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.  
Donnerstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Wilke, Drummstr. 188:

## Außerordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:  
1. Abrechnung über die Sammlung für den verstorbenen Genossen Bärstel.  
2. Abrechnung über das letzte Vereinsvergnügen. 3. Beratung über Gan- und Bundesanträge.  
Wir bitten die Bundesgenossen ihre Mitgliedskarte mitzubringen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. J. U.: Der Vorstand.

# Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Zedlitzsee.

(Endstation der „Stern“-Dampfer)  
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.  
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. \* Ausspannung und Dampfheizung. \* Regelmäßige, große Kaffeehäuser. \* Saal, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

# Sportshaus in Ziegenhals bei Zenthen

(Vorort- und Stadtbahn-Verkehr)  
am Crossin-See, mit 2 großen Sälen, Hallen u. schattigen Garten, bis 1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielplätze in herrlichem Hochwald, zwei neubauende veredelte Regelmäßig, Ausspannung für Fuhrwerke, Dampfheizung, Kuchendöle, Sommerwohnungen u. Logierzimmer, Kaffeehäuser usw. — Halte mich Vereinen, Familien, Gesellschaften zu Ausflügen ganz besonders empfohlen.  
Nachmittagspaß M. Mörschel, Königs-Wasserhausen 75. 58142\*)

# Witte\* Waldschlößchen, Eichwalde, Kaiser Friedrichstr. 1.

Empfehle allen Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen und Partien mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof. Großer Saal. × Schattiger Garten. × 2 Kegelbahnen. × Ausspannung. Sommerwohnungen und Zimmer. 2315

Inferatenteil veranlagt: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Beste Betten-Füllung

Echt chinesische

# Monopoldaunen

(gesetzl. geschützt) Pfund M. 2.85.

Erste Bettfedernfabrik mit elektrischem Betriebe

# Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 45 und 46.

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands für

# Betten, Bettfedern

und andere Bettartikel.

# Metallbettstelle

mit Zugfeder-Matratzen



106 x 208 cm mit 63 mm starken Pfosten, oberen Messingstangen, Messinghaken, Messingkugeln und Messingverankerung über den Federrollen.

zum Ausnahmepreise von M. 36 früher 55.

Grosse

# Messingbettstelle

zum Ausnahmepreise M. 50

Großes Lager

anderer Metallbettstellen, Matratzen, Bett- und Steppdecken, Schlafdecken.

# Daunensteppdecken

von seidenschallehem, einfarbigem Satin mit federfreien Daunen in divers. Mustern M. 26  
Größe 160 x 210 cm

# Bettwäsche

ausserordentlich preiswert!

# Dimitibezüge

Oberbett 180 x 200 cm } . . . . M. 5.40  
2 Kissen 82 x 84 cm }  
Zum Schützen und Knöpfen.

# Damastbezüge

Oberbett 180 x 200 cm } . . . . M. 6.50  
2 Kissen 82 x 84 cm }  
Zum Schützen oder Knöpfen.

# Inlette

fertig und vom Stück zu gleichen Preisen.

Antarbeiten von Betten und Bettfedern.



Die Revolution in Rußland.

Die Massenmorde in den Ostseeprovinzen und die bürgerliche Presse.

Das das Gerächtsgefühls der Vertreter der bürgerlichen Presse mit dem Selbsteng miteinander verknüpft und das die deutschen bürgerlichen Blätter aller Schattierungen in der nationalen Frage gleich konfessionell sind, dafür liefern sie ein Beispiel jetzt durch ihr Verhalten gegenüber den letzten Vorgängen in den Ostseeprovinzen. Von dem „Reichsboten“ bis zur „Frankfurter Zeitung“ kein Mißbilligungswortchen gegen die Genertwirtschaft des deutschen Adels in den baltischen Provinzen!

Eine ganz andere war die Sprache der bürgerlichen Blätter, als vor etwa zwei Monaten in Kur- und Livland einige Schlösser der deutschen Großgrundbesitzer eingeschloßen wurden! Damals machten die „Kreuz-Zeitung“ und die Blätter des Herrn Rosse aus einer jeden Depesche der russischen und Wollfischen Telegraphen-Agentur einen Leitartikel. Mit den gemeinsten Ausdrücken zog man gegen die Letten und Esten zu Felde. Das Streben nach einer gleichberechtigten Selbstverwaltung wurde als separatistisch bezeichnet, und man schien sogar geneigt zu sein, den baltischen Junkern mit einigen Kriegsschiffen zu Hilfe zu eilen. Das Scheitern veranlaßte erst, als die Menschenschlächtereien in den Ostseeprovinzen so recht im Gange war, als das Land von Truppen überfüllt und den drückenden Baronnen das Recht verlesen war, über den Tod und das Leben der Bauern unumschränkt zu verfügen. Die deutschen bürgerlichen Blätter wurden in ihren Nachrichten über die Vorgänge in den Ostseeprovinzen kurz und unklar. Man brachte dann und wann die lakonische Notiz: „die Pazifizierung des Landes schreitet fort“, „infolge der strengen Maßregeln, die die Regierung ergriffen hat, ist die Ruhe im Kreise A wieder fast vollständig hergestellt“, und am häufigsten las und liest man den schändlichen Ausdruck: „handrechtlich erschossen wurden...“ — hinterdrein fand man dann die Zahlen 1 bis 100. Kein Wort darüber, wer die „Pazifizierung“ besorgt und mit welchen Mitteln die „Ruhe“ wiederhergestellt wird. Blätter, die flammende Artikel gegen die Judenmorde in Kischinew und Homel veröffentlicht hatten, fanden und finden noch jetzt kein einziges Wort gegen die Blutthaten eines b. Siwers in Jellin, eines Orlow in Walk und Riga, eines v. Rede und Raaden in Tulum und eines Brödrich in Goldingen und Hasenpoth.

Tausende von Menschen: Großbauern mit ihren Söhnen und Töchtern, Knechte, Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen sind wie Hunde und Hasen auf offener Landstraße erschossen, Hunderte von Bauernhöfen eingeschloßen oder in die Luft gesprengt worden, überall haben sich an dieser Arbeit der baltische Adel mit seinen Erziehlingen, entweder als Offiziere, als Kreispolizeichefs oder „Ehrenpolizisten“, beteiligt, und in deutschen Reichstagen finden sich Männer, wie ein Siebermann von Sonnenberg, die dieses Vorgehen der baltischen Junker damit zu rechtfertigen suchen, daß „diese Volkstämme (die Letten und Esten), was sie sind, nur durch deutsche Kraft und Befähigung geworden sind; sie sind es geworden durch die Ritterschaft, die die Bauernemanzipation durchgeführt hat“. Wir wollen uns die Mühe ersparen, einem Siebermann von Sonnenberg nachzuweisen, daß die Bauernemanzipation in den Ostseeprovinzen zu einer bestimmten Zeit für die Großgrundbesitzer selbst zu einer ökonomischen Notwendigkeit geworden war und sie dieselbe durchführten, weil sie dazu gezwungen waren. Wenn aber so ein Siebermann von Sonnenberg oder Stöder sich einbildet, daß die edlen Sprößlinge der deutschen Raubritter jetzt das Recht hätten, die baltischen Bauern wie Jagdwild zu behandeln, weil ihre Vorfahren den Letten und Esten das Schreiben und Lesen gelehrt haben, so können wie diese Auffassung nicht als eine christliche bezeichnen.

Und was sagt die baltische deutsche Presse zu dieser Hummerarbeit? Das maßgebende Organ ist das „Junker- und Pastorenblatt „Düna-Zeitung“. Schon vor einem Jahre, als die russische Revolution nach ihrer ersten Überstufe am 22. Januar in Petersburg machte, schrieb dieses Blatt nach „verjährtem Schuß“ und Verlagerungszustand für die Ostseeprovinzen. So dachte sich das Blatt diese Provinzen vor der Revolution zu schützen. Im März gelang es dem lurländischen Adel, den verstärkten Schutz und im August die Verhängung des Kriegszustandes über Kurland in Petersburg auszusprechen. Kurz vor der Veröffentlichung des Manifestes vom 30. Oktober sollte auch der Belagerungszustand in Livland eingeführt werden. Die deutschen Blätter begrüßten in einigen ganz kurzen Sätzen die veränderten politischen Freiheiten. Während die lettischen Blätter sich sofort vom Jenor los sagten, schickten die Rigaischen deutschen Blätter solange ihre Artikel zum Jenor, bis dieser selbst die Herren darauf aufmerksam machte, daß diese Aufdringlichkeit unnötig sei. Mit dem Erstarken der Reaktion machte die „Düna-Zeitung“ in einer Artikelserie wieder Propaganda für die Verhängung des Belagerungszustandes über Livland. Wir müssen noch einmal hier hervorheben, daß vom 30. Oktober an bis zu dem Augenblick, als es bekannt wurde, daß die Verhängung des Kriegszustandes in Petersburg beschlossene Sache sei, kein Edelmann in Livland angerührt worden war. Den Einmarsch der Truppen begrüßten die deutschen Blätter mit Jubelrufen. Das Vorgehen des Generals Orlow schienen der „Düna-Zeitung“ das einzig richtige zu sein. Sie schrieb darüber in ihrem Neujahrsartikel „Die Lage in Kurland“ wie folgt: „Nur solche Maßregeln, wie General Orlow in Walk getroffen hat, können das Land beruhigen. Alle Agitatoren und Personen, die als Revolutionäre bekannt sind, sollen nicht erst verhaftet, sondern sofort erschossen werden — solche Maßregeln sind den Verhältnissen angemessen... Verdächtige zu arrelieren hat keinen Sinn, denn sie werden bald wieder in Freiheit gesetzt und dabei können sogar Brandstifter und Mörder entfliehen... Dies war die Parole der Junker, die die Generale Orlow, Wesofrasow, Schiff und Windt treu befolgt haben und bei welcher Arbeit die Barone v. Remgarten, v. Siwers, v. Brümmer, v. Rede usw. sie unterstützt haben.“

Der erste Hunnenzug war über das Land gezogen, überall blutige Spuren, Tränen und Not nachlassend. General Orlow, von den Häfen der livländischen Landbevölkerung begleitet, war in Riga eingezogen, da schrieb die „Düna-Zeitung“ in einem Artikel vom 13. Februar „zur Lage in Riga“: „Es wäre wohl dringend zu wünschen, daß das Militär in all die Gegenden, wo die Revolutionäre noch mit solcher beispiellosen Frechheit aufzutreten wagen, eine zweite Strafexpedition unternähme, die aber dann mit ganz besonderer Strenge und Gründlichkeit vorgehen müßte.“ Zwei Tage weiter schrieb sie aus dem Flecken Marienburg: „Wenn nicht die revolutionären Elemente dauernd unschädlich gemacht werden und auf längere Zeit eine genügende Militärmacht stationiert wird, so kann die begonnene Gärung wieder größere Dimensionen annehmen.“ — Der Hunnen-

general unternahm einen zweiten Zerstörungszug, auf dem wiederum mehr als 50 Personen hingerichtet und etwa zweimal soviel fürchterlich geprügelt wurden. Die „Düna-Zeitung“ begrüßte freudig „das schneidige Vorgehen der Truppen“; ihre Blutgier scheint aber noch nicht vollständig befriedigt zu sein. Am 19. Februar muß sie in einer Korrespondenz aus dem Baltischen Kreise zugeben, daß der Terror die Bevölkerung noch immer nicht verlassen zu haben scheint, da sie noch immer revolutionäre Elemente in ihrer Mitte dulde oder, was eher anzunehmen sei, die Pazifizierung des Landes sei nur eine Scheinbare. Das ist die blutige Sprache der örtlichen deutschen Presse. Und diese Presse gibt sich aus, die öffentliche Meinung in den Ostseeprovinzen zu vertreten, weil die meisten lettischen Blätter listiert sind. Nächstens bringen wir einen Artikel, der die Stellung der russischen Presse zu den Vorgängen in den Ostseeprovinzen charakterisieren soll. —

Protest gegen die Säbeldikatur.

Petersburg, 4. März. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur.“) Heute fand hier im Versammlungs-saale des Adels unter dem Vorsitz Bellajens eine Versammlung von sechstausend Mitgliedern des Handels- und Industrieverbandes der Stadt Petersburg und des russischen Reiches statt, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: Die Fehlung der Wohlfahrt Rußlands hängt ab von den in dem kaiserlichen Manifest vom 30. Oktober v. J. verkündeten Freiheiten, die in die Grundgesetze aufgenommen werden müssen. Das gegenwärtige Vorgehen der Landesregierung, welches jeder Gesehlichkeit bar ist, führt zur unheilbaren Erschütterung der Wohlfahrt Rußlands und kann nicht mehr geduldet werden, ohne äußerste Gefährdung des Landes und der Dynastie.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Bayerns.

Schweinfurt, 4. März 1906.

Nachdem unsere bayerischen Genossen eine ihrer Hauptforderungen, das gleiche und direkte Wahlrecht zum Landtag, nach langjährigem Kampfe errungen haben, galt es nun gemäß den Wünschen des Jenauer Parteitages, auch die Landesorganisation entsprechend zu ändern. Das ist die Hauptaufgabe des in dem Raitstädter Schweinfurt zusammengetretenen Parteitages.

Anwesend sind 95 Delegierte aus 86 Orten. Neben anderen Gästen ist Genosse Kollenuhr vom Hauptvorstand in Berlin erschienen.

Genosse v. Bollmar eröffnet den Parteitag mit dem Wunsch, es möge gelingen, in guter Harmonie die schwierige Aufgabe der Neuorganisation zu lösen und der Landespartei eine Grundlage zu verschaffen, auf welcher Ersprießliches geleistet werden kann.

Genosse Kollenuhr begrüßte den Parteitag und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Umstand, daß die bayerischen Parteigenossen in Bezug auf das Wahlrecht jetzt in einem glücklicheren Lande leben als wie der größte Teil der übrigen deutschen Genossen, nicht zur Erschlaffung der Kräfte führen möge, denn es zeige sich immer klarer, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Reaktion an Heftigkeit zunehmen, je mehr sich das Proletariat auf eigene Füße stelle und deshalb heiße es, die Organisation auszubauen und zu festigen, um eine Welt zum Kampfe herausfordern zu können.

Aus dem vom Genossen Rexel erstatteten Geschäftsbericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, daß der Gau Südbayern 34 sozialdemokratische Vereine mit 7882 Mitgliedern, der Gau Nordbayern 87 Vereine mit 17495 Mitgliedern und der Gau Rheinpfalz 78 Vereine mit 6785 Mitgliedern umfaßt; in Bayern zusammen also 199 sozialdemokratische Vereine mit 32112 Mitgliedern bestehen.

Die Organisationen haben gegen das Jahr 1904 sehr gute Fortschritte gemacht und auch die 5 bayerischen Parteizeitungen entwickelten sich recht gut.

Die im Herbst 1905 im ganzen Lande vorgenommenen Gemeindevahlen haben an einigen Orten für die Sozialdemokratie Erfolge gebracht. Das bestehende mittelalterliche Gemeindevahlrecht macht es aber vorläufig unmöglich, in ganz Bayern nennenswerte Erfolge bei den Gemeindevahlen zu erzielen. Aufgabe der durch die im nächsten Jahre stattfindenden Neuwahlen zum Landtag verstärkt in das Landesparlament einziehenden Sozialdemokratie wird es sein, um auch dem miserablen Gemeindevahlrecht den Stragen umzudrehen.

Anschließend an den Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes wird von verschiedenen Delegierten darauf hingewiesen, daß dem Aufruf des internationalen Bureau in Brüssel, den 22. Januar als Gedenktag zu feiern, in Bayern nicht überall Folge geleistet worden sei und es wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß in Bayern mehr revolutionärer Geist einziehen möge als dies bisher geschehen ist. Dabei wurde von einigen Rednern die Meinung laut, das internationale Bureau sei schließlich ja nicht die oberste Behörde über die inländischen Parteinstanzen, welcher absolut Folge geleistet werden müsse.

Den größten Teil des ersten Verhandlungstages nimmt dann die Generaldiskussion über den vom Landesvorstand vorgelegten Entwurf für das neue Organisationsstatut und die dazu gestellten Abänderungsanträge in Anspruch.

Nach Ueberweisung des Beratungsgegenstandes an eine Kommission wird die Sitzung des ersten Tages geschlossen.

Gaukonferenz des Maurerverbandes.

Am Sonntag wurde im Berliner Gewerkschaftshaus die regelmäßig alle zwei Jahre stattfindende Gaukonferenz für den Agitationsbezirk Berlin des Zentralverbandes der Maurer abgehalten. Erschienen waren 174 Delegierte aus 144 Zweigvereinen; 48 Orte waren nicht vertreten. Außerdem nahmen an der Konferenz teil der Hauptvorstand des Verbandes Bismarck, ferner die Gauleiter von Pommern, Schlesien, Provinz Sachsen und Mecklenburg, sowie der Verbände der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Den

Bericht des Vorstandes

erstattete der Gauleiter Silber Schmidt. Demnach ist die Mitgliederzahl im Gau während der Jahre 1904 und 1905 von 24667 auf 33473 gestiegen. Die Zahl der Zweigvereine erhöhte sich von 184 auf 191. Es ist also ein stetiger Fortschritt der Organisation zu verzeichnen. Besonders die Öffentlichkeit interessierende Vorkommnisse haben sich nicht ereignet. Die Lohnbewegungen wickelten sich fast alle verhältnismäßig ruhig ab, was wohl hauptsächlich auf die gute Konjunktur im Baugewerbe zurückzuführen ist. In Lohnbewegungen waren beteiligt im Jahre 1904: 73 Zweigvereine mit rund 18000 Mitgliedern, im Jahre 1905: 83 Zweigvereine mit circa 30000 Mitgliedern. In 63 Lohngebieten kam es im letzten Jahre ohne Arbeitsniederlegung zu einer Einigung mit den Arbeitgebern, nur in 12 Orten mußten die Maurer in den Streik treten, wobei in 10 Orten volle oder teilweise Erfolge erzielt wurden. In 7 Orten ist die Forderung wieder zurückgezogen worden. Die durch die Lohnbewegungen er-

zielten Erfolge veranschaulicht folgende Zusammenstellung. Es wurden erreicht:

In 8 Vereinen	1 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde für	276 Kollegen
14	2	961
10	2 1/2	684
18	3	1586
3	3 1/2	400
4	4	183
34	5	21748
1 Verein	6	13
1	7 1/2	21
1	8	4
2 Vereinen	10	28
1 Verein	11	4
In der Sektion der Gips- und Zementbranche zu Berlin	2 1/2	1487
	5	1508
	7 1/2	1959
	10	250
	12 1/2	250

Zusammen 98 Vereine mit 31335 Kollegen

Ueber die Vereins- und Versammlungstätigkeit geben nachstehende Zahlen Aufschluß. Es wurden 2255 Mitglieder und 161 öffentliche Versammlungen abgehalten. Außerdem fanden 1101 Vorstandssitzungen statt. Durch den Zweigvereinsvorstand wurden 887 Kassentreibungen vorgenommen. Zu Agitationsversammlungen, Vesperechen oder Referaten wurden bei Lohnbewegungen 552mal Kollegen als Referenten entandt. Die Korrespondenz umfaßt 7060 Sendungen. — In dem ganzen Agitationsgebiet werden Klagen darüber geführt, daß die behördlichen Organe dem Bauarbeiterschutz nur wenig Interesse entgegenbringen. In den größeren Orten muß erst immer in den Versammlungen auf die Nichtinnehaltung der baupolizeilichen Vorschriften hingewiesen werden, um Abhilfe zu schaffen; in den ländlichen Bezirken aber schaltet und waltet der Unternehmer auf diesem Gebiete nach Gutdünken. So kommt es denn auch, daß der Organisationsleistung 101 Unfälle, darunter 62 schwere, gemeldet wurden, die meistens durch Absturz von Kriegeren und Leitern, Bruch von Kriegeren, Einsturz von Mauern und Gewölben usw. herbeigeführt worden sind. Die Zahl der nicht gemeldeten Unfälle ist vielleicht noch größer. — Verhältnismäßig stark entwickelt sich im Gausgebiet auch die Untereinerorganisation. Dem Arbeitgeberverbande gehörten im Jahre 1905 1000 Mitglieder in 34 Orten an. Die

Jahresabrechnung

erstattete der Gauleiter Lehmann. Demnach belief sich die Einnahme auf 67049,79 Mk. und die Ausgabe auf 28283,47 Mk., sodas ein Kasienbestand von 28766,32 Mk. verbleibt. Dem Gauvorstande wurde einstimmig Decharge erteilt. — Ueber die

Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen sowie den Abschluß von Tarifverträgen

referierte ebenfalls Silber Schmidt. Er teilte hierbei mit, daß für das Jahr 1906 bisher bereits 75 Zweigvereine des Gaus Lohnbewegungen eingeleitet haben. Die Zahl dürfte jedoch während der nächsten Wochen noch steigen. Das Verhalten der Arbeitgeber, besonders in der Bauhau, lasse darauf schließen, daß dies Jahr wahrscheinlich ein Kampfsjahr werde. Auch in einer Reihe anderer Lohnbezirke tragen die Unternehmer ein provokatorisches Verhalten zur Schau. Der Referent erteilte den Anwesenden alsdann praktische Ratsschläge, die besonders für den zweckentsprechenden Abschluß von Tarifverträgen in Frage kamen. Zum Schluß warnte er davor, Tarifverträge unter allen Umständen abzuschließen. Wo ein Vertragsverhältnis keine Vorteile bietet, da möge man lieber eine Zeitlang ohne Tarif arbeiten. Hierzu äußerten sich die Diskussionsredner allgemein zustimmend. — Die

Agitation

behandelte Lehmann in einem besonderen Referat. Redner schilderte besonders die Agitationschwierigkeiten in den ländlichen Bezirken des Gaus und vor allen der Provinz Posen. Trotzdem hat sich auch in Posen die Mitgliederzahl gehoben, sodas dort vier neue Zweigvereine gegründet werden konnten. Zimmerhin sind erst 29 Prozent der im Posenischen beschäftigten Maurer in Verbände organisiert. Ein Hauptübel ist in jenen Gegenden die lange Arbeitszeit, die vielfach noch 11 Stunden und darüber beträgt. Demensprechend gibt es denn auch noch eine Reihe Ortschaften, wo nur Stundenlöhne bis herunter zu 25 Pf. gezahlt werden. Redner empfahl dringend, bei allen künftigen Forderungen das Hauptaugenmerk auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu richten, denn hierauf werde auch unter den Maurern geradezu bedenklich wenig Wert gelegt. Er beantragte deshalb, daß von jetzt ab bei allen Lohnforderungen, die über 50 Pf. Stundenlohn hinausgehen, auch eine Arbeitszeitverkürzung unter 10 Stunden mitgefordert werden müsse. Dieser Antrag bezwecke vor allem, die Maurer der entfernteren Berliner Vororte, in denen noch 10 Stunden gearbeitet werde, energisch an ihre Pflicht zu erinnern, endlich einmal für eine Verkürzung der Arbeitszeit zu sorgen.

Hierzu äußerte sich, in der Diskussion u. a. auch Bömelburg, der es für einfach selbstverständlich hielt, daß in der Umgegend von Berlin die Maurer überall auf Einführung der 9stündigen Arbeitszeit dringen müßten, selbst wenn der Stundenlohn auch unter 50 Pf. betrage. Schon die kolossale Kehlringssätereien im Baugewerbe erfordere gebieterisch eine größere Verkürzung der Arbeitszeit. Im übrigen solle jeder vorgegenwärtigen, daß die Bauhandwerker zweifellos einer Periode großer wirtschaftlicher Kämpfe entgegengehen.

Der von Lehmann gestellte Antrag betreffend die Arbeitszeitverkürzung unter 10 Stunden wurde hierauf angenommen.

Beschlossen wurde ferner, das Gehalt der Gaubeamten zu erhöhen und zwar das des ersten Vorsitzenden von 100 auf 200 Mk. und das des Kassierers sowie des in Posen wohnhaften dritten Gaubeamten von 165 auf 100 Mk. pro Monat. Sodann erfolgte die Wahl der Gauleitung. Gewählt wurden als 1. Gauvorsitzender Silber Schmidt, als 2. Vorsitzender Friß, als Schriftführer Kinkel, als Kassierer Lehmann, als Beisitzer Hanke und als Revisoren Lemm, Rudolf und Anton.

Auf eine Anregung Bömelburgs erklärte sich die Konferenz damit einverstanden, daß wegen Erkrankung des 2. Hauptvorsitzenden Estfinge der Gauleiter Silber Schmidt bis auf weiteres für den Hauptvorstand die Aufsichtstätigkeit im Gesamtverband mit übernimmt. Wegen dieser dringenden erforderlichen Tätigkeit in der Organisation ist Silber Schmidt auch von seinem Posten als 2. Vorsitzender der Generalkommission fürsich zurückgetreten.

Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Am 4. und 5. März tagte im Volkshaus zu Charlottenburg die sechste Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands. Vertreten waren 37 Einzelvereine durch 45 Delegierte. Ferner war der Geschäftsleiter der Vereinigung Theodor Fischer und als Vertreter des Ausschusses Heinrich Beyerle anwesend. Die freie Vereinigung der Gewerkschaften war durch Fritz Kater vertreten, und als Vertreter der Maurer war Gehl, der Bauarbeiter Bau anwesend.

Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht über die Jahre 1904 und 1905 lag gedruckt vor. Der Geschäftsleiter Fischer gab dazu einige mündliche Ergänzungen. Die Zahl der Vereine, die der



Vereinigung angehört, ist in den beiden Jahren von 26 auf 37 gestiegen, die der Mitglieder von 2232 auf 2744. Die Lohnbewegungen sind in beiden Jahren verhältnismäßig ruhig verlaufen und haben im allgemeinen guten Erfolg gehabt. Der schwerste Lohnkampf war der in Duedlinburg im Jahre 1904, der 20 Wochen dauerte, dann abgebrochen werden mußte, bis im nächsten Jahre die Unternehmer sich bereit fanden, den geforderten Lohn zu zahlen. Die Kämpfe im eigenen Beruf konnten mit verhältnismäßig geringen Mitteln geführt werden; um so mehr konnten die Lohnkämpfe in anderen Berufen unterstützt werden. Im Jahre 1904 wurden für Streikunterstützung im eigenen Beruf 4267,28 M., im Jahre 1905 1439,55 M. ausgegeben; zur Unterstützung der Lohnkämpfe in anderen Berufen wurden 1904 11 658 M., 1905 7963,70 M. aufgebracht. Rechtschutz wurde von der Geschäftsleitung im Jahre 1904 in 72, im Jahre 1905 in 108 Fällen gewährt. Für die Presse, die „Einigkeit“, gab die Vereinigung im Jahre 1904 7300,67 M., im Jahre 1905 8059,88 M. aus. In ehrenden Worten wird des früheren Redakteurs der „Einigkeit“, des im Juli 1904 verstorbenen Genossen Heiler, gedacht.

Die Abrechnung der Geschäftsleitung schließt für das Jahr 1904 mit 17 361,43 M. Einnahmen und 16 869,59 M. Ausgaben, für das Jahr 1905 mit 12 807,89 M. Einnahmen und 10 542,41 M. Ausgaben. Am letzten Jahresabschluss betrug der Kassenbestand der Geschäftsleitung 7352,99 M., der Kassenbestand der einzelnen Vereine zusammen 64 786,71 M. Im ganzen ist das Vermögen der Vereinigung im Jahre 1905 von 51 880,12 M. auf 72 130,70 M. angewachsen. — Der Geschäftsleiter Fischer bemerkte unter anderem, daß sich die Organisation im allgemeinen verhältnismäßig gut entwickelt hat.

Vom Ausschuss berichtete Weisel, daß Beschwerden gegen die Geschäftsleitung nicht erhoben worden sind.

An die Berichte knüpfte sich eine mehrstündige Debatte, die sich wesentlich auf innere Angelegenheiten der Organisation, sowie auf die Agitation bezog. Irgendwie erhebliche Einwendungen wurden gegen die Geschäftsleitung der Vereinigung nicht erhoben. Einstimmig wurde der Geschäftsleitung Danksagung erteilt.

Hierauf wurde über verschiedene Anträge zur Erweiterung des Regulativs der Vereinigung beraten. Zunächst wurde nach längerer Debatte beschlossen, die Bestimmung, daß „jeder Zimmerer oder verwandte Berufsgenosse“ den Zimmerervereinen beitreten kann, dahin abzuändern, daß es heißt: „jeder Zimmerer oder in verwandten Gewerben beschäftigter Arbeiter“ kann beitreten. Wie bestimmt hervorgehoben wurde, wird mit dieser Änderung nicht beabsichtigt, in die Organisationsgebiete anderer Berufe einzugreifen. Ebenso sprachen sich verschiedene Redner entschieden gegen irgend welche Sektionsgründungen innerhalb der Vereinigung aus.

Die Bestimmung des Regulativs über die Beitragsleistung bleibt bestehen. Die Konferenz beschloß hierzu die Zusage, daß die Beiträge in den Wintermonaten möglichst niedrig, in den Sommermonaten dementsprechend höher bemessen sein sollen, und daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die Beitragsmarke zu entnehmen, die an dem Ort üblich ist, wo es arbeitet. Zu dem Abschluß über Streiks und Sperrten wurde die Änderung beschlossen, daß jede Einzelorganisation bei Streiks erst ihre vorhandenen Mittel aufzubringen hat, bevor die durch Umlageverfahren aufzubringende Unterstützung der übrigen Organisationen in Anspruch genommen wird. Bisher war jede Einzelorganisation verpflichtet, die Unterstützung für die erste Streikwoche selbst aufzubringen. Ferner wurde ein Zusatz beschlossen, der besagt, daß die Unterstützung pro Tag das Sechsfache des durchschnittlichen Wochenbeitrages nicht übersteigen darf.

Die Geschäftsleitung der Vereinigung soll in Zukunft aus 5 statt 4 Personen bestehen: dem Geschäftsleiter, dessen Stellvertreter und den 3 Mitgliedern des Ausschusses. Ein neuer Paragraph über die Konferenzen der Vereinigung besagt, daß in der Regel alle zwei Jahre eine Konferenz stattfinden soll, auf der jede Organisation ihrer Stärke entsprechend vertreten sein soll. Die Vereinigung soll in Zukunft den Namen: „Vereinigung der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ führen.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Organisation und Taktik der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, hielt Wilhelm Schmidt einen einleitenden Vortrag, woran sich eine lange Debatte knüpfte. In den Ausführungen wurden vielfach die Ansichten des Genossen Dr. Friedberg erwähnt, ohne daß die Redner sich in jedem Punkt mit dessen Gedanken einverstanden erklärten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Bei den in den letzten Jahren immer schärfer hervortretenden Klassengegensätzen macht es sich bemerkbar, daß das reaktionäre Unternehmertum aller Bekennnisse und Richtungen immer neue Methoden anwendet, um die nach Befreiung strebende Arbeiterschaft zu unterdrücken. Unternehmerorganisationen, die ehemals als Illusionen galten, sind zur Tatsache geworden und haben sich mächtig entwickelt, wodurch der von den Arbeitern so oft mit Erfolg geführte Kleinkrieg an Bedeutung verloren hat.“

Die somit zuungunsten der Arbeiterschaft veränderten Verhältnisse machen es derselben zur Pflicht, auch ihrerseits kraftvollere Kampfmittel zur Anwendung zu bringen. Den von den Unternehmern in letzter Zeit mit Erfolg angewandten Massenansparungen sind Massenaktionen seitens der Arbeiter in Zukunft entgegen zu setzen. Aber nicht nur zur Abwehr, sondern auch zur Eroberung weiterer Rechte und Freiheiten sind diese Mittel zur Anwendung zu bringen. Als eines der wirksamsten Mittel betrachtet die sechste Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands neben eifriger Agitation zum Anschluß an die Organisation die Propaganda für den Massen- resp. Generalkampf.

Die erfolgreiche Anwendung dieses Kampfmittels hat jedoch zur Voraussetzung, daß die Organisationen der Arbeiterschaft zu Kampforganisationen ausgebaut werden und nicht zu Organisationen des sozialen Friedens; dabei ist die Betätigung auf politischem Gebiete und der Anschluß an die Sozialdemokratie unerlässlich notwendig.

Auf Grund dieser Anschauung spricht die sechste Konferenz die Erwartung aus, daß sich die Beschlüsse des 7. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften bei Festlegung der Organisation und Taktik in der angegebenen Richtung bewegen.“

Die Wahl der Delegierten zum 7. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften soll in folgenden Orten vorgenommen werden: Berlin, wo 4 Delegierte zu wählen sind, Halle, Hamburg, Rastatt und Erfurt, wo je ein Delegierter zu wählen ist. Einstimmig beschloß die Konferenz, das Gehalt des Geschäftsleiters der Vereinigung der Zimmerer von 180 auf 180 M. zu erhöhen. Als Geschäftsleiter wurde Theodor Fischer einstimmig wiedergewählt. Als Stellvertreter wurde H. Wabitzke gewählt; in den Ausschuss Wilhelm Schmidt, Heinrich Weisel und Regislager.

## Aus der Partei.

### Die Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus.

Brüssel, 4. März. (Eig. Bericht.)

Heute hat eine sehr wichtige Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus begonnen, deren Verlauf bisher ein höchst erfreulicher ist.

Schon der Bericht des Sekretärs Camille Huysmans war ein sehr ermutigender, er bezeugt ein rasches Anwachsen des Sozialismus an den entferntesten Enden der Welt. Der nächstjährige internationale Kongress zu Stuttgart hat die beste Aussicht, Delegierte der sozialistischen Parteien von Rußland, Brasilien, China in seiner Mitte zu sehen.

Die Sitzung war eine sehr gut besuchte. Wenn die russische Sozialdemokratie (im engeren Sinne) ebenso wie die deutsch-österreichische nicht vertreten war, so hatte das seine guten Gründe. In Wien und im Innern Rußlands gibt es augenblicklich so viel zu tun, daß kein Mann entbehrt werden kann.

Antwefend sind unter anderen als Vertreter der Sieger von gestern, der englischen Arbeiterpartei, Keir Hardie und Hyndman, als Vertreter der wahrhaftigen Sieger von morgen aus Frankreich Jaurès und Vaillant, von Belgien Aesele und Vandervelde. Ferner Troelstra von den Holländern, Remée und Souly von den Tschechen, Rubanowitsch von den Sozialisten-Revolutionären Rußlands usw. Deutschland ist durch Debel und Kautsky vertreten.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Frage des Krieges verhandelt, die in den letzten Monaten eine so große praktische Bedeutung gewonnen hat. Nach langer und eingehender Beratung wurde einstimmig der Antrag Vaillant angenommen, dessen Wortlaut folgender:

„Sobald Ereignisse sich vor der Öffentlichkeit oder im geheimen vollziehen, die einen Konflikt zwischen verschiedenen Regierungen bekräftigen lassen und einen Krieg möglich oder wahrscheinlich machen, sind die sozialistischen Parteien der beteiligten Länder verpflichtet, aus freien Stücken und auf Einladung des Internationalen sozialistischen Bureaus mit einander in direkte Verbindung zu treten, um ein gemeinsames und übereinstimmendes proletarisches und sozialistisches Vorgehen festzusetzen und zu vereinbaren, das zur Verhinderung oder Verhütung des Krieges dienen kann.“

Gleichzeitig werden die sozialistischen Parteien der anderen Länder durch das Sekretariat des Bureaus verständigt und eine Verammlung des Internationalen sozialistischen Bureaus findet baldigst statt, um für den gesamten internationalen Sozialismus und die organisierte Arbeiterklasse die Aktion zu beschließen, die am geeignetsten ist, den Krieg zu verhindern oder zu verhüten.“

Diese Resolution verlangt von keiner sozialistischen Organisation Unmögliches, verpflichtet keine zu Schritten, die sie schädigen könnten, bringt aber die internationale Solidarität zur vollen Geltung, indem sie alle Maßnahmen zur Verhütung des Krieges zur internationalen macht, und weist damit auf das kraftvollste Mittel hin, den Krieg zu verhüten, soweit das Proletariat heute überhaupt imstande ist, dies zu bewirken.

Nachdem es diese Frage erledigte, nahm das Internationale Bureau heute noch eine andere von großer Bedeutung in Angriff, die der Vertretung und Abstimmung auf den internationalen Kongressen. Der Amsterdamer Kongress hatte bedeutende Mängel gezeigt, namentlich jene, daß die kleinste Nation auf seine Entscheidungen den gleichen Einfluß hatte wie die größte, und daß in Oesterreich und Rußland immer mehr die kleinen Nationen besondere sozialistische Organisationen bilden, die nach einer eigenen Vertretung auf dem Kongress verlangen und dadurch ebenfalls ein Uebergewicht der Kleinen über die großen sozialistischen Parteien herbeiführen können. Dies hatte eine Reihe von Vorschlägen veranlaßt. Die englischen Genossen hatten einen Entwurf der Organisation des Kongresses und des Internationalen Bureaus eingefandt. Ein Antrag, den Van Kol bei der letzten Sitzung des Bureaus gestellt, war von diesem unter Berücksichtigung mannigfacher Anregungen umgearbeitet worden. Endlich stellten bei der Sitzung selbst Vaillant und Debel Zusatzanträge zu dem Vorschlag des Bureaus.

Nach langen Debatten, bei denen Debel nach Vereinfachung der komplizierten Bestimmungen strebte, Jaurès und Vaillant den Standpunkt der Einheitlichkeit in der Vertretung jedes Staates, die Vertreter der verschiedenen slavischen Völkerschaften in der Sonderorganisation der verschiedenen Nationen eines Staates vertraten, wurden von der vorgeschlagenen Resolution des Bureaus folgende Punkte akzeptiert:

**Abstimmungs- und Vertretungsmodus der angeschlossenen Parteien:**  
I. Zu den internationalen sozialistischen Kongressen werden zugelassen:

a) Alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus zustimmen. Sozialisation der Produktions- und Austauschmittel; internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Klassenpartei organisierte Proletariat.

b) Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also gesetzgebenden und parlamentarischen Aktion anerkennen, jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung beteiligt sind. (Pariser Kongress 1900.)

II. Die einzige Grundfrage der Vertretung ist die Sektion. Jede Nation bildet eine Sektion.

Die Abstimmung der internationalen Kongresse wird in folgender Weise geregelt:

a) Die Abstimmung wird entweder durch Handaufheben vorgenommen oder nach Rationalitäten, wenn die vertretenen Nationen das wünschen.

b) Als Nationen werden die unter derselben Regierung stehenden Bevölkerungsmassen betrachtet. Jedoch darf das Bureau auch ausnahmsweise eine besondere Bevölkerungsgruppe als eine besondere Nation anerkennen, deren Streben nach Selbständigkeit und deren geistige Einheit als Folge einer langdauernden historischen Tradition anzusehen ist, mag sie unter einer oder verschiedenen Regierungen stehen.“

Ein Antrag von Debel, die Möglichkeit einer namentlichen Abstimmung zu schaffen, wurde abgelehnt.

Die Beratung weiterer Punkte dieser Resolution mußte wegen vorgerückter Zeit auf morgen verschoben werden. Es sollen dann auch noch Resolutionen von Troelstra und Hyndman über russische und von Pranting-Ropenhagen über skandinavische Angelegenheiten verhandelt werden. Die schwierigsten Punkte wurden jedenfalls heute schon erledigt.

Abends fand im Volkshaus ein Meeting statt.

Jaurès sowie der Engländer Hyndman und der Holländer Troelstra ergriffen nach einander das Wort und sprachen über das Thema „Krieg dem Krieg“. Jaurès erklärte die Haltung der französischen Sozialisten in Bezug auf die Marokkofrage und widerlegte die Behauptungen, welche von verschiedenen Seiten gegen die französischen Sozialisten erhoben worden seien, daß sie zugunsten des Auslandes wirken. Er erklärte, die Taktik der Sozialisten gehe dahin, daß kein Land, welches es auch sein möge, gedemütigt werde. Hyndman drückte die Hoffnung aus, daß die englische Sozialdemokratie weitere Fortschritte machen möge. Auch Troelstra wies auf die Fortschritte des internationalen Sozialismus hin.

Als letzter Redner ergriff der Russe Kutschakow das Wort und zeichnete ein Bild der russischen Revolution und ihrer Folgen. Redner erteilte stürmischen Beifall. Die Versammlung war von über 3000 Personen besucht. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche vorher von dem Internationalen sozialistischen Bureau gebilligt war und welche besagt, daß in Zukunft die Sozialisten aller Länder bei jedem Anlaß, wo dem Frieden Europas Gefahr drohe, sich untereinander verständigen müssen, um eine Störung des Friedens zu verhindern.

### Anklage wegen Majestätsbeleidigung in Finnland.

Auf Veranlassung der Oberverwaltung für Presseangelegenheiten hat das Justizdepartement des Senats dem Jaren anheimgegeben, gegen die Zeitung „Arbetaren“, das in schwedischer Sprache in Helsingfors erscheinende sozialdemokratische Organ, Anklage wegen

Majestätsbeleidigung zu erheben, und zwar eines Artikels wegen, der von der Situation in Petersburg handelte, und eines Gedichtes wegen, das den Titel: „Eines russischen Revolutionärs Lied“ trug.

Die Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen ein anderes Blatt „Bynen“ betrafte, lehnte das Justizdepartement ab.

### Kongress der belgischen Arbeiterpartei.

Auf der Tagesordnung des am 15. und 16. April in Brüssel stattfindenden Kongresses stehen folgende Punkte: Obligatorischer Schulunterricht und Schulfrauen; die nächsten Parlamentswahlen (im Mai 1906); der Alkohol in den Volkshäusern; die sozialistische Presse und die gesetzlichen Feiertage. Der letztere Punkt kommt auf Antrag der sozialistischen Schriftsteller auf die Tagesordnung. Es handelt sich um die Frage, ob nicht in den Redaktionen und Druckereien der sozialistischen Blätter die Sonntagsruhe durchgeführt werden sollte. Jetzt erscheinen nämlich die sozialistischen, wie übrigens auch die bürgerlichen Blätter Belgiens an allen sieben Tagen der Woche. In dieses Abänderungssystem, das leider über alle romanischen Länder verbreitet ist, versuchen die sozialistischen Schriftsteller Belgiens berechtigterweise Vorschläge zu schlagen.

Ins Wasser gefallen! Eine große Aktion aus Anlaß der Flugblattverbreitung vor dem 21. Januar hatte die Staatsanwaltschaft in Straßburg eingeleitet. Gegen eine Anzahl Genossen war das Verfahren aufgenommen wegen Landverrat und Aufreizung! Der Liebe Nähe war vergebens. Allen Sündern ist nun mitgeteilt worden, das Verfahren sei eingestellt.

## Soziales.

### Schul des Bergbaus.

Vor der Saarbrücker Strafkammer wurde die Ehefrau J. R. aus Diebelskirchen beim Kohlenraffen auf der Berghalde der Grube erwischt. Sie behauptet, sich in Notlage befinden zu haben. Da Rückfall vorliegt, entscheidet das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten“. So berichtet Lutz und hündig der Gerichtsberichterstattung der bürgerlichen Presse. Der mit den Verhältnissen weniger Vertraute wird durch das exorbitant hohe Strafmaß der Meinung sein, daß es sich um ganz wertvolle Objekte handeln müsse; dem ist jedoch nicht so. Bei der Abfuhr der „Bergen“ (Felsenstücke), die in der Nähe der Gruben zu mächtigen Bergen aufgetürmt werden, ist es nicht zu umgehen, daß auch einzelne Kohlenstücke mit dazwischen kommen und mit den Felsstücken auf die Berghalde abgeführt werden. Die ärmere Bevölkerung der Grubenorte sucht sich, mühselig auf den Halben herumkletternd, diese Kohlenstücke zusammen, um dadurch ihre Haushaltsaufgaben etwas zu verringern. Der Bergbau macht auf diese Kohlen, da er sie selbst nicht sammeln läßt, keine Eigentumsansprüche, wodurch ihre Wertlosigkeit für ihn festgestellt ist. Nichtsdestoweniger ist das „Kohlenraffen“, wie diese Tätigkeit genannt wird, verboten, wie man sagt aus Rücksicht auf die Gefahr, der die „Kohlenraffer“ ausgesetzt sind. Das richtige Motiv des Verbotes scheint uns aber nicht in der eingebildeten Gefahr, als vielmehr in dem entstehenden Einnahmeausfall des Fiskus zu liegen und die Gerichte beurteilen die Straftat ziemlich streng, wie das obige Urteil, das nicht vereinzelt dasteht, zeigt. Uns ist es unerfindlich, wie ein Gericht auf Diebstahl erkennen kann, wenn der „Bestohlene“ selbst erklärt, daß er an den gestohlenen Sachen keine Eigentumsansprüche geltend macht und sie als für ihn wertlos erklärt.

Ueber die Frage, ob ein Jopf eine fremde bewegliche Sache sei, die im Eigentum eines anderen steht, wird des langen und breiten in einem Prozeß gegen einen Studenten getritten, der in gemeinschaftlicher Weise Mädchen ihres Haarschmuckes beraubt. Aber die Frage, ob für den Eigentümer wertlose Kohlenstücke gestohlen werden können, macht keine großen Kopfschmerzen. Es gilt als selbstverständlich, daß der Bergarbeiter das Bewußtsein haben müsse, er dürfe nicht mehr wie seine Vorfahren Kohlen raufen. Tut er es, dann: 4 Monate Gefängnis! Der Umstand, daß trotz so hoher Strafen das Kohlenraffen nicht aufhört, sondern die Verurteilungen in rascher Aufeinanderfolge als früher stattfinden, wirkt ein großes Streiflicht auf die „Wohlhabenheit“ der Bergarbeiterbevölkerung, die ja in Hilger-Krämer-Prozeß eine so große Rolle spielte und zeigt uns auch, daß nur die bitterste Not die Leute zu dieser wenig angenehmen Tätigkeit zwingt.

**Freizügigkeit und Unterstützungswohnung.** Die „Medenburgische Volkszeitung“ berichtet folgenden drastischen Fall verurlichter Unterbindung der Freizügigkeit.

Einer Frau Range in Neu-Hohenselde bei Doberan ging in diesen Tagen von dem Ortsvorstande (nämlich dem Schulzen und den beiden Schöffen) folgendes Schriftstück zu:

„Sie werden hierdurch aufgefordert, den bei Ihnen wohnenden Töpfer H. Ostern d. J. zu kündigen, damit er in der hiesigen Gemeinde keine Heimat gewinnt. — Zugleich geben wir Ihnen ernstlich zu bedenken, daß, falls Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, die Gemeinde Ihnen etwa entstehende Unkosten zur Last legen wird.“

Hohenselde, 26. Januar 1906.

Der Gemeindevorstand:

H. Reinko, J. Krusch, H. Penzien.“

Und warum soll der Töpfer H. aus Neu-Hohenselde abgehoben werden? Er wohnt seit 1903 in Neu-Hohenselde und hat noch nie von der Gemeinde etwas verlangt, ist auch nicht unterstützungsbedürftig. Aber, weil auf ihm und seiner Frau mehr als auf vielen andern Menschenkindern „Gottes Segen“ ruht, nämlich: weil er sieben Kinder hat, befürchtet der Gemeindevorstand, H. könne einmal in Not geraten und dann der Gemeinde Hohenselde Unkosten verursachen. Ein derartiges Vorgehen ist mit dem Freizügigkeitsgesetz unvereinbar, zumal es sich nicht um einen Neuanziehenden handelt. Es liegt aber die Befürchtung nahe, für den Fall des Zusammenbruchs der Unterstützungswohnung-Rovelle wird die Abweisung Neuanziehender, die nicht wohlhabend sind, noch stärker werden als sie schon heute ist.

## Aus Industrie und Handel.

**Reichsbank.** Auf 6,15 Proz. gegen 7,04 Proz. im Vorjahre setzte die Generalversammlung der Reichsbank die diesjährige Dividende fest. Zu berücksichtigen ist, daß das Aktienkapital um 30 Millionen Mark auf 180 Millionen Mark erhöht wurde. Der Gesamtgewinn des Jahres 1905 betrug 45 247 234 M. Hieran kommen zunächst in Abzug die Verwaltungskosten mit 15,81 Millionen Mark. Kosten für Banknotenanzertigung 0,47 Millionen Mark, vertragmäßige Zahlung an den preussischen Staat 1,86 Millionen Mark, Banknotensteuer 1,65 Millionen Mark, auf zweifelhafte Forderungen reserviert 30 807 M., Verlust beim Verkauf von Grundstücken 2905 M., unregelmäßige Zuschreibungen 100 M. Der Reingewinn beträgt 25 406 367 M. Die Dividende beansprucht 11 070 000 M. Der Reichskasse stehen mit 14 329 000 M. diesmal etwa 1 600 000 M. weniger zu als 1904. Das liegt daran, daß die Reichskasse mit  $\frac{1}{4}$  desjenigen Betrages an dem Gewinne partizipiert, der nach Ausschüttung einer  $\frac{1}{2}$ prozentigen Vordividende an die Aktionäre verbleibt. Die Vordividende beansprucht diesmal 6 300 000 gegen 5 250 000 M. in 1904.

Gegen das Vorjahr stieg der Gewinn um 3690 M., die Verwaltungskosten stiegen um 75 000 Mark. Die Banknotensteuer abforderte ein Mehr von 54 000 M., der Reingewinn ging um 44 193 M. zurück, trotzdem werden für Dividenden 510 000 M. mehr aufgewendet. Das Register der Eigentümer wies am 30. Dezember 1905 neben 15 559 Inländern auch 2019 Ausländer auf.

**Die Bergbau Akt.-G.** Die Gesellschaft erzielte im letzten Jahre bei einer Förderung von 30,2 Millionen Hektoliter einen Bruttogewinn von 3 204 000 M. Im vorigen Jahre betrug die Förderung



29 Millionen Hektoliter, der Ueberschuß 2 878 000 M. Die Förderung stieg um 0,04 Proz., der Gewinn aber um 0,14 Proz. Da haben die „hohen“ Arbeiterlöhne wieder mal nicht den Gewinn der Gesellschaft geschmälert. Obwohl der Absatz an Ziegelsteinen bei einer geringen Produktionssteigerung um 500 000 Stück zurückgegangen ist, wodurch die Einnahmen ungünstige Beeinträchtigung erlitten, wurde im letzten Jahre pro Hektoliter Kohlenförderung ein Ueberschuß von 0,109 M. erzielt, während der Ueberschuß des Vorjahres sich auf 0,0909 M. beziffert. Da, wie der Geschäftsbericht vermerkt, die Produktion dieses Jahres zu nochmals gestiegenen Preisen verkauft ist, dürfte es an der Zeit sein, die niedrigen Löhne der Arbeiter den gestiegenen Gewinnen anzupassen.

„Gibernia“. In der am 5. d. M. abgehaltenen Aufsichtsrats-Sitzung der Bergwerks-Gesellschaft „Gibernia“, Bern, wurde auf den Bericht der Rechnungsrevisoren die vorgelegte Bilanz für 1905 festgestellt. Es wurde beschlossen, von dem abzüglich aller laufenden und außergewöhnlichen Betriebsausgaben sowie der Anteilsbesitzer von 861 800 M. verbleibenden Bruttogewinn von 9 649 075,59 M. (einschließlich des Vortrages von 1904 von 175 737,37 M.) 3 101 210,50 M. zu Abschreibungen auf Inventarposten zu verwenden und vom dem verbleibenden Rest die Verteilung von 11 Prozent Dividende, und zwar: a) von 53 500 000,— M. (alte Aktien), b) von 1 625 000,— M. (erste Einzahlung von 25 Proz. auf nom. 6 500 000,— M. Aktien der Emission vom 27. August 1904) für ein volles Jahr, c) von 1 625 000,— M. (zweite Einzahlung von 25 Proz. auf vorgenannte Remission) für ein halbes Jahr unter Vortrag von 63 909,87 M. auf neue Rechnung, der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen.

Landwerb der Schottischen Großhandels-Gesellschaft in Kanada. Zu dem Projekt der Schottischen C. W. S., in Kanada eine Ansiedlung zu errichten, auf der zunächst Getreide angebaut werden soll, liegt nunmehr, nach der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, der Bericht einer von der Schottischen C. W. S. nach Kanada entsandten Spezialkommission vor. Die beiden Herren Delegierten sind nach eingehendem Studium der Materie zu dem Entschluß gekommen, der Schottischen C. W. S. zu empfehlen, noch ehe der Herbst kommt, zu Winnipeg sich niederzulassen. Das von der Kommission zum Ankauf empfohlene Gebiet umfaßt 100 000 Acres (1 Acre = 40½ Ar), also insgesamt circa 7 Quadratkilometer. Da von der Schottischen C. W. S. wünschenswert circa 72 000 Bushels (Scheffel) Weizen vermahnt wurden, von denen mindestens 50 000 kanadischer Probenart sein dürfen, hat das Projekt alle Aussicht, bald verwirklicht zu werden. Man will damit einerseits der Spekulation der Kornhändler nicht mehr unterworfen sein, andererseits will die Leitung der Schottischen C. W. S. ihren großen Weizenbedarf nicht mehr durch viele unnötige kleine „Kanäle“ beziehen, sondern folgerichtig den Produzenten und Konsumenten selbst bilden. Endlich wird der Plan von der Spezialkommission auch noch deshalb empfohlen, weil dadurch die Kapitalien der Schottischen C. W. S. sicher und gewinnbringend untergebracht werden könnten.

Preiserhöhung. Der Preiskauf in Rohmaterialien folgen nun auch Erzeugnisse. Nach der „R. Volksztg.“ erhöhten die nieder-rheinisch-westfälische, die unter-rheinische, die hessen-nassauische und die süddeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisengießereien die Preise um eine Mark für hundert Kilogramm und die Stückwarenpreise um die entsprechenden Prozentätze. Die Preiserhöhungen betreffen bei der nieder-rheinisch-westfälischen Gruppe sämtliche Gußwaren, also Gabeln, Maschinen- und Waagen vom 15. Februar 1906 ab, bei der unter-rheinischen Gruppe Handlungsgüter, Bau- und Maschinen-güter für rheinische Fabriken vom 10. Februar 1906 ab, bei der hessen-nassauischen und der süddeutschen Gruppe Waagen, Maschinen-güter und Guß für rheinische Fabriken vom 17. Februar 1906 ab.

Wozu Rußland Geld braucht. Viele Millionen hat der russische Korruptionssumpf schon verschlungen. Bitte ist auf der Suche nach weiteren Summen. Wie in Rußland mit den Geldern gewirtschaftet wird, darüber gibt interessante Aufschlüsse ein Bericht des vor einigen Monaten verstorbenen General Zepizki, Chef des X. Armeekorps der Kriegsmarine in der Mandchurei. (Veröffentlichung in „Ruhj“.)

Der Ausgang des Krieges war nur das Schlusergebnis der Art der Erziehung und Ausbildung der Armeen. Unsere Armeen scheitern die unvollständige, unangenehmste und unpatriotischste der Welt zu sein. Das Volk sollte ununterrichtet bleiben und der Kriegsminister, „in seiner unaufhörlichen Sorge“ für die Entwicklung des Unterrichts zeigte in seinem Etat die jährliche Ausgabe von 10 Kopelen (21 Pf.) pro Mann der aktiven Armeen für diesen Zweck an.

Ich war, fährt der General Zepizki fort, Zeuge des Chinazuges und, da ich die unausbleiblichen Folgen vorausah, warnte ich zu wiederholten Malen. Aber der leichtsinnige Alexejew wollte an diese Warnungen nicht glauben und war in Port Arthur mit Herbeiführung einer zweiten Panamafare beschäftigt. Als im März 1904 bei einem der Hospitäler sich plötzlich eine dringende Ausgabe von 800 Rubeln herausstellte, kam die Bewilligung hierzu im Juni 1905. Aber als der General R. die Verwaltung des Kriegsministeriums übernahm, da war das Allererste was geschah, — die Erweiterung eines Hauses auf der Moskwastraße für 1 Million Rubel und die Einschreibung in den Etat von 40 000—60 000 Rubel an jährlichen Unterhaltungskosten. Inzwischen existierte bereits ein Haus für den Kriegsminister — aber dieses Haus wurde dem früheren Minister Bonnowski zur lebenslänglichen Benutzung und unter Gewährung eines erheblichen jährlichen Betrages für Unterhaltung überlassen. Dem neuen Kriegsminister gefiel es, im Kräm für den Sommer eine Villa zu besitzen, und sofort wurde hierfür ein ganzes Rittergut für 25 000 Rubel Pachtzins gemietet.

Der Vorsteher des Generalstabes bezieht bei freier Dienstwohnung usw. etatsmäßig 18 000 Rubel Gehalt, dazu erhielt er an Extrahonoraren im Laufe der letzten fünf Jahre nicht weniger als 60 000 Rubel.

Die erste Amtshandlung des bekannten Spitzjäger nach seiner Ernennung zum Minister war der Umbau und die Neueinrichtung seiner Dienstwohnung nach eigenen Skizzen und Entwürfen. Dem Staat kostete dies 500 000 Rubel.

Bei seinem Aufenthalte in Berlin besuchte General Zepizki oft den Grafen Caprivi, der mit seiner Schwägerin in einer Mietwohnung sechs Zimmer bewohnte und sich nicht scheute, Wiestroschken zu benutzen. Woran liegt es aber, so schließt Zepizki, daß das arme Land der Welt, wo jährlich die Hälfte der Bevölkerung des Hungers stirbt (man bedauere z. B. das nirgends die Säuglingssterblichkeit so groß wie in Rußland ist), sie für die Minister und andere Hofchargen Paläste übrig hat, als ob es alle Jaren wären.

Die mit sehr vielen Beweisen belegten Klagen des Zepizki werden aber beinahe noch übertroffen durch die Schilderungen eines anderen hochgestellten russischen Militärs Martynoff über die vom Grunde aus korruptierte Oberleitung der gesamten russischen Armeen. Nach solchen Stimmungen aus den Kreisen der Wissenden kann man sich ungefähr ausmalen, wohin ein Teil der neuen Anleihen, wofür Rußland im Auslande Placement sucht, wandern wird.

## Verfammlungen.

Die Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am 4. März eine sehr stark besuchte Generalversammlung ab. Der Bevollmächtigte Cohen gab den Jahresbericht, der spezialisiert gedruckt vorlag. Im verflochtenen Jahre wurden ohne Arbeits einstellen in einer größeren Zahl von Fällen Vorteile, zum Teil ganz erhebliche, herausgeschlagen. 15 Angriffstreife und 20 Abwehrstreife fanden statt. Neben der großen Ausperrung in der Elektrizitätsindustrie, bei der rund 30 000 beteiligt waren, hatte man noch eine Ausperrung von 90 Mann. Die Mitgliederzahl überstieg 50 000. Ende 1905 hatte die Verwaltungsstelle Berlin 57 473 zahlende Mitglieder, während es Ende 1904 erst 44 875 waren. Cohen rügte die immer noch zu große Fluktuation. Der Arbeits-

nachweis hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Während 1900 an offiziellen Vermittlungen nur 980 zu verzeichnen waren, so im Jahre 1905 schon 9140. Das heißt, in einem Zeitraum, wo sich die Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle etwas mehr als verdoppelte, stieg die Zahl der offiziellen Arbeitsvermittlungen durch den Nachweis der Verwaltungsstelle um das Fünffache. — Bei Behandlung des Punktes „Rechtsschutz“ hielt Redner gründlich Abrechnung mit dem Polizeilampf gegen Streikposten, wobei er die entsprechende Gerichtspraxis kritischer Beleuchtung aussetzte. Das schönste Denkmal dieser Praxis ist wohl die einfache Mitteilung der Tatsache, daß zwei Streikposten, die sich in menschenerleerer Straße allein mit einem Schutzmännchen befanden, gemäß der famosen Polizeivorschrift als Menschen behandelt wurden, deren Verweilen in der Straße geeignet gewesen sei, die Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gefährden. — An der Kaiserfeier beteiligten sich durch Arbeitsruhe bedeutend mehr Kollegen als in früheren Jahren. Dieses Jahr wird Rebel bei den Metallarbeitern am 1. Mai sprechen. (Dravot!) Ueber die Kassenverhältnisse im Jahre 1905, wozu der Mandant Behold einige Erläuterungen gab, gibt ebenfalls der gedruckte Jahresbericht nähere Auskunft. Man rechnete in dem Jahre mit einer Geldbewegung in der Berliner Verwaltungsstelle, die alles in allem etwa 2 800 000 M. umfaßte. — Die Abrechnung für das 4. Quartal, zu der auch Behold sprach, weist für die Hauptklasse einschließlich eines infolge der Anforderungen aus der Elektrizitätsausperrung erfolgten Zuschusses der Hauptklasse des Verbandes von 235 000 M. insgesamt eine Einnahme von 527 095,95 M. auf. — Nach Abzug aller Ausgaben, darunter 291 833,25 M. Streikunterstützung und 76 877,05 M. für die Verbandshauptkasse verblieb am 31. Dezember 1905 ein Bestand von 98 205,69 M. Die Lokalkasse rechnete im 4. Quartal mit einer Gesamteinnahme von 426 050,87 Mark. Am 31. Dezember 1905 hatte sie einen Bestand von 227 622,75 Mark. — Unter den Ausgaben der Lokalkasse befinden sich 156 395,25 Mark Streikunterstützung. — Zur Unterstützung der bei der Ausperrung in der Elektro-Industrie beteiligten Nichtvolberechtigten und Unorganisierten kamen 141 224,91 M. ein. — Behold trat den Gerüchten entgegen, wonach das Grundstück für das Verwaltungsgelände der Berliner Verwaltungsstelle des Verbandes wegen außerst schlechten Baugrundes viel zu teuer gekauft sein soll. Er bezeichnete diese Gerüchte als ungeheure Ueberschreibungen und erläuterte die Verhältnisse eingehend. — Nach kurzer Debatte wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Als erster Bevollmächtigter wurde Cohen wiedergewählt mit etwa Dreiviertel der abgegebenen Stimmen. Zum zweiten Kassierer wählte man Henning, zum Revisor Karl Schmidt und zu Beisitzern Menz und Wuse. — Der zweite Kassierer und der Ausgabler der Arbeitslosenunterstützung sollen von jetzt ab pro Vierteljahr 25 M. Mantelgeld erhalten.

Zum Schluß machte Cohen auf die Bedeutung der bevorstehenden Lohnbewegungen aufmerksam, namentlich auf die der Formen- und Bierarbeiter, die sich über ganz Deutschland erstreckt.

Sparverein für Präsidenten zur Ausführung der Feuerbestattung Mittwoch, den 7. d. M., abends 8½ Uhr, Versammlung bei Ostrowitz-Schillingstr. 24. Galt sehr willkommen.

## Vermischtes.

Von der amerikanischen Bühne. Wie der „New York Herald“ berichtet, erzielte letzten Freitag eine Neuheit auf der modernen amerikanischen Bühne in New York einen ungeheuren Erfolg. „The Roadskin“ („Die Rothhaut“) hielt das neue Jugendlid, in dem der Indianer auftritt, darunter sechs echte Sioux-Krieger. Die Hauptrollen werden von amerikanischen Schauspielern, als Indianer maskiert, gespielt. Kriegstänze, Duell mit Tomahawks und andere Bilder aus dem indianischen Lagerleben amüsierten das Publikum prächtig, und als der größte Schuft oder Held des Stückes am Martertypfahle die größten Qualen leiden mußte und schließlich lebendig verbrannt wurde, da stieg die Vegetation aufs Höchste. Der Gang der Handlung ist voll von Absurditäten, aber das tut nichts, der Erfolg ist gesichert durch die Eigenart und eine großartige Ausstattung. Man sieht zum Schluß die ewigen Jagdgesinde mit einem Indianer im Sahn auf dem Totensuh. Der Indianer stimmt den Totengesang an und strebt seinem erträumten Paradies entgegen.

Zu dem Untergang einer Dronheimer Fischerskiffle wird aus Dronheim gemeldet: Nach den von Dampfern an der Küste und bei den Inseln vorgenommenen Untersuchungen scheint das Unglück, von dem die Fischerskiffle der hiesigen Gegend betroffen wurde, einen weniger großen Umfang zu haben, als anfangs befürchtet wurde. Nach den letzten amtlichen Mitteilungen werden elf Boote mit insgesamt 84 Mann vermißt, wovon die meisten Familienmitglieder sind.

Ein Lawinensurz zerstörte am Sonntag, wie aus Dabos gemeldet wird, die Barjennhütte am Mittelgrat zwei Skifahrer wurden getötet, ein dritter dagegen verschüttet. Die alpine Rettungskommission in Dabos begab sich sofort mit einer Rettungskolonie auf den Weg. Es gelang ihr, Schlerer zu retten, der sich vier Stunden unter den Schneemassen befunden und einen Beinbruch erlitten hatte.

Wirbelsturmkatastrophe auf Madagaskar und den Gesellschaftsinseln. Von einem heftigen Wirbelsturm, der bereits am 7. und 8. Februar die Gesellschaftsinseln heimgesucht und schweren Schaden angerichtet hat, bringt erst jetzt der Dampfer „Mariposa“ nach einer Meldung des „Reuterischen Bureau“ aus San Francisco nähere Mitteilungen. Die Küstenstadt Papeete auf Tahiti wurde überschwemmt; 75 Häuser sind zerstört, darunter das amerikanische Konsulat und die französische Regierungsgebäude. Man fürchtet, daß viele Menschen umgekommen sind. Auch andere Inseln und die Schifffahrt haben schwer gelitten. Wie die Offiziere des Dampfers noch berichteten, gingen dem Wirbelsturm schwere Seen voraus, welche ganze Dörfer wegschwemmten; die Schiffe, die im Hafen von Papeete auf Tahiti lagen, vermochten sich zu retten. Der französische Gouverneur und der englische Konsul wandten sich an ihre Regierungen um Unterstützung für Hunderte obdachlos gewordener Personen. Einem San Franciscoer Blatt wurde gemeldet, es seien mehrere Inseln verschwunden und an zehntausend Personen umgekommen; diese Meldung ist jedoch unbefähigt.

Zu dem Hochwasser in Westdeutschland ist zu melden, daß die Ueberschwemmungen des Rheines ernstliche Verkehrsstörungen verursacht haben. Wie aus Köln vom Sonntagabend gemeldet wird, ist der dortige Pegel um weitere 50 Zentimeter, also auf 6,70 Meter gestiegen. Die Schifffahrt auf dem Rhein ist entgegen Meldungen anderer Blätter, nicht eingestellt worden. Die Ruhehäfen sind mit Schiffen angefüllt. Sämtliche Kohlenkipper sind gesperrt. Außer an der Mosel fanden auch an einigen Stationen Dammrutsche statt, wodurch ein Gleis Köln—Bieken gesperrt ist. Zahlreiche kleinere Dörfer an der Mosel und Rhein sind schwer heimgesucht. Die Düsseldorf-Rheinwerft ist vollständig überschwemmt, so daß jeder Betriebsbetrieb eingestellt werden mußte. Da am Sonntag hares Wetter eingetreten ist, hofft man in den Rheinstädten, daß der Höhepunkt des Hochwassers erreicht ist. Nach den letzten Meldungen beginnt der Rhein tatsächlich langsam zu fallen. Auch vom Oberrhein und der Mosel wird gemeldet, daß das Wasser im Fallen begriffen ist. Der Einsturz eines Hauses in Siegburg steht in gar keinem Zusammenhang mit dem Hochwasser.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 23. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hervor: Algerien. — Der amerikanische Arbeiter. Von R. Kautsky (Herausgänger). — Reumter als Propaganda der Arbeiter. Von G. — Die österreichische Wahlreform. Von Dr. Fritz Winter. — Einige Dokumente aus der letzten revolutionären Bewegung. Von R. Kautsky. — Literarische Rundschau: Paul Kampffmeyer, Die Prostitution als soziale Klassenfrage

und ihre sozialpolitische Bekämpfung. Von Therese Schlegel-Köhler. Ernst Reiterborn, Die angebliche Notwendigkeit des Beschränkungsmaßes für die Fabrikarbeiter in der Holzgewerbe. Von Lea Heiden-Deutschemann.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 5 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der sozialdemokratische Wahlkreiskampf. Von G. L. — Heinrich Heine und die Frau. Von Ernst Winkler. — Von der Heimarbeiter-Industrie in Berlin. III. Schuhbinder, Portefeuille, Kartonnagen- und Papierwarenindustrie. Von G. Sch. — Das Frauenstimmrecht im Reichstage. I. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die erste Konferenz deutscher sozialistischer Jugendorganisationen. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Von Luise Jek. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Vorkriegszeit: Soziale Gesetzgebung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Säuglinge. — Familien: Gedichte von Heinrich Heine.

Frauen-Beilage: Keimung. Von G. Heine. (Gedicht). — Unsere Gesundheit: 10. Säuglingspflege. Von Dr. Adams-Dehmann. (Schluß). — Sexuelle Fragen: 2. Aufklärung der Jugend. Von Herr. Jürst. — Die Walfahrt nach Kenia. Von G. Heine. (Gedicht). — Die Stellung der Frau bei den Völkern Arabiens. Von J. Guitzeit. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 5. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Zum Antritt des Hofmarschall“ und „Der fröhliche Mann von Paros“ sowie die weiteren Illustrationen „Seine Ideale“, „Summa cuius“, „Athenentum“, „Unter den Linden“, „Gottesdienst“, „Der Kammerjäger in Asten“, „Von der Spezialitätenbühne des Deutschen Reiches“, „Karnaval“, „Achermitzmoos“ und „Belagerung“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Höllens Erntedankfest“, „In der Schlingelade“, „Jesus Wusch“, „Der perfekte Staatsmann“, „An Ferdinand Freiligrath“, „Unter Rot für Herrensüßwähler“, „Seidenfäden“, „Gedächtnisfest“, „An Hödur“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Erzählung „Das geisterte Bekamerdereit“ von Rudolf Krafft.

Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erteilt.

- N. R. 100. Der Ortskassenkassier gehört man durch Geheh infolge der Beschäftigung an. Es ist unzulässig, durch Kasstentat unzulässige Unterstutzung oder vorzuschreiben, daß ein Arbeiter nur Gelunde einstellen dürfe und dergleichen. 2. Der Revisor ist leider gültig. — N. R. 26. 1. Der Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband ist in Berlin an den Polizeipräsidenten zu richten. Verlangt werden kann die Beibringung des Nachweises, daß der Antragsteller Angehöriger eines deutschen Staates ist. In Württemberg sollen solche Staatsangehörigkeitsausweisungen die Kreisverordnungen zu Ludwigshafen, Elwangen, Reutlingen und Ulm aus 2. Ja. 2. Ja. — G. 2. 8. Erwähnen Sie mit Ihrer Frau ein wechselseitiges Testament. Ein Beispiel dafür finden Sie Seite 328 Nr. 55 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — G. 2. 79. Falls nicht aus dem Status das Gegenteil erhellt, ist die Kasse leider im Recht. — G. 12222. Die Trauungen sollen großjährig oder für großjährig erklärt sein und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Sie können verheiratet oder unverheiratet, männlich oder weiblich, deutsch oder ausländisch, mit dem Verlobten oder dem Standesbeamten oder miteinander verlobt oder verheiratet sein. — N. 2. 39. 1. Sie befinden sich im Verzug. Seite 168 Ziffer 2 sowie Seite 170 § 4 Nr. 2 des von Ihnen benannten Buches legt dar, daß eine solche Forderung zulässig ist. 2. Die Firma befindet sich im Recht. Im übrigen ist der Wortlaut des uns unbekanntem Urteils erscheidend. — C. 2. Für den Mann ja wohl. — N. 47. 1. Rein, es sei denn, daß schriftlich etwas anderes vereinbart ist. 2. Rein, 3. Ihre Bruder müßte schon Mitglied des Verbandes werden. 4. 1. und 5.: Wenden Sie sich an das Sekretariat. 6. Die Aufforderung wäre zweckmäßig. — G. 2. 100. In 30 Jahren. — N. 2. 102. Das von Ihnen beschriebene ist eine schwere Beleidigung. Sie sollten durch Ihren Vater wegen Beleidigung klagen, falls ein Beweis möglich ist. Einen Schadenersatzanspruch können Sie nicht machen. — N. 1. 10. — N. 2. 1876. 1. Rein, 2. Ja. Aber Sie brauchen die Kriegsjurist nicht zu haben. — N. 2. 38. Der Wirt ist im Recht, falls Sie im Verträge die Ersatzpflicht für getrocknete Scheiben übernommen haben. — N. 2. 1. 1. Rein, 2. Jus primas noctis. — N. 2. 1000. Nur der Meister oder der mit der Ausbildung vertraute Gehilfe darf das väterliche Nachjüngerecht ausüben, eine Uebersetzung ist strafbar. Strafantrag ist an die Staatsanwaltschaft zu richten. — N. 2. 7. Ehebruch ist strafbar, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden wird und der beledigte Ehegatte Strafantrag stellt. Als Strafe ist zwischen einem Tag und sechs Monaten angedroht. — N. 2. 10. — N. 2. Wilmersdorf. Nehmen Sie die Zahlung ab. Wählrecht verliessen Sie dadurch nicht. Ein Sohn ist rechtlich zur Unterstützung seiner Mutter nur soweit verpflichtet, als er hierzu ohne Beeinträchtigung des handlungsfähigen Unterhalts seiner eigenen Familie im Stande ist. — N. 2. 72. Leider nein. Sie sollten aber einen Antrag stellen. — G. 2. 130. Der Verein würde zur Zahlung verurteilt werden, wenn angenommen wird, der der Firma erteilte Auftrag ist im Auftrag des Vereins erfolgt. — N. 2. 42. 1. u. 2.: Rein, aber strafbar. 3. Ohne nähere Bezeichnung ist eine Antwort unmöglich. Sie erhalten Auskunft in der Handeltammer Dorotheenstr. 4. Armeestrasse 5. Ja. — G. 2. 77. N. 2. 1. Wiederholen Sie die Anfrage. — G. 2. 10. Leider steht Ihnen weder gegen den Rinderjährigen noch soweit ersichtlich gegen den Verein ein Anspruch zu. — G. 2. 23. Wenn Sie gewonnen, nein. Im übrigen müßten wir es ablehnen, ohne ausführliche Darlegung und Einsicht in die Akten Einschlüsse über scheidende Prozesse abzugeben. — G. 2. 100. Eine schriftliche Uebersetzung würde genügen; aber sowohl eine schriftliche wie eine gerichtliche oder notarielle Uebersetzung des Eigentums des Mannes auf die Frau ist unzulässig und kann bestraft werden, wenn sie zwecks Vermögensübertragung von Gläubigern statifindet. — 100. Eintrag. Rein. Die Zugehörigkeit zur freien Hilfsklasse genügt. — Luisel 2. Die Herrschaft ist verpflichtet, für die Dauer von 6 Wochen aber nicht über die Dienstzeit hinaus dem erkrankten Dienstmädchen Kur und Verpflegung zu gewähren. Es kann aber der hierfür vorausgabte Geldbetrag auf den Lohn angerechnet werden, der für die Krankheitsdauer zu zahlen wäre. Ueber die Zeit Stellung zu suchen, muß eine gütliche Vereinbarung statifinden, im Wege der Klage ist das nicht zu machen. — N. 2. 97. 1. Ja. 2. Ihre Vermutung hat Aussicht auf Erfolg. — N. 2. 10. 1. Rechte und Pflichten aus einem Statut sind ohne Einsicht in dasselbe nicht zu beurteilen. Beantragen Sie Ertrag der Summe bezw. Bezeichnung von der Verpächter der Zahlung bei der Ausschreibungsbehörde (Geneberdeputation, Straßlastr. 1—3), event. wäre lediglich Ihre Frau, nicht aber Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Die einzelnen Resultate der Reichstagswahlen können Sie sowohl aus dem Arbeiterkalender wie in jeder öffentlichen Bibliothek aus Spekt, Reichstagsmahlen, ersehen. Wir leihen es ab, über einzelne Kreise im Briefkasten Mitteilung zu machen. — G. 2. 13. Unter der Voraussetzung, daß die Reise ins Ausland vor Beginn der Militärpflicht stattfand, wird wahrscheinlich inzwischen schon Verurteilung in der Abwesenheit zu einer Geldstrafe oder einer geringen Freiheitsstrafe erfolgt sein. Die Verjährung richtet sich nach der Höhe der Strafe, in Ihrem Falle mag sie 5 Jahre betragen. Die Verjährung wird aber durch jede Handlung des Richters, die gegen den Täter gerichtet ist, unterbrochen. Vor dem 22. Lebensjahre dürfte es nicht ratsam für Ihren Freund sein, wiederzukehren, es sei denn, er will in die Ferienkolonie einziehen. — Ober-Schneeweide. Sie können ausdrücklich das Geld verweigern. — 5555 R. 1. Ja. Die Eheleute sollen ein wechselseitiges Testament machen. 2. Pfändung kann vorgenommen werden. — C. 2. Die Schadenersatzpflicht ist zweifelhaft. Eine Klage hätte nicht unbedingt Aussicht auf Erfolg. — N. 2. 120. Die Behauptung, Sie lägen, wird allerdings in der Regel als Beleidigung angesehen. — N. 2. 29. Der Verwalter ist, wie wiederholt ausführlich dargelegt ist, im Recht. — N. 2. Uns unbekannt. — N. 2. 118. Rein. — N. 2. 57. 1. und 2. Ja. — N. 2. 24. 2. Lediglich für den Fall der Verheiratung kann die Hälfte der Aktienmarken zurückgefordert werden, wenn die Frau vor der Heirat mindestens 200 Markten gestellt hat. Eine Unverheiratete erhält nichts zurück. — 100 R. 3. Wenn das Geschäft kaufmännisch betrieben wird, muß Eintragung erfolgen. Soweit ersichtlich, würde Ihre Firma nicht eintragungspflichtig sein, weil sie zu wenig Kapital hat. — G. 2. 99. Bis am 15. September müßte bei dem Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Adolfscher Fischmarkt, der Antrag auf Rückzahlung gestellt sein. Vor der Ehe müßten 200 Markten gestellt sein. — 2. 280. Die Pfändung ist nach dem Gelehe zulässig. — N. 2. 22. Der Inhalt des Strohbescheides ist an sich zulässig. Nach Ihrer Schilderung würde ein Widerspruch keine Aussicht auf Erfolg haben.







Der Zopfabschneider vor Gericht.

Der Student an der technischen Hochschule in Charlottenburg Robert Stoh, dessen Verhaftung wir seinerzeit meldeten, stand gestern vor dem hiesigen Schöffengericht unter Vorsitz des Gerichtsassessors Förster als Angeklagter. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Kohde, die Verteidigung führte Justizrat Dr. Richard Wolff. Der aus der Untersuchungshaft borgeführte Angeklagte ist 1883 in Valparaiso geboren. Er wird beschuldigt, in den Monaten November 1905 bis Januar d. J. in 16 Fällen dadurch, daß er sich auf der Straße an junge Mädchen herandrängte und ihnen die Zöpfe abschnitt und auch die Zopfbändchen mitnahm, des Diebstahls, in 12 Fällen der körperlichen Mißhandlung und der tätlichen Beleidigung sich schuldig gemacht zu haben. Als medizinische Sachverständige sind die Medizinalräte Dr. Hoffmann und Dr. Leppmann geladen. Während der Verhandlung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, den Vertretern der Presse aber der Zutritt gestattet.

Berechnung des Angeklagten.

Auf die Fragen des Vorsitzenden bekennt der Angeklagte, daß er 1888 nach Deutschland gekommen ist, und die Schulen in Thorn, in Vergedorf und Hamburg besucht habe. Er hat in Hamburg das Abiturientenexamen gemacht und ein gutes Abgangszeugnis erhalten. Er hat stets hervorragende Begabung für Mathematik gezeigt. Ein Semester in München studiert, steht jetzt im letzten Semester, studiert Schiffbau und hat im Oktober ein Vorexamen gemacht. Dazu hat er nach seiner Angabe sehr intensiv gearbeitet. Er gibt zu, in 16 Fällen in den Straßen Berlins, vor Westheim, auf dem Opernplatz und an anderen Stellen Mädchen die Zöpfe abgeschnitten zu haben. In seiner Wohnung sind ein- und dreißig Zöpfe vorgefunden worden. — Vors.: Haben Sie schon in früheren Jahren solche Reigungen gehabt? — Angell.: Einmal, im Alter von etwa 16 Jahren habe ich abends meiner 13jährigen Schwester heimlich Haar abgeschnitten und es behalten. Die Reigung für schönes langes Haar habe ich immer gehabt, schließlich ist sie so stark aufgetreten, daß ich ihr nicht widerstehen konnte. Zum erstenmal habe ich am Tage des Einzuges der Kronprinzessin einem Mädchen einige Haare abgeschnitten. Ich weiß nicht, weshalb ich plötzlich dem Triebe nicht mehr widerstehen konnte. Der Trieb wurde lebendiger, als ich von einer Reise nach Südamerika, die ich als Maschinen-Boloniar gemacht, zurückkehrte. Die Reise hatte fünf Monate gedauert, ich hatte an Bord stark gearbeitet, war auf der ganzen Reise in mißmutiger Stimmung und als ich zurückkehrte, wurde die Anfechtung immer größer. — Vors.: Wie kam denn die Anfechtung über Sie? — Angell.: Ich lief öfter kleinen Mädchen nach, ohne daß ich den Wunsch, ihr Haar zu besitzen, ausführen konnte. Da gelang es mir, in dem Gedränge der Einzugsfeierlichkeiten unter den Händen eines Mädchens sein langes Haar mit einer Schere abzuschneiden, ohne daß das Mädchen davon etwas merkte. — Vors.: Was machten Sie mit dem Haar? — Angell.: Gar nichts. — Vors.: Was dachten Sie sich denn dabei? — Angell.: Gar nichts. Ich habe das Haar einfach in die Tasche gesteckt. — Vors.: Und weiter? — Angell.: Ich habe dann noch mehrere Male unter den Händen eines Mädchens Haar abgeschnitten. — Vors.: Wann fingen Sie an, ganze Zöpfe abzuschneiden? — Angell.: Im November bei dem Einzug des Königs von Spanien. Da habe ich beim Opernplatz einem Kinde den Zopf abgeschnitten; das Mädchen merkte nichts davon und blieb ruhig stehen. Der Zopf war mit einem Bändchen versehen. — Vors.: Was haben Sie mit dem Zöpfe gemacht? — Angell.: Ich habe ihn zu Hause ausgeflochten, ausgekämmt und in einem Kästchen im Schreibtisch, welches die Aufschrift „Erinnerungen“ trug, aufbewahrt. Ich habe das Haar dann manchmal hervorgeholt und geflickt, manchmal auch es auf mein Kopftuch gelegt und meinen Kopf darauf ruhen lassen. — Vors.: Haben Sie dabei geschlechtliche Erregungen gehabt? — Angell.: Ja! — Vors.: Waren Sie sich denn nicht bewußt, etwas Böses und Uebles zu tun, und daß Sie einen tiefen Eingriff in die Rechtssphäre eines anderen ausübten? — Angell.: Daran habe ich nicht gedacht. — Vors.: Wenn nun etwa heute die Untersuchungshaft aufgehoben würde und Sie in die Freiheit zurückkehren würden: würden Sie dann dasselbe wieder tun? — Angell.: Ich glaube nicht, daß ich es noch einmal tun würde, da ich jetzt erfahren, was für Folgen dies hat. — Vors.: Können Sie die Bürgschaft dafür übernehmen, daß in Zukunft der Wille stärker ist, als der Trieb? — Angell.: Eine Garantie könnte ich nicht übernehmen. — Vors.: Haben Sie denn nie gelesen, daß die Berliner Bürgerchaft über das Zopfabschneiden sehr beunruhigt war? — Angell.: Ich hatte nichts gelesen. — Vors.: Wann wurden Sie verhaftet? — Angell.: Am 27. Januar hatte ich einem Mädchen, welches zwei Zöpfe hatte, den einen abgeschnitten, als es wieder in meine Nähe kam, wollte ich den anderen Zopf auch abschneiden und dabei wurde ich festgenommen. — Vors.: Ist es richtig, daß Sie jeden einzelnen Zopf mit einem Bändchen und dem Datum des Abschneidens bezeichnen? — Angell.: Zum Teil habe ich es getan. — Vors.: Haben Sie schon einmal mit einem Weibe Verkehr gehabt? — Angell.: Nein, niemals. Ich habe nur einen starken Trieb, schönes langes Haar in Besitz zu bekommen, gehabt. — Vors.: Würde Ihnen auch langes schönes Männerhaar genügt haben? — Angell.: Ja. — Justizrat Dr. Wolff: Haben Sie nicht schon in ganz früher Jugend diesen krankhaften Trieb gehabt? Sie haben mir gesagt, Sie erinnern sich noch des Haars mancher Mädchen aus Ihrer Thormer Zeit. Damals waren Sie acht Jahre alt. Sie haben mir gesagt, daß Sie an die Trägerinnen des Haars gar nicht mehr gedacht haben, um so mehr aber an deren Haar. — Angell.: Das ist richtig. Mir ist es auch gleichgültig, ob die Trägerin des Haars jung und schön oder alt und häßlich ist. Ich hatte nur Interesse an dem Haar. — Vors.: Auch an weiblichem Haar? — Angell.: Ich habe nur eine Vorliebe für blondes Haar. — Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er im akademischen Turnverein aktiv gewesen und einem studentischen Reuscheitsbunde angehört. Die abgeschnittenen Haare habe er sich auch öfter auf die Brust und auf das Herz gelegt und dabei wahnwitzige Träume gehabt. Der Angeklagte, dessen Vater gestorben, wird in seinem Studium von dritter Seite unterstützt, sein Bruder ist Gefängniswärter, eine Schwester ist geisteskrank.

Beweisaufnahme.

Von den vorgeladenen Zeugen wurden nur drei vernommen. Ein Hauptmann v. B., dessen Tochter bei einem Spaziergange in der Leipzigerstraße gleichfalls durch den Angeklagten eines Teiles ihres Haars beraubt worden ist, bekundet: Der Vorfall habe für das Mädchen sehr unangenehme Folgen gehabt. Das Kind ist seitdem von einem großen Angstgefühl beherzigt, hat einen Nervenschlag davongetragen und schreibt in der Nacht wiederholt ängstlich auf, da sie von dem Zopfabschneider träumt. — Zeugin Frau G., eine alte Bekannte der Familie des Angeklagten, schildert seinen Charakter als außerordentlich gut. Von seiner Tat sind alle, die ihn kannten, völlig überrascht gewesen; eine Vorliebe für fremdes Haar ist ihr bei ihm nie aufgefallen. In der letzten Zeit war er offenbar geistig überanstrengt und sehr zerkürrt, im übrigen ist er nie lustig und fröhlich, wie andere junge Leute gewesen. Nach weiteren Mitteilungen der Zeugin aus der Familiengeschichte ist der Angeklagte erheblich erblich belastet. — Studiosus Schmeding, Vorsitzender des Vereins zur Aufrechterhaltung des Reuscheits-

prinzips, ist mit dem Angeklagten infolge gleicher Anschauungen auf wissenschaftlich-sozialem und sexuellem Gebiete näher bekannt geworden. Er schildert ihn als einen guten Charakter, aber als träumerischen, schwermütigen und verschlossenen Menschen, der harmlose Fröhlichkeit und Freude nicht kannte und in sexueller Beziehung dem weiblichen Geschlecht durchaus abgeneigt ist. — Medizinalrat Dr. Hoffmann: Es handelt sich hier um eine eigenartige perverse Betätigung des Geschlechtstriebes. Wenn auch eine solche durchaus nicht immer den Träger derselben der Verantwortung enthebt, so ist doch in diesem Falle die normale Sphäre schon von Jugend an zurückgedrängt. Der Angeklagte ist ein Echantist, der sich nicht anerkannt glaubt, er glaubt, er könne sich unfähig machen, sich ein großes Schloß bauen und die Zimmer darin mit unzähligen Zöpfen auszustatten. Dazu ist er erblich belastet und die körperliche Untersuchung zeigt eine Menge Degenerationszeichen. Der Schuß des § 51 des Strafgesetzbuches dürfte also hier Platz greifen und da der Angeklagte schwerlich die Kraft haben dürfte, seine Reigung zu unterdrücken, so würde eine irrenanfalltliche Behandlung notwendig erscheinen. — Justizrat Dr. Wolff versichert, daß die Familie den Angeklagten sofort in die maison de santé bringen würde. — Medizinalrat Dr. Leppmann: Der hier vorliegende Fall ist ein äußerst seltener. Der Angeklagte ist erblich schwer belastet und hat eine Reihe von Entartungszeichen. Seine schon im achten oder neunten Lebensjahre erwachte Geschlechtsneigung habe sich von Anfang an immer nur in derselben Weise in der Betrachtung und Betätigung weiblicher Haare betätigt. Die hier in Frage stehende Verberität ist der Ausdruck jener erblichen Belastung. Der Angeklagte war bei seinen Taten sicher gemütskrank und ist auch jetzt noch krank. Eine solche Art der Verberität ist dem Sachverständigen im Laufe von 25 Jahren nur wenige Male vorgekommen, Kraft-Ebeling kennt nur wenige Fälle derartigen einseitigen Geschlechtsimpulsens, ebenso Dr. Roll. Solche unabweislichen Drangzustände geben immer mit Gemütsverstörungen und mit sonstigen Störungen im Seelenleben einher. Die freie Willensbestimmung des Angeklagten war demnach ausgeschlossen, er ist auch jetzt noch nicht gesund und muß wie ein Kranker behandelt werden.

Ankläger und Verteidiger.

Staatsanwalt Kohde: Wenn der Angeklagte geistig gesund wäre, so würde er außerordentlich scharf bestraft werden müssen, denn es liegt eine ungeheure Befähigung der öffentlichen Sicherheit vor. Es ist nicht richtig, daß das Strafrecht bezüglich solcher Tat eine Lücke enthält. Man kann im einzelnen darüber streiten, unter welchen Vorparagrafen sie zu subsumieren ist, aber es kam keine Rede davon sein, daß sie strafflos bleiben müßte. Objektiv liegt unzweifelhaft Beleidigung vor, ebenso zweifellos wird der Begriff der Körperverletzung erfüllt, auch Diebstahl würde vorliegen können, denn der Körperteil, der von jemand abgeschnitten wird, ist doch Eigentum des Betroffenen. Höhere Erörterungen in dieser Beziehung erübrigen sich infolge des Gutachtens der Sachverständigen, welches den Antrag auf Freisprechung notwendig macht. — Justizrat Dr. Wolff trat den rechtlichen Ausführungen des Staatsanwalts entgegen, insbesondere der Ansicht, daß Diebstahl vorliegen könne, und führte aus, daß sowohl nach dieser Richtung hin wie in bezug auf das Vorliegen einer Körperverletzung Reichsgericht und Staatslehrer durchaus nicht so schlüssig seien wie der Staatsanwalt. Nach dem Gutachten der Sachverständigen müßte auch der Freispruch des Angeklagten beantragen. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende:

Urteil.

Das öffentliche Rechtsgefühl erheischt natürlich strenge Sühne für eine solche Tat, diese ist aber vorliegend nicht dem Angeklagten zuzurechnen. Im übrigen enthält nach Ansicht des Gerichts das Strafgesetz für eine solche Tat auch eine Sühne und läßt sie zu. Sie ist nach Ansicht des Gerichts zweifellos als Körperverletzung anzusehen, da der Körper durch das Abschneiden der Haare verunstaltet und eines wesentlichen Haupt schmuckes beraubt wird. Diebstahl erscheint ausgeschlossen und zu dem Tatbestand der Beleidigung würde das Bemühen des Täters gehören. Nach den Ausführungen der Sachverständigen müßte der Angeklagte freigesprochen werden in der Erwartung, daß er sofort durch die Familie einer Anstalt zugewiesen wird. Dieses Resultat wird vielleicht nicht überall befriedigen, es war aber auf Grund der Beweisaufnahme unumgänglich.

Die Freisprechung des Studenten dürfte insbesondere nach den ärztlichen Gutachten, die erbliche Belastung behaupten, gerechtfertigt erscheinen. Indes wäre es völlig verfehlt, wollte man allein auf Grund der Tatsachen, daß der Angeklagte einen „unwiderrstehlichen Drang“ nach Zopfabschneiderei hatte, auf Verriidlichkeit schließen. Eine dahingehende Argumentation, wie sie insbesondere in einigen Berliner Blättern vor der Verhandlung des langen und breiten vorgebracht wurde, tritt häufig dann auf, wenn es sich um Vergehen Wohlhabender oder Studierender handelt. Begeht jemand mit dem Bewußtsein, in die Rechtssphäre eines anderen einzugreifen, — und dies Bewußtsein hatte Angeklagter — eine mit Strafe bedrohte Handlung, so wird er bestraft, weil er seinen Drang nicht hemmte. Das gilt für Zopfabschneiderei nicht minder wie für Rotzuchtverbrechen oder nicht auf sexuellem Gebiet liegende Delikte. War der Angeklagte — nicht wegen der Art seiner Tat — geisteskrank, so wird niemand seine Freisprechung bedauern. Nur muß hervorgehoben werden: wenn auch nur ein Jhehnel der Sorgfalt, die bei solchen sexuellen von Wohlhabenden begangenen Dingen der Frage der erblichen Belastung und der Zurechnungsfähigkeit zugewendet wird, bei anderen Straftaten auch die gleiche Frage verworfen würde, so würde ein recht großer Prozentsatz derer, die heute wegen Eigentums- oder sexueller Delikte in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, schwerlich verurteilt sein.

Die Verhandlung legt unseren Sittlichkeitsferien übrigens die Frage nahe, ob derartige widerliche und unnatürlich erscheinende Reigungen nicht durch die Bigotterie und Heimlichkeit, mit der sexuelle natürliche Dinge behandelt werden, großgezogen werden. Ein Blick in die Geschichte des Mittelalters zeigt eine Betätigung ganz ähnlicher, natürlichem Empfinden fremder Reigungen von Leuten, die ähnlich asketisch wie der Angeklagte dachten und wie so manche Leg Heilige-Beute predigen.

Die rein juristische Frage, ob Zopfabschneiderei Beleidigung, Körperverletzung und Diebstahl (oder Unterschlagung) darstellt, ist nicht so kontrovers, wie sie vom Verteidiger dargestellt wird: die objektiven Merkmale aller drei Delikte lagen vor. Daran kann keine juristische Haarspalterei etwas ändern.

Gerichts-Zeitung.

Proletarienkinder vor Gericht.

Die hohe Polizei ist in unserem deutschen Vaterlande von einer Megamkeit, die — auf richtigem Gebiete angewandt — ihr alle Ehre machen würde. — Freilich dürfte sie dann ihre Nase nicht in Dinge zu stecken haben, die sie nichts angehen. Standen da zwei kleine arme Schulmädchen, die dreizehn Jahre alte Babette Sch. und ihr zwölfjähriges Schwesterchen Dorothea vor dem Rinderberger Schöffengericht. Mit blauen Gesichtern und Tränen in den Augen saßen die eingeschüchterten Kinder auf den Amtsanwalt, der ihnen mit strenger Amtsmiene eröffnete, daß sie sich wegen Diebstahls zu verantworten hätten.

Vorsitzender: Also: Ihr habt gehört, wessen Ihr beschuldigt seid: Ihr habt in der Nähe des Ostbahnhofes Kohlen gestohlen? — Die dreizehnjährige Babette: Die Kohlen sind auf der Straße gelegen; sie fielen von dem Wagen herunter, als er abgeladen wurde. — Vors.: Das hat nichts zu sagen! — Habt Ihr in der Schule nicht gehört, daß man nicht stehlen darf? — Die Kinder schluchzend: Wir wußten nicht, daß man sie nicht nehmen durfte. — Vors. zu der kleinen Dorothea: Du auch nicht? — Das Kind schüttelt energisch das blondköpfige. — Vors.: Für wen habt Ihr die Kohlen geholt? — Babette: Für die Mutter! — Vors. wichtigend: Aha, die hat Euch wohl geschickt? — Die Mädchen, heftig schluchzend: Nein! — Vors.: Sie haben diese beiden bei dem Kohlen Diebstahl betroffen; nahmen sie solche auch von dem Wagen? — Schumann: Nein! — Vors.: Waren es denn viele? — Schumann: Einige Schützen voll! — Vors.: Sie haben die Mädchen verhaftet und auf die Wache gebracht? — Schumann: Gewiß, sie gaben eine falsche Adresse an. — Die 13jährige Babette: Das haben wir nicht getan!

Der Hüter des Gesetzes wirft dem Kinde einen zornigen Blick zu: Gewiß, das habt Ihr getan, sonst hätte ich Euch nicht auf die Wache gebracht!

Vors.: Nun, sie werden sich in der Aufregung wohl geirrt haben? — Schumann, der nebenbei bemerkt selbst verheiratet und Familienvater ist: Das glaube ich nicht! — Vors.: Was sind die Eltern der Kinder? — Schumann: Der Vater ist Fabrikarbeiter, die Mutter trägt Zeitungen aus. — Vors. (zu den Kindern): Seid Ihr schon einmal bestraft? — Die kleinen heftig schluchzend: Nein!

Die Beweisaufnahme ist nun geschlossen. Der Amtsanwalt stellt grohmütig den Antrag, die „Angeklagten“ freizusprechen, dem nach erfolgter Beratung auch stattgegeben wird. Erleichtert atmen die beiden Kinder auf, als der Vorsitzende ihnen bedeutet, sie könnten sich entfernen.

Fluchtversuch und Bestrafung. Der Tischler Hermann Baranowski, der am 13. Februar den kühnen Fluchtversuch aus dem Zuchthaus in der Lehrterstraße unternommen hat, stand gestern vor dem ersten Strafamt des Landgerichts I unter der Anklage der Befreiung. Mit ihm wurde der frühere Gefangenenaufseher, jetzige Portier Hermann Fischer zur Verantwortung gezogen. Letzterer ist als Unteroffizier vom Militär abgegangen und als Gefangenenaufseher bei der Strafanstalt in der Lehrterstraße angestellt worden. Er war infolge von Krankheiten in der Familie und sonstigen unverschuldeten Unglücksfällen in Schulden geraten und ist durch die Not gebrängt, der an ihn heranretenden Verführung erlegen. Der Angeklagte Baranowski hatte in der Strafanstalt eine sechsjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen und sehnte sich danach, mit seiner Ehefrau eine dauernde Verbindung herzustellen. Der Aufseher Fischer ließ sich dazu verleiten, die Mittelveran zu spielen. Baranowski, der in der Anstaltsküche beschäftigt war, wußte ihn zu bestimmen, mit der Ehefrau V. in Verbindung zu treten, um Geld zu beschaffen, um von ihr zu empfangen und die Korrespondenz mit ihr zu vermitteln. Von dem haren Gelde sollte ihm die Hälfte zufallen. Dies ist auch geschehen. Fischer hat in drei Fällen von der Frau V. im ganzen 14 Mark erhalten und die Hälfte davon zur Anschaffung von Lebensmitteln verwendet. Törichterweise hat er nicht dafür gesorgt, daß Baranowski die Briefe seiner Ehefrau vernichtete und so sind denn solche bei einer im September vorgenommenen außerordentlichen Zellenrevision vorgefunden worden. Sie waren übrigens nicht alle von Fischer vernichtet worden, vielmehr hatte Baranowski noch ein zweites Sprachrohr nach außen hin in der Person des nicht beamteten Arbeitsaufsehers. Fischer ist wegen dieser Untergleichung seines Amtes verurteilt gegangen. Der Staatsanwalt brachte mildernde Umstände in Antrag und hielt gegen Fischer eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und zwei Jahren Ehrverlust, gegen Baranowski zwei Monate Gefängnis für eine angemessene Sühne. Das Gericht verurteilte Fischer zu drei Monaten Gefängnis ohne Verkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Baranowski zu einem Monat Gefängnis.

Ein „Hexenprozeß“. Aus der Oberpfalz, eine jener gelegenen Gegenden des Bayernlandes, wo die Jenturmpfaffen das Volk mit Aufklärung versehen, wird von einem Prozeß berichtet, der so recht darat, welche Summe von Unwissenheit und Aberglauben noch dort herrscht, wo das Pfaffenum das Volk noch vollständig beherrscht. In dem Prozeß, der vor dem Landgericht Amberg verhandelt wurde, handelte es sich um eine Anklage gegen den Wechselwärtler Hartwig von Schwandorf wegen Betrugs. Der Sachverhalt ist folgender: Bei der Spediturwitwe Kölbl in Schwandorf stand der Dienstknecht Hirmer in Dienst. Zwischen ihm und der Prinzipalin kam es bald zu intimen Beziehungen, was ihr Bruder und Vormund ihrer Kinder, der Bäckermeister Schaumberger nicht dulden wollte. Hirmer war wenig arbeitsfreudig, er vernachlässigte die Pflege des ihm anvertrauten Herdes in einer Weise, daß das Tier bald gänzlich herunterkam. Diesen Zustand des Pferdes und einige andere im Stall der Kölbl vorgekommene Unfälle erklärte er als das Werk einer „Hexe“, weshalb die Kölbl mehrere im Gerüche eines Hexenmeisters stehende Personen kommen ließ. Unter diesen befand sich auch der angeklagte Wechselwärtler Hartwig. Hirmer erzählte ihm, daß das Pferd sehr unruhig sei, nachts immer stark schweißte und daß jeden Morgen sein Schwanz und die Wädhne in Zöpfe geflochten seien. Hartwig erklärte, daß das Pferd verheret sei und daß er helfen könne. In einer der nächsten Nächte kam er und nahm im Stall im Weisheit der Kölbl und ihres Dienstknechtes die „Beschöderung“ vor. Er stellte im Stall ein Kruggefäß mit zwei Kerzen auf, machte mit geweihter Areibe am Stall die drei Buchstaben „H. W. V.“ und zog mit der Areibe einen Kreis, in dem er 9/10 Stunden stand und aus einem mitgebrachten Buche angebliche Beschöörungen murmelte. Dabei stellte er sich, als ob ihm die Beschöderung große Anstrengung verursache, und äußerte: Wenn ich nicht schon angefangen hätte, so möchte ich es nicht mehr um 20 Mark machen.“ Nach einiger Zeit sagte er: „Jetzt haben wir es schon, jetzt muß sie kommen, die Hexe; die Schaumberger ist's“. Gemeint war die Schwägerin der Kölbl, der man allgemein die Schuld an dem Hexensput zuschrieb. Den Namen der Frau hatte ihm zweifellos Hirmer aus Rache suggeriert, weil die Familie Schaumberger sein Verhältnis mit der Kölbl nicht dulden wollte. Er beabsichtigte dadurch die Familie in Verfall zu bringen, was in jener schwarzen Gegend den gesellschaftlichen und geschäftlichen Ruin bedeutet. Für seine Leistung erhielt Hartwig 10 Mark. Einige Tage später erbat er sich ein Darlehen von 20 Mark, das ihm auch gewährt wurde, weil nach Ansicht der Kölbl die Beschöderung gescheitert hatte. Als das Gericht von der Sache hörte, ging es gegen den Hexenmeister vor, er wurde jedoch vom Schöffengericht freigesprochen, weil er selbst an die Wirklichkeit seines Glaubens und sein Geld verlangt habe. Vor dem Schöffengericht hatten der Dienstknecht Hirmer und die Dienstmagd Biedermeier falsch geschworen, weshalb sie inzwischen wegen Meineids verurteilt wurden. Gegen das freisprechende Urteil in der Sache gegen Hartwig legte der Amtsanwalt Berufung ein mit dem Erfolge, daß ihn die Strafkammer wegen seiner Hexerei, die sie als Betrug ansah, zu vier Wochen Gefängnis verurteilte.







# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 54. Dienstag, den 6. März 1906.

Inserate Sechseckige Kolonelleile 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

Heute, Dienstag, den 6. März, 8 Uhr abends, finden in Groß-Berlin die Generalversammlungen der Wahlvereine statt, welche sich mit dem Normalstatut und den Satzungen für die Einzelkreise beschäftigen. Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Vereinsvorstände.

**Tempelhof.** Donnerstag, den 8. März, abends 8 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Wilhelmshof, Berlinerstr. 9. Tagesordnung: 1. Die diesjährige Gemeindevahl, Referent: Genosse Karl Wiefenthal. 2. Diskussion. 3. Beratung des Organisationsplans und der Statuten des Zentralwahlvereins für den Kreis Keltow. 4. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.

Heute, Dienstagabend 7 1/2 Uhr: Flugblatt- und Handzettelverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Niemand darf fehlen. Der Vorstand.

**Neiniedorf/Sp.** Der Diskutierabend findet heute abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Lude, Residenzstr. 109, Ecke Panlower Allee, statt. Genosse Gurisch spricht über „Generalstreik und Sozialdemokratie“. In Anbetracht dieses wichtigen Themas ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht.

**Treptow-Baumschulweg.** Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr finden zwei öffentliche Wählerberatungen statt. Für Baum- und Schulweg in Speers Festland; für Treptow in Wehlers Gesellschaftshaus. Heute abends 8 Uhr Flugblattverteilung. Die Parteigenossen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich in den Bezirkslokalen zu erscheinen. Die Treptower Genossen treffen sich bei Schmidt, Kiehlholzstr. 22, und bei Preuß, Neue Krugallee 59.

**Charlottenburg.** Die Mitglieder werden hierdurch auf die heutige Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht, in welcher der Genosse A. Stern das Referat über „Das neue Schulgesetz und das Proletariat“ übernommen hat. Die Galerie ist für Gäste reserviert, und erwarten wir, daß die Genossen zu diesem Vortrag ihre Frauen mitbringen. Austrittserklärungen aus der Landesliste sind in der Versammlung zu haben. Der Vorstand.

**Potsdam.** Der Wahlverein zu Potsdam hält am Mittwoch, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Labentzin seine Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung enthält: Aufnahmen, Vortrag (Schulvorlage), Verschiedenes (die letzte Stadtverordnetenversammlung). — Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen. Der Vorstand.

Der Wahlverein für Mariendorf und Umgegend hält heute abend seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Außer einem Vortrag des Genossen Böcke stehen auf der Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und Aufnahme neuer Mitglieder. Da unter Vereinsangelegenheiten die Arbeiten zur Gemeindevorwahlenwahl noch besprochen werden, so ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gleichzeitig ersuchen wir die Genossen, welchen es möglich ist, am Wahltage zu helfen, sich beim Genossen Hermann Reichardt zu melden.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindevahlbewegung.

#### Auf zur Gemeindevahl in Wilmersdorf!

Mit dem heutigen Tage beginnen die Gemeindevahlen. Angesichts der gewaltigen Anstrengungen unserer Gegner, hat die Arbeiterklasse Wilmersdorfs alle Kräfte auf dem Posten zu sein. Das unablässige Vordringen der Sozialdemokratie auch an unserm Orte, setzt unsere bürgerlichen Parteien in nervöse Erregung. Es gilt in den 4 Tagen der Wahl zu zeigen, daß die Hoffnungen der Gegner, das Gemeindepalament von Sozialdemokraten rein zu halten, elend zu schanden werden. Versäume deshalb niemand, sich so zeitig als möglich zur Wahlurne zu bemühen. Es muß jeder Parteigenosse alle Kräfte einsetzen, um die Säumigen und Lässigen zur Wahl zu bringen. Gewählt wird in den ersten 3 Tagen von 10—1 Uhr vormittags und 3—8 Uhr nachmittags. Unsere Kandidaten sind Stulleur Hermann Radtke und Tischler Ernst Reiche.

Das Wahlbureau befindet sich beim Genossen Fritz Rädler, Lanenburgerstr. 20. Wir fordern die Genossen auf, sich an dieser Stelle in den Wahlarbeiten so zahlreich als möglich zur Verfügung zu stellen! Parteigenossen! Es kommt auf jede Stimme an, deshalb an die Arbeit!

**Friedrichshagen.** Bei der am gestrigen Montag stattgehabten Gemeindevorwahlen-Ergebniswahl der 3. Klasse wurden an Stelle der bisherigen Mandatshaber der Bürgerpartei die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Maurer Schmidt und Fabrikant Grau mit 283 resp. 208 Stimmen gewählt. Auf die bürgerlichen Kandidaten, Architekt Lehmann und Rentier Moldenhauer entfielen nur 89 resp. 106 Stimmen.

Zur Wahlbewegung in Rowawes-Neuendorf wird uns geschrieben: Die gegnerischen Kandidaten für die am Donnerstag in Neuendorf stattfindende Gemeindevorwahlenwahl sind nun endlich veröffentlicht worden. Es sind dies für die III. Abteilung der bisherigen Gemeindevorwahlen Schmied Delmann und der auf der Eisenbahnwerkstätte beschäftigten Former Blankenhagen, beide Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins. Und wer ist es denn, der diese Leute auf sein Schild erhoben hat? Alles, was sich sonst befehdet, hat sich hier zusammengefunden, es gilt ja den Kampf gegen die verhassten Sozialdemokraten. Der Verein der vereinigten bürgerlichen Parteien marschiert einträchtiglich mit dem Gemeindevorwahlenverein, dem Haus- und Grundbesitzerverein und Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein. Man braucht nur die Namen dieser Vereine zu lesen, um zu wissen, daß es der rüchständigste Teil der Einwohnererschaft Neuendorfs ist, der sich hier zusammengefunden hat. — Und von diesen Leuten, die die vorwärtsstrebende Arbeitererschaft bei jeder Gelegenheit bekämpfen und alle Bestrebungen zur Niederhaltung derselben unterstützen, lassen sich auch die Hirsch-

Dunderschen gebrauchen. Wir haben die Hirsch-Dundersche Organisation nie hoch eingeschätzt, aber so wenig Schamgefühl haben wir bei ihren Mitgliedern doch nicht vermutet, daß sie sich zum zweitenmal von den konservativen und arbeitserfindlichen Elementen ins Schlepptau nehmen lassen. Für diese Heldentat und als Lohn für das „gute“ Verhalten des Herrn Delmann während seiner zweijährigen Amtszeit als Gemeindevorwähler hat man ihnen denn auch großmütig noch einen zweiten Kandidaten zugeordnet. Dieser soll natürlich dazu dienen, um auf die Eisenbahnarbeiter einen stärkeren Druck auszuüben. In einem am Sonnabend von den Gegnern zur Verbreitung gelangten Flugblatt werden die aufgestellten Kandidaten als Männer charakterisiert, die frei von allem parteipolitischen Zwang sind, und es wird betont, daß Leute gewählt werden müssen, die alle Fragen von dem Standpunkte des Gemeinwohlts beurteilen; von Parteipolitik könne in der Gemeindevorwahlenwahl keine Rede sein. Das sind natürlich nicht als Phrasen, denn gerade von den Gegnern wird bei jeder Gelegenheit der politische Standpunkt hervorgehoben, und ein Arbeiter, der sich in den heutigen bewegten Zeiten nicht seiner politischen Partei anschließt, ist entweder ein Ketzer oder ein Verräter an der Sache des Proletariats. Daß alle Fragen von dem Standpunkt beurteilt werden sollen, ob sie zum Besten der Allgemeinheit ausschlagen, ist richtig, aber der Satz klingt freilich bei Leuten, die in ausgedehntem Maße Gemeindevorteile zu Einrichtungen verwenden, die nur den Interessen einer Handvoll besitzender Einwohner dienen, während für wirklich gemeinnützige Institute (Gewerbegericht, Fortbildungsschule usw.) kein Pfennig bewilligt wird und das Volksschulwesen sich in einer Verfallung befindet, die an mellenburgische Rittergüter erinnert. Es ist wirklich höchste Zeit, soll die Gemeinde Neuendorf nicht ihrem Ruin entgegengeführt werden, Vertreter zu wählen, die durch scharfe Kritik und geeignete Anträge die Gemeindevorwahlenverwaltung zwingen, andere Wege einzuschlagen und auf allen Gebieten dem Geiste des Fortschritts und der Kultur Rechnung zu tragen. Die Gegner werden auch diesmal wieder alle Mittel in Bewegung setzen, um den Sieg an ihre Fahnen zu heften; sorgen wir dafür, daß ihnen das nicht gelingt, sondern daß die sozialdemokratischen Kandidaten Paul Fesse und Wilhelm Schulz mit einer Majorität gewählt werden, die den Nachhabern in Neuendorf beweist, daß die Einwohnererschaft die Claqueurwirtschaft auf dem Rathaus bis zum Ueberdruß satt hat. Darum auf zum Kampf, auf zum Sieg!

In Mariendorf finden die Gemeindevorwahlen am 13., 14. und 15. März statt. Die dritte Abteilung, welche für uns nur in Betracht kommt, wählt für den Ortsteil Mariendorf am Dienstag, den 13. März, im neuen Schulhause Kaserstr. 2-4, Zimmer Nr. 16, von 11 1/2 vormittags bis 6 Uhr abends; für die Kolonie Südenbe, welche durch die Dresdener Bahn von Mariendorf getrennt ist, findet die Wahl Mittwoch, den 14. d. M., von mittags 12 Uhr bis 5 Uhr nachmittags im Restaurant Dahl zu Südenbe, Lichterfelderstr. 21, statt. Der Kandidat der Sozialdemokrat ist Herrmann Reichardt, Gastwirt, Chauffeestr. 16. Mittwoch, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokale von Hugo Vorgeseld, Feldstr. 44, eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt.

**Tempelhof.** Die Wahlen von 4 Gemeindevorwahlen zur Ergänzung der Gemeindevorwahlen finden am Freitag, den 9. März 1906 und Sonnabend, den 10. März 1906 im Gemeindevorwahlenzimmer, Dorfstraße 17 hieselbst statt.

Die Wahlen erfolgen: für die 3. Wählerklasse am Freitag, den 9. März 1906, von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, für die 2. Wählerklasse am Sonnabend, den 10. März 1906, von 8—10 Uhr vormittags, für die 1. Wählerklasse am Sonnabend den 10. März 1906, von 10—10 1/2 Uhr vormittags.

Es haben zu wählen: die 3. Klasse einen Vertreter, die 2. Klasse zwei Vertreter, die 1. Klasse einen Vertreter, sämtlich auf sechs Jahre vom 1. April d. J. ab.

Es scheiden Ende März aus: dritte Klasse: Herr Radbruch, zweite Klasse: Herr Labewig und Herr Dunkel, erste Klasse: Herr Schwarz. — In der zweiten Klasse können nur Angelegene gewählt werden. In der ersten und dritten Klasse können Nichtangelegene gewählt werden.

Zur Erleichterung des Wahlgeschäftes wird den Wählern im Meldebureau neben dem Wahllokal die Nummer, unter welcher sie in der Wählerliste verzeichnet sind, mitgeteilt und auf einen Zettel geschrieben werden. Es wird gebeten, sich vor Ausübung der Wahl mit diesem Nummernzettel zu versehen.

Aus Ober-Schneeweide. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindevahl wurden außer dem Genossen Grunow gewählt: in 2. Wahlbezirk der 3. Klasse der Kandidat der Katholiken Hausbesitzer Hrzait, in der 2. Klasse die Hausbesitzer Müller, Kollenberg, in der 1. Klasse Fabrikdirektor Peters und Fabrikbesitzer Heegewald.

Ein Bild trauriger Verfahrtheit boten die bürgerlichen Wähler im 2. Bezirk, wo unseren Genossen kein Hausbesitzer zur Verfügung stand. Hier stand der Kandidat der Katholiken einem Tischmensch von Kandidaten der einzelnen Interessengruppen des Grundbesitzer- und Bürgervereins gegenüber. Dieser Herplünderung ist es zu verdanken, daß der Kandidat der Katholiken mit 50 Stimmen die Mehrheit hatte. Und soll es schon recht sein, daß nun auch noch konfessionelle Sonderwünsche in der Gemeindevorwahlenwahl zum Ausdruck kommen werden. Bezeichnend ist die Art und Weise, wie seitens der Katholiken Wahlbeeinflussung betrieben wurde (oder heißt das Toleranz?). Herr Meister Fisch vom Aabelwerk — der Hochburg der Katholiken — stellte sich während der Wahl am Wahllokal auf, darüber wachend, daß keine der Schächten anders stüme.

### Charlottenburg.

Es gibt keinen Notstand! Benignens nicht nach Ansicht des Charlottenburger Magistrats, der soeben zum zweitenmale die von der Stadtverordneten-Versammlung im Dezember beschlossene Steuerungszulage für städtische Arbeiter, Beamte und Lehrer abgelehnt hat. — In seiner Antwort an die Versammlung zieht der Magistrat einen Vergleich zwischen der wirtschaftlichen Lage der städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter und der der übrigen Bürger; er ist offenbar der Ansicht, daß wenn private Arbeitgeber angesichts der Steuerung keine Maßnahmen ergreifen, auch die Stadt als Arbeitgeberin nicht dazu verpflichtet ist. Um einen einigermaßen greifbaren Einbruch von der allgemeinen Wirkung der Steuerung auf die Charlottenburger Bevölkerung und ihre wirtschaftliche Widerstandskraft zu erhalten, hat der Magistrat ferner einen Einblick in die Betriebsergebnisse der städtischen Sparkasse genommen, in der er einen zuverlässigen Zeiger an dem viestgestaltigen Uhr-

wert der nationalen Volkswirtschaft sehen zu können glaubt. Mit Rücksicht darauf, daß die Gesamtsumme der Einzahlungen seit Jahresfrist um etwa eine Million angewachsen ist, und daß auch seit dem Einsetzen der Steuerungsperiode nicht nur kein Nachlassen in den einzelnen Monatsbeträgen, sondern durchweg eine Zunahme sich ergibt, daß ferner die Gesamtsumme der Rückzahlungen nur im normalen Verhältnis gestiegen, insbesondere der Ueberschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen auch in den letzten sechs Monaten im allgemeinen konstant geblieben ist, bestreitet er das Vorhandensein einer schmerzlichen Wirtschaftskrise. Die Steuerung habe bisher den Charakter eines allgemeinen Notstandes nicht angenommen. Der Magistrat ersucht, die Angelegenheit durch seine Mitteilung für erledigt zu erachten und von weiteren Maßnahmen Abstand zu nehmen. Wenn die Versammlung konsequent ist, darf sie ihm diesen Gefallen nicht tun.

Von der Straßenbahn totgefahren wurde am Sonntag in der Kantstraße das vierjährige Söhnchen Paul des Stellmachers W. Jöbler aus der Kantstraße 62. Das Kind spielte vor dem Elternhause mit einigen Altersgenossen und lief dabei direkt in den vorüberfahrenden Straßenbahnwagen 2278 der Linie Charlottenburg-Schlesischer Bahnhof. Obwohl der Führer die Gefahr gleich erkannte und energisch bremste, konnte er doch nicht mehr verhindern, daß sein Wagen den Kleinen zu Boden riß und überfuhr. Ein Vorderack ging dem Knaben so unglücklich über den Unterleib, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Dem Straßenbahnführer trifft keine Schuld.

In bewußtlosem Zustande aufgefunden wurde am Sonntagvormittag der 25jährige Schmied Lorenz Maschinsky. Seit längerer Zeit arbeitslos hatte der lungeneidende Mann in den letzten Nächten teils im Aisl, teils in der Wohnung seines Bruders in Wilmersdorf geschlafen und war auf dem Wege in Charlottenburg um Arbeit anzufragen. In der Nähe der Charlottenburger Brücke sank er infolge eines Blutsturzes ohnmächtig nieder. Passanten sorgten für Ueberführung des entrüsteten Mannes nach der Unfallstation in der Dorfstraße, von wo er mit dem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach dem Krankenhaus Westend geschafft wurde.

Ein schwerer Bananfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 6 Uhr in der Wielandstraße 17. Auf dem Neubau war um diese Zeit der 33jährige Tischler Rudolf Gards aus Rixdorf, Falkstr. 18, mit dem Einsehen der Fenster beschäftigt. Er bemühte dazu eine große Stehleiter. Plötzlich stürzte die Leiter um und begrub den Tischler unter sich. Mit einem schweren Schädelbruch wurde Gards von seinen Kollegen in einer Droschke nach der Unfallstation Zoologischer Garten gebracht. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunglückte im Krankenwagen nach dem Krankenhaus Westend geschafft, wo er hoffnungslos darniederliegt.

### Schöneberg.

In seinem Geburtstage totgefahren. Ein trauriger Unglücksfall mit tödlichem Ausgange hat sich gestern nachmittag in der Veljeigerstraße in Schöneberg zugetragen. Der Arbeiter Hermann Stettin aus der Dueselstraße, der bei den „Berliner Kalkhandsteinwerken“, Friedrichstr. 138, als Aufsicht beschäftigt war und der gestern seinen 50. Geburtstag feierte, hatte auf einem Neubau in der Veljeigerstraße Materialien abgeladen, und als er mit dem leeren Fuhrwerke heimfahren wollte, gingen die Pferde, die einen kurzen Augenblick ohne Aufsicht gewesen waren, plötzlich durch. Um Unheil zu verhüten, sprang St. schnell hinzu und warf sich den Tieren in die Hügel. Er wurde niedergedrückt, überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Die Leiche des bedauerndwertigen jungen Mannes ist polizeilich beschlagnahmt und in der Friedhofshalle in der Magstraße untergebracht worden.

### Rixdorf.

Die Etatberatung steht auf der Tagesordnung der am Mittwoch, den 7., und Donnerstag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr, stattfindenden Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung. Folgende Beratungsgegenstände sind besonders hervorzuheben: Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindevorwahlen für 1905. — Beratung und Feststellung des Etat und des Steuerplanes. — Bewilligung einer Anleihe- und Hinterbliebenenversorgung. — Beitrag für das Theaterunternehmen. — Festsetzung der Löhne der Arbeiter in städtischen Betrieben. — Errichtung eines Abendmarktes am Maybachufer. — Anlegung von Rasenstreifen in der Veljeigerstraße. — Erhöhung der Umzugssteuer.

Eine überraschende Entdeckung hat die Kriminalpolizei in Rixdorf gemacht. Schon Monate hindurch wurden auf Straßen und auch in Häusern an kleinen Kindern, die von der Mutter zum Einlaufen fortgeschickt worden waren, Raubanfälle verübt. Kürzlich wurde bei einem derartigen Fall, wobei einem Mädchen in der Marienstraße das Portemonnaie gewaltsam entziffen wurde, der 15jährige Arbeiterbursche Richard Mirus aus der Dermanstr. 53 festgenommen. Im Laufe der Untersuchung hat sich R. nun als gewerdmäßiger Straßentrüber entpuppt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, noch eine ganze Reihe von Fällen zu ermitteln, in welchen Kinder von dem verhafteten Arbeiterburschen beraubt worden sind. Die meisten dieser Fälle sind bisher noch gar nicht zur Anzeige gekommen und es werden daher die Eltern der betroffenen Kinder gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Kaiser Friedrichstr. 194, zu melden. Aus dem Arbeitsgebiet des jugendlichen Räubers seien folgende Fälle angeführt: Am Hohenzollernplatz raubte R. in dem „Haus Wienede“ einem Knaben ein Portemonnaie mit 25 Pfennig Inhalt; in der Albersstraße einem Mädchen ein Zehnpfennigstück und an der Ecke der Lessing- und Steinmühlstraße einen aus einem Seifenladen kommenden Mädchen ein Portemonnaie mit 80 Pfennig. Weitere Diebstähle führte R. mit Erfolg in der Dermanstr., Anlebed-, Thomas-, Pannier-, Herzberg- und Gräfestraße in Berlin aus.

### Treptow-Baumschulweg.

Aus der Gemeindevorwahlenwahl. Der Gemeindevorwähler teile zunächst mit, daß der Minister es abgelehnt habe, dem Vahnhof Baumschulweg eine andere Benennung zu geben, daß des weiteren eine Ministerialverfügung ergangen sei, welche befiehlt, daß bei Wahlen die Forenien keiner Vollmacht bedürfen, wenn sich die Gemeindevorwahlenbehörde die Gewißheit verschafft, wer die Stimme für die betreffenden abgibt. — Der von einigen Einwohnern beantragten Aufnahme in die Wählerliste wurde bis auf diejenigen, welche mit noch anderen Personen den Wahlraum teilen, mithin nicht das freie Verfügungsrecht darüber haben, stattgegeben. — In die Kommission zur Vorbereitung der Gebühreordnung für die Kanalisation wurde auch Genosse Giamenz gewählt. — Die Aenderung der Aufbahrungssteuerordnung zugunsten des Radrennbahnbefähigter wurde mit knapper Majorität genehmigt. Hierbei wurde von Genossen Sojmann auf



die Härten der Aufbarkeitssteuerordnung und auf die notwendige Verringerung verschiedener Punkte derselben hingewiesen. — Für die Ausschmückung der Schulen mit Kaiserbildern wurden die nötigen Gelder verlangt. Genosse Hofmann bemerkte, daß sich die betreffenden Bilder nicht für unsere Schule eignen und empfahl Ablehnung des Antrages. Gemeindevorordneter Buchholz spielte den Entschlossenen, eventuell würde er mit einigen Herren die Bilder bezahlen. Dieser Patriotismus wurde leider nicht von der Mehrheit anerkannt, sondern man bewilligte die Kosten aus allgemeinen Mitteln. — Aus Anlaß der Silberhochzeit des Kaiserpaars wurden 1000 M. als Grundstock zum Bau eines Krankenhauses bereitgestellt. Genosse Hofmann legte dar, daß wir nicht gegen den Bau eines Krankenhauses sind, daß die Gemeinde vielmehr schon längst die Initiative hätte ergreifen müssen und nicht erst notwendig gehabt hätte, eine Hoffentlichkeit abzuwarten. — Die Eratsberatung führte zu lebhaften Debatten. Die Grundwertsteuer, deren Erhöhung schon im vorigen Jahre — leider vergebens — von unseren Genossen beantragt wurde, ist jetzt im Vorschlage von 9 auf 15 Pf. pro Hundert festgelegt. Dieser Satz war dem Schöffen Hofmann zu hoch, er als reicher Grundbesitzer, will möglichst wenig Steuern zahlen. Er meinte, aus der Aufbarkeits- und Gewerbesteuer ließe sich noch mehr herausholen, und beantragte, den Entwurf einer Kommission zu überweisen. Genosse Hofmann kennzeichnete das Verfahren, die Steuern auf minder kräftige Säultern abzuwälzen. Das veranlaßte Herrn Nidel zu dem Witzspruch: „Na, Sie zahlen ja die Steuern nicht!“ Ein Kaufangebot lehnte aber dieser Grundbesitzer ab. — Beim Schluß fragte Genosse Gramenz, weshalb die Petition der Lehrer um einen höheren Wohnungsgeldzuschuß nicht berücksichtigt worden ist. Wie der Vorsitzende erklärte, soll dieselbe einer späteren Sitzung vorbehalten bleiben. — Die Subvention von 2400 M. an die Privatschule führte zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen unseren Parteigenossen Hofmann und den bürgerlichen Herren. Hofmann benutzte die Gelegenheit, den Charakter des gesamten Vorstandes ins rechte Licht zu rücken und die Forderung der allgemeinen Volksschule näher zu begründen. Nach Angabe des Gemeindevorsethers ist der Grund der Subvention in der Unterbilanz der Schule zu suchen. Die Position, für die auch der freisinnige Verordnete Kirch stimmte, wurde angenommen. — Bei dem Titel Straßenvorwaltung rügte der sozialdemokratische Redner, daß entgegen dem gefassten Beschlusse, die Gemeindevorsteher keine Weisungsbefugnisse erhalten hätten. Hieraus erwiderte der Vorsitzende, daß der betreffende Fonds nicht gereicht hätte und daß die Beamten zuerst hätten berücksichtigt werden müssen. Diese seien stets zur Stelle, wenn es heißt mehr Arbeit zu verrichten, wogegen die Arbeiter jede Ueberstunde bezahlt bekämen. Gemeindevorordneter Buchholz meinte, die Arbeiter erlebten ja antäglich der Reuegratulationen Geknechte. Das war doch offen! Die Arbeiter verweist man auf die Privatwohlthätigkeit und die bemittelten Kreise erhalten aus Steuermitteln einen erhöhten Zuschuß für die Privatschule, in die sie ihre Kinder schicken.

### Rummelsburg-Vorhaben.

Vorgen Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, findet im Rathhauseaal, Fährschmidtstr. 25, die Beratung des Gemeindevorstandes statt. Zutritt hat jeder Einwohner.

### Wilmerdorf.

Unfallsfall. Im Hause Mohrstraße 45, Ecke Progerplatz, waren 4 Arbeiter und Zimmerleute gestern Abend mit dem Regen von Gewitterregen beschäftigt und hatten dazu in dem Erdraum ein Gerüst gebaut. Durch die Schwere der 4 Personen brach das Gerüst ein und die Arbeiter stürzten zu Boden. Während zwei Zimmerleute mit geringen Hautabwundungen davon kamen, wurden der 41jährige Rohrlager August Reihl aus der Heimstraße 23 und der 41jährige Zimmermann Jakob Weng aus der Spiehlhagenstraße erheblich verletzt. Reihl erlitt einen Bruch der rechten Ankehlende und mußte nach Anlegung eines Korbverbandes im Krankenwagen nach dem Krankenhaus am Urban geschafft werden. Weng brach sich den linken Fuß und wurde nach dem Krankenhaus Westend überführt.

### Trebbin.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung entspann sich unter Punkt 1. Beschlußfassung und Anlauf von Petitionen für die Schuländerung und Bewilligung der Kosten eine sehr lebhafteste Debatte. Gleich als erster ergriff Genosse Trebbin das Wort, um festzusetzen, daß wir für derartige Sachen nicht zu haben sind. Er wunderte sich, daß die Schriften sogar schon verteilt sind, ohne erst die Versammlung darum befragt zu haben. Den Inhalt der Schrift betreffend, siehe weiter nichts darin, als was den Kindern in der Geschichtsstunde gelehrt würde. Man möge deshalb das Geld lieber zu anderen Zwecken verwenden, da vieles hier noch im Dunkeln liege, so beispielsweise das Armenwesen, die Wohnungen des Armenhauses seien direkt gesundheitsgefährlich, die Straßensanierung läßt viel zu wünschen übrig, auch siehe der Schulbau in Aussicht und so noch vieles mehr; da sei das Geld viel besser angebracht. Der Bürgermeister Vaudach gibt zu, daß die Schriften bereits verteilt sind. Es hätte in der Vorbesprechung der Stadtverordneten-Versammlung (wo unsere Genossen nicht zugegen waren) ein Dringlichkeitsantrag vorgelegen, der auch gegen eine Stimme angenommen worden sei. Die Summe von 75 M. falle nicht so schwer ins Gewicht. Auch erfordere die Liebe zu Kaiser und Reich, daß von der Stadt Trebbin etwas zur Silberhochzeit getan würde, andere Städte hätten bedeutend höhere Summen bewilligt, er bitte um Annahme des Antrages. Genosse Hübener verfuhr auch noch zu sprechen, wird aber, wie Genosse Trebbin, fortwährend durch Zwischenrufe gestört. Als er sagt, die letzten Reichstagswahlen hätten bewiesen, daß die Hälfte der Trebbiner Steuerzahler von einer Verwendung des Geldes zu patriotischen Zwecken nichts wissen wolle, wird die Erregung groß. Der Vorsitzende Haase meint, das gehöre nicht hierher, er müsse ihn deshalb zur Ordnung rufen. Genosse Hübener verfuhr noch einmal zu sprechen, was der Vorsitzende aber nicht gestattet. D. erhält vielmehr noch einen zweiten Ordnungsruf. Auf Antrag Schottmüller (des bekannten Zwischenrufers) wird darüber abgestimmt und wird der Antrag mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen. (Bravo rechts! fehlt hier eigentlich noch.) Das Gesuch der freiwilligen Sanitätskolonne um Gewährung einer jährlichen Geldunterstützung wird mit 14 gegen 3 Stimmen angenommen. Der dritte Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über einen Entschädigungsanspruch der Frau Luise Erpel in Höhe von 923,55 M. wird nach längerer Debatte, zwecks genauere Informationen. Bis zur nächsten Sitzung vertagt. Punkt 4: Erweiterung des 2 1/2 m Quadratmeter großen Grundstücks, auf dem der städtische Wasserthurm errichtet ist, wird gemäß dem Vorschlag des Magistrats angenommen. Punkt 5, 6 und 7 der Tagesordnung wird wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Sitzung vertagt. Punkt 8: Anschaffung von 300 Stück Armbinden für die Mannschaften der Pflanzschützen wird mit allen gegen eine Stimme (Herr Schottmüller) abgelehnt, da es nicht für nötig befunden wird, die Mannschaften der Pflanzschützen zu uniformieren. Nächste öffentliche Sitzung Donnerstag, 8. März, abends 6 Uhr.

## Berliner Nachrichten.

### Das Projekt bezüglich der Weiterführung der Hoch- und Untergrundbahn

wurde gestern in dem Ausschusse der Stadtverordnetenversammlung weiter beraten. Zu den §§ 5 und 10 wurden einzelne Deklarationen zu Protokoll genommen, im übrigen aber diese sowohl, als auch die §§ 6, 7, 8 und 9 glatt angenommen. Der § 11, welcher von der Fertigstellung der Bahn handelt, führte zu längeren Auseinandersetzungen, an deren Schluß auch dieser Paragraph glatte Annahme fand. Ebenso die §§ 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, wobei nur zu 14 eine Deklaration zu Protokoll genommen wurde. § 20 erhielt einen Zusatz, nach welchem auch die Uebertragung der Ausübung der

Rechte unstatthaft ist. Ohne Debatte fand der § 21 Zustimmung, ebenso der § 22, nachdem über das Wesen des ins Auge gefassten Schiedsgerichts eine längere, eingehendere Debatte stattgefunden hatte. § 23 wurde angenommen, ferner fand eine Resolution Preuß. Annahme, wonach der Gesellschaft eine schriftliche Anerkennung des Vertrages usw. abgefordert werden soll.

Eine Resolution, wonach der Gesellschaft auferlegt werden soll, ihren Angestellten die gleichen Vergünstigungen, Urlaub usw. zu gewähren, wie sie die Stadt Berlin ihren nicht festangestellten Beamten und Arbeitern gewährt, wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Die Grundzüge behufs Ermittlung der Bruttoeinnahmen fanden ohne Debatte Annahme. Ebenso das Angebot der Hochbahn-Gesellschaft wegen des späteren Bahnverkehrs durch die Stadt; desgleichen der Entwurf zu einem Kaufvertrag zwischen der Stadt und Hochbahn-Gesellschaft bezüglich des Geländes zum Bahnhof an der Warschauer Brücke.

Damit ist die Gesamtvorlage angenommen und soll der Ausschussbericht schon am Donnerstag auf die Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung gesetzt werden.

Das Gesangsconcert von Gemeindefunktionären, das am Sonntag im Zirkus Busch zugunsten mehrerer Kinderhort-Vereine veranstaltet wurde, hat den Beweis erbracht, daß in unseren Gemeindefunktionären der Gesangsunterricht recht Tüchtiges leistet. Die zwanzigtausend Knaben und Mädchen, die da in ihrem Sonntagsgottesdienst vor einem zahlungsfähigen Publikum eine Probe ihres Könnens ablegen durften, waren allerdings die besten Sänger und Sängerinnen, die man aus den oberen Klassen der hundert an dem Unternehmen beteiligten Gemeindefunktionären zusammengesucht hatte. Aber auch wenn dieser Umstand berücksichtigt wird, muß das Concert dieses Niemanden von Funktionären immer noch als eine sehr beachtenswerte Darbietung bezeichnet werden, die unseren Gemeindefunktionären Ehre macht. Die Sicherheit des Vortrages war ebenso tadellos wie die Klarheit des Ausdrucks. Die zweitausend Reihen, an denen die Gesangslehrer ihre bildende und fördernde Arbeit getan hatten, waren von dem Leiter des Concerts, dem Chorleiter Jander, vortrefflich dirigiert worden.

Sämtliche Gesänge waren vierstimmig gesetzt. Mehrere wurden von dem Gesamtchor vorgetragen, die übrigen teils von den Knaben allein, teils von den Mädchen allein. Die heftigste Aufnahme fanden die Knaben. Sie hatten es besser als die Mädchen getroffen: das Programm des Knabenchors enthielt zumeist Lieder, die durch eine gewisse „patriotische Färbung“ von vornherein Stimmung machen. Gut gerieten dem Knabenchor seine stoff vorgetragenen Soldatenlieder, namentlich „Ligows wilde Jagd“ und „Sawerin, der hat uns kommandiert“. Aber auch aus dem wechselliebigen „Es geht bei gedämpfter Trommelklang“ ruhten die Jungen die volle Wirkung herauszuholen. Dem Lied „Empört auch die ganze Welt sich wider uns in Krieg“ wurde drohender Applaus gesendet; er war wohl zum Teil eine Demonstration, die dem als Führer anwesenden Kaiser galt. Dem Mädchenchor hatte man Lieder zugewiesen, die eine besondere Zartheit des Vortrages erfordern. Vortrefflich gelang „Leise, leise, fromme Weise“, und stürmischen Beifall weckte das sonnenbeitere „Es ziehn nach fernem Landen“. Eingeleitet wurde das Concert durch den Gesamtchor mit einem Choral, dessen Melodie „Wie schön leucht' uns der Morgenstern“ in ihrer ganzen feierlichen Pracht zur Wirkung kam. Den Schluß machte „Das treue deutsche Herz“, nach unserem Empfinden eine Unanständigkeit nicht nur im Text, sondern auch im Tonfall. Es wäre nicht nötig gewesen, dem „Patriotismus“ noch dieses letzte Opfer zu bringen; zu kurz gekommen war er im Programm ohnedies nicht. Wir wünschten diesen Gesangsconcerten noch etwas mehr vom echten Volkslied — und sehr viel weniger von seinem patriotischen Surogat.

Auch der Kaiser war, wie schon gesagt, zu dieser Veranstaltung gekommen, und hatte seine Frau nebst einigen seiner Kinder mitgebracht. Für den Beobachter, der nachdenken wollte, war es von pikantem Reiz, den Kaiser vor diesen zwanzigtausend Kindern zu sehen, deren Väter und Mütter größtenteils zur Arbeiterklasse gehören und Sozialdemokraten sind. Wir hoffen, daß später einmal von den Lippen der meisten dieser Jungen und Mädchen manch' reines und eheliches Arbeiterlied erklingen wird. Am Sonntag sangen sie als Extrastück, die nicht auf dem Programm stand, „Heil Dir im Siegerkranz“.

Die Diebstahlsfälle, die seit nahezu 1 1/2 Jahren das Lehrkollegium der 102. Gemeindefunktionäre in der Dieffenbachstraße in Aufregung hielt, hat jetzt eine unerwartete Aufklärung gefunden. Wie wir seierlich mitteilen, war bei Auszahlung der Lehrergehälter an der genannten Schule ein Fehlbetrag von 1000 M. festgestellt worden. Im Konferenzzimmer, wo die Auszahlung an die Berechtigten erfolgte, war plötzlich eine Kasse mit 1000 M. in Gold verschwunden. Die Sache kam schließlich zur Entscheidung des Gerichts, weil die geschädigten Lehrer sich die Wägen nicht gefallen ließen. Schließlich bewilligte der Magistrat die vermissten 1000 M. zur Nachzahlung. Mittlerweile war nun bei dem Rektor der Schule ein anonymes Brief mit einer Einlage von drei Hundertmarkstücken eingegangen mit dem Hinweise darauf, daß dieser Betrag als Abschlagszahlung für die noch immer lebenden 1000 M. gelten solle. Ein zweiter Brief war an die Kriminalpolizei gerichtet, die daraufhin eine bestimmte Spur verfolgte und bald ermittelte, daß nur der Lehrer Kurz als Täter in Frage kommen könne. Dieser war verhaftet und hatte, wie festgestellt wurde, kurz nach Bekanntwerden des Diebstahls bei einer befreundeten Familie eine Geldrolle zur Aufbewahrung niedergelegt, die 1000 M. in Gold enthielt. Kurz, ein Lehrersohn und Vater von zwei Kindern, gefand vor acht Tagen bei einem Verhör den begangenen Diebstahl ein und wurde sofort vom Amte suspendiert. Interessant ist der Umstand, daß Kurz während der langen Zeit die zahlreichen Konferenzen besuchte und dabei immer wieder energisch darauf hinwies, daß man nicht ruhen dürfe, bis der Dieb gefasst sei. Kaltblütig sah er zu, wie einzelne seiner Kollegen in schweren Verdacht gerieten. Er hat jetzt angeblich wegen Recidivität ein Sanatorium bezogen.

Ueber einen Raubfall im Grunewald berichtet eine Korrespondenz: Der Tauselose, jene Stelle des Grunewalds, die durch den Fall des Gismönders Jähnd eine traurige Berühmtheit erlangt hat, war am Sonnabend wiederum der Schauplatz eines schweren Verbrechens. In der vierten Nachmittagsstunde fand der Förster dicht am See nahe der Charlottenburger Wasserwerke auf dem Waldboden einen Mann liegend vor, der sich in bewußtlosen Zustande befand und an der Stirn stark blutete. Es war der im 33. Lebensjahre stehende Rentner Graf Ulrich v. Schack aus der Sailerstr. 81 in Charlottenburg. Nachdem es dem Försterbeamten glücklich gelungen war, den Verwundeten wieder ins Leben zurückzurufen, wurde der Schwerverwundete auf Veranlassung eines Wundarzens in einem Stadischen Krankenwagen in das Krankenhaus Westend gebracht. Dort stellte man fest, daß Graf Schack im Gesicht eine Schußverletzung aufwies, die oberhalb des rechten Auges in die Stirn eingedrungen war. Auch das Auge selbst war verwundet. Eine Lebensgefahr liegt vorläufig noch nicht vor, doch ist bei dem Eintritt von Komplikationen das Schlimmste zu befürchten. Als die Kranenträger den Patienten in den Wagen trugen, machten sie die Entdeckung, daß dessen Taschenwörter sowie das Portemonnaie, das etwa 15 M. enthalten hatte, fehlten. All diese Umstände sprechen dafür, daß der Greis das Opfer eines schweren Verbrechens geworden ist. Was nun die Frage der Täterschaft betrifft, so konnte hierüber bisher noch nichts ermittelt werden. Vor allem ist die Charlottenburger Polizei bemüht, über den Verbleib der silbernen Uhr, die Graf Schack schon länger als 30 Jahre getragen hat, etwas in Erfahrung zu bringen. Trotzdem anzunehmen ist, daß der Ueberfallene den gefährlichen Schüssen gelassen haben muß, vermag er über dessen Person nicht das geringste anzugeben. Mit Rücksicht auf den Schwerezustand des Grafen muß vorläufig allerdings von einer eingehenden Vernehmung Abstand genommen werden. Es wird vermutet, daß v. Sch., der mit Berlin's Ausflüge nach dem Grunewald

unternaht, ahnungslos dem Täter entgegen ging und plötzlich, ohne sich noch schütten zu können, angeschossen wurde und besinnungslos zusammenbrach. In der Annahme, daß der Graf größere Geldbeträge oder Wertgegenstände bei sich führte, hatte sich der Räuber gelaßt. v. Sch. pflegte bei seinen Ausflügen höchstens bis zu 15 M. Taschengeld mitzunehmen. Die polizeilichen Ermittlungen dürften die Angelegenheit bald aufklären.

Aus der Selbstmordchronik. Im Polizeigewahrsam erhängt hat sich in der Nacht zum Sonntag der 39 Jahre alte Buchhalter Heinrich Gresser aus Bremen. G. war seiner Frau, die vor ihm gescheitert war, nach Berlin gefolgt, bedrohte sie am Sonnabendabend in der Friedrichstraße und wurde schließlich nach dem Polizeirevier II in der Georgenstraße gebracht, wo er während der Nacht in der Zelle blieb. Als man später wieder den Raum betrat, fand man G. am Fensterkreuz erhängt vor. Die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht. — Im Tiergarten erschossen hat sich Sonntag in früher Morgenstunde der 27jährige Richard Jumps, der in dem Hause Wauerstraße 35/36 eine Dienerschaft verfaßt. In der Nähe der Gondelstation wurde der junge Mensch von einem Schußmann tot aufgefunden. Der Revolver lag neben der Leiche. Das J. in den Tod getrieben hat, bleibt sowohl den Angehörigen als auch den Bekannten ein Rätsel. — Weil er nicht in das Garnisonlazarett eingeliefert werden wollte, hat der Offiziersburche K., der bei einem Grafen V. in der Lehrstr. 30 bedienstet war, Hand an sich gelegt. K. litt schon seit einiger Zeit an einer bösen Krankheit und sollte deshalb dem Garnisonlazarett in der Schornhorststraße zugeführt werden. Der junge Mann heugte dem jedoch dadurch vor, daß er sich gestern nachmittags mit dem Revolver seines Herrn erschoss. Anstatt mit dem Krankenwagen wurde er nun mit dem Leidenwagen wegtransportiert.

Unfallsfall beim Ringkampf. Einen recht bösen Ausgang hat ein Ringkampf genommen, welcher Sonntag Abend in einer Schauhalle an der Müllerstraße stattfand. Ein dortiger Berufsringer hatte an das Publikum die Aufforderung getan, man möge sich an dem Preis-Wettrennen beteiligen. Der in der Meindorferstr. 37 wohnhafte Jägermeister Adolf Weiz trat auch als Wettbewerber vor. Der nun folgende Ringkampf mußte aber plötzlich abgebrochen werden, da dem W. in der Hitze des Gefechts von seinem Gegner zwei Rippen eingedrückt worden waren. Der Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht, wo er die erste Hilfe erhielt.

Ein schwerer Unfallsfall hat sich gestern Abend an der Köpenicker Brücke ereignet. Der 41 Jahre alte Buchbinder Theodor Granigh aus der Rainzerstr. 3 wollte auf seinem Rade von der abschüssigen Brückenrampe nach dem Mariannen-Ufer einbiegen, verlor dabei die Gewalt über die Maschine und stante mit solcher Gewalt bergab, daß das Rad an einen Baum stieß und G. mit dem Kopf gegen die Rinne geschleudert wurde. In bewußtlosen Zustande brachte man den Bedauernswerten nach der Unfallstation III, wo ein schwerer Schädelbruch sowie eine Gehirnerschütterung festgestellt wurden. Im Krankenhaus Bethanien liegt G. jetzt bedenklich darnieder.

In der Karfose gestorben. Die 18 Jahre alte Emma Schmidt aus der Dunderstraße begab sich gestern zu einem Zahnarzt in der Kastanienallee, um sich mehrere Zähne ziehen zu lassen. Das Mädchen wurde narkotisiert. Obgleich alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden waren, wachte die Narkotisierte nicht wieder aus der Betäubung auf. Die Leiche wurde besichtigt. Die gerichtsarztliche Obduktion wird über die Ursache des Todes des Mädchens Aufschluß geben.

Auf der Stadtbahn vom Tode ereilt. Sonnabend mittag 1 Uhr 52 Minuten wurde ein auf der Station Jannowitzbrücke in der Richtung von Alexanderplatz eingefahrener, bis jetzt unbekannt gebliebener Fahrgast von Unwohlsein plötzlich befallen und stürzte taumelnd in das Gleis der anderen Fahrtrichtung, kurz vor der Einfahrt des Zuges 1828. Der Fahrgast wurde sofort von einem Bahnbediensteten mit Hilfe von anderen Reisenden auf den Bahnschienen gehoben und nach einem Dienstraum getragen. Ein zufällig anwesender Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod infolge Herzschlag feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Der revolutionäre Dichterabend und der Jenfer. Der von der Arbeiter-Bildungsschule am Sonntag im Gewerkschaftshaus arrangierte „revolutionäre Dichterabend“ erfreute sich, wie das bei dem vorzüglichen Programm nicht anders zu erwarten war, eines überaus starken Besuches. Regitationen aus den Werken moderner Dichter bilden für die Arbeiterklasse stets eine gewisse Zugkraft; standen doch außer Heine, Freiligrath, Herwegh, Pfau, Bruh, Malay, Turgenjew- und Kadronischen Dichtungen auch Proben moderner proletarischer Schöpfungen eines Otto Krille und Razim Gorki auf dem Programm. Jedoch, sie konnten nicht alle gehört werden — die „Hochwohlblöde“ hatte die „Weber“ von H. Heine, „Achtzehnter März“ von Herwegh, „Nach der Bluthochzeit“ von Pfau, „Von unten auf“ von Freiligrath und „Zum 22. Januar“ von Otto Krille ganz gestrichen, während „Die Toten an die Lebenden“ von Freiligrath nur teilweise der Zensur verfielen. Die Bekanntgabe dieses Heldensittens rief denn auch eine schallende Heiterkeit unter den Anwesenden hervor und wiederholte sich jedesmal, wenn ein der Zensur verfallenes Gedicht an die Reihe kam, das ein als Schumann angelegelter Genosse mit den der Polizei eigenen Verbotsformeln noch besonders unterlegte. Wären die Gedichte nicht zensiert worden — sie wären sicher nicht so eifrig gelesen worden, als man es nachher getan. Die Gedichte waren alle fein säuberlich abgedruckt, und die Polizei mußte wissen, daß verbotene Früchte am besten schmecken. Dem Programm ging zunächst eine Festschreibung des Genossen Wlos voraus, der in großen Zügen ein Bild von dem Zusammenhänge der politischen Krisis und ihrer Zeit entwarf. Zum Schluß sprach er die Ueberzeugung aus, daß auch das Zeitalter des Dampfes, der hochentwickelten Technologie, und wieder neue Männer ersehen lassen werde. — Für die Regitationen waren Hl. Hl. Fey und Herr Max Laurence gewonnen, welche sich ihrer Aufgabe voll und ganz gewachsen zeigten und wiederholt mit großem Beifall belohnt wurden. Auch die Gesangsvorträge von Frau Luise Klosser-Rüller können als vorzüglich bezeichnet werden; ihr sowohl als Herrn Waldemar Schmidt, der auf dem Klavier begleitete, wurde lebhafteste Anerkennung zu teil. Im großen und ganzen darf man sagen, daß der Abend gemündliche Stunden in sich barg; es zeigt sich immer mehr, daß das Interesse der Arbeiterklasse an solchen künstlerischen Unterhaltungen in einer größeren Zunahme begriffen ist. Nachdem das Programm erschöpft war, verkehrte ein Teil der Anwesenden noch bei einem gemüthlichen Tanztränzchen.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Königl. Musikdirektor Fernh. Jrgang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpel (Sopran), Hl. Eva Reinhold (Alt), Herrn Ludwig Schubert (Tenor) und Herrn Georg Diebich jun. (Violone). — Der Eintritt ist frei.

**Leihhaus**  
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I.  
Hohe Belebung, Diskr. Sprechzimmer.  
Gehaltskalkulation in Brillanten,  
Uhren, Gold- u. Silberarbeiten. [325] \*  
J. Bieselt, Rixdorf, Steinmühlstr. 9  
A. Bieselt, Altona Rostorferhandlung.  
Große Auswahl in Herren- u. Damen-  
stoffen sowie fertiger Anzügen- und  
Arbeitskleider, Modemanteln,  
Kostümen. 8133 \*